



# Feier- schichten

Das Wort „Feierschichten“ weckt bei nicht wenigen Mitarbeitern bange Erinnerungen. Jedesmal, wenn ein Konjunkturrückgang sich abzeichnet, denken viele ängstlich zurück an die Weltwirtschaftskrise, als allein in Deutschland fünf Millionen Menschen arbeitslos waren. Nun, solche Besorgnis ist unnötig. Man darf wohl sagen, daß die Gefahr einer Wiederholung der Ereignisse von damals nicht besteht. Aus der großen Krise der zwanziger und dreißiger Jahre hat man entsprechende Lehren gezogen und besitzt heute ein weitreichendes Instrumentarium, um solche Konjunkturreinbrüche zu verhindern. Aber das reicht allein nicht aus, um immer wieder vorkommende Konjunkturschwankungen völlig zu verhindern, von denen weder die Unternehmer noch die Mitarbeiter verschont bleiben. Ganz davon abgesehen, ist auch in offiziellen Verlautbarungen immer häufiger die Rede davon, daß die Zeit des stürmischen Wiederaufbaus mit ihren hohen Zuwachsraten vorbei ist und die sich nunmehr abzeichnenden realen Bedingungen ganz andere sind.

Was nun die Ertragslage und damit zusammenhängend die Beschäftigungslage unseres Werkes betrifft, so sind in dem Bericht über die Hauptversammlung die Gründe für die Verschlechterung der Situation im einzelnen dargestellt. Trotz des Erzeugungsrückgangs ist jedoch die Belegschaftszahl unverändert geblieben. Durch eine Feierschicht ist nun zumindest der Versuch gemacht worden, in der Zahl der verfahrenen Arbeitsstunden dem Auftragsrückgang Rechnung zu tragen.

Wie alle anderen die Oberhausener Öffentlichkeit interessierenden Werksvorgänge wurde die Bekanntmachung über die beabsichtigte Feierschicht auch der örtlichen Presse zugeleitet.

In der Öffentlichkeit ist dann diese Feierschicht über Gebühr hochgespielt worden. In großen Schlagzeilen und sogar im Rundfunk wurde darüber berichtet, teils unter völliger Verkennung der wirklichen Verhältnisse. Dabei entsprach diese Maßnahme ausschließlich der Sorge der Werksleitung um die Erhaltung der Arbeitsplätze. Fast alle anderen Werke der eisenschaffenden Industrie sahen sich zu ähnlichen Schritten gezwungen, indem sie Kurzarbeit einführten, die Belegschaften in Zwangsurlaub schickten oder sogar größere Entlassungsaktionen durchführten. Doch gerade Entlassungen sollten durch die Oberhausener Aktion vermieden werden. Deshalb ist die oft negative Resonanz wie überhaupt das lebhafteste Echo, womit unsere Maßnahme bedacht wurde, eigentlich nicht recht verständlich.

## HOAG-Hauptversammlung im Schatten der Konjunktur

# Unser Unternehmen im Geschäftsjahr 1961/62

Nur etwa zwei Stunden dauerte die Hauptversammlung der Hüttenwerk Oberhausen AG am 29. Januar dieses Jahres. Erstmals wurde die HV in der neuen Oberhausener Stadthalle durchgeführt. Insgesamt waren 912 Aktionäre bzw. Aktionärsvertreter erschienen, die mit 2 234 651 Stimmen ein Kapital von 223 465 100 DM vertraten. Das waren 86 Prozent des stimmberechtigten Grundkapitals von 260 Mill. DM. Aufsichtsrat und Vorstand hatten wegen der verschlechterten Ertragslage des Unternehmens der Hauptversammlung eine von 12 auf 10 Prozent verminderte Dividende vorgeschlagen. Aufsichtsratsvorsitzender Dr. h. c. Butschkau, der einen umfassenden Bericht über die Marktlage und die wirtschaftliche Situation des Unternehmens gab, warb in seiner Rede bei den Aktionären um Verständnis für diese Maßnahme. Alle Beschlüsse wurden von der Hauptversammlung dann auch ohne nennenswerte Gegenstimmen gefaßt.

Aufsichtsratsvorsitzender Dr. h. c. Butschkau leitete die Hauptversammlung ein mit einem Gedenken an die während des letzten Geschäftsjahres gestorbenen oder tödlich verunglückten Mitarbeiter. Daran schloß sich an ein Überblick über die Gesamtlage des Werkes.

Auf die Bilanz eingehend, erwähnte Dr. Butschkau als wesentliche Veränderung auf der Passivseite die 1962 aufgenommene 40-Millionen-DM-Anleihe. Dadurch seien die langfristigen Verbindlichkeiten bei gleichzeitiger Reduzierung der kurzfristigen vermehrt und so die langfristige Finanzierung erheblich verstärkt worden.

Auf die Aktivseite der Bilanz überleitend, erläuterte er bei der Behandlung des Anlagevermögens die im Geschäftsjahr 1961/62 fertiggestellten Anlagen, die insgesamt mit 107 Millionen DM Brutto-Zugängen zu Buche stehen. Diese verteilen sich mit 24 Millionen DM auf den Bergbau und mit 83 Millionen DM auf die Hütte. Im einzelnen erwähnte der Aufsichtsratsvorsitzende auf der Bergbauseite die Waschwasserklärung und Schlammaufbereitung der Zeche Jacobi, die Errichtung eines Zentralholzplatzes auf der Zeche Sterkrade und mehrere kleinere Investitionen. Auf der Hüttenseite nannte er die Neuzustellung des Hoch-

ofens 3. Nach dem vorgesehenen Abbruch eines Hochofens und der Neuzustellung eines anderen werde die Jahreskapazität an Roheisen damit 2,4 Millionen t betragen.

Insgesamt, so ergänzte Dr. Butschkau, wurden seit der Währungsreform bis zum Ende des Geschäftsjahres 1961/62 in Sachanlagen rund 1,3 Milliarden DM investiert. Davon rund 420 Millionen DM im Bergbau und 840 Millionen bei der Hütte. Diese Investitionen, die sowohl bei der Kohlewie bei der Stahlproduktion das zunehmende Tempo der technischen Evolution zeigten, konnten beim Bergbau zu 80 Prozent und bei der Hütte zu 67 Prozent aus verdienten Abschreibungen finanziert werden.

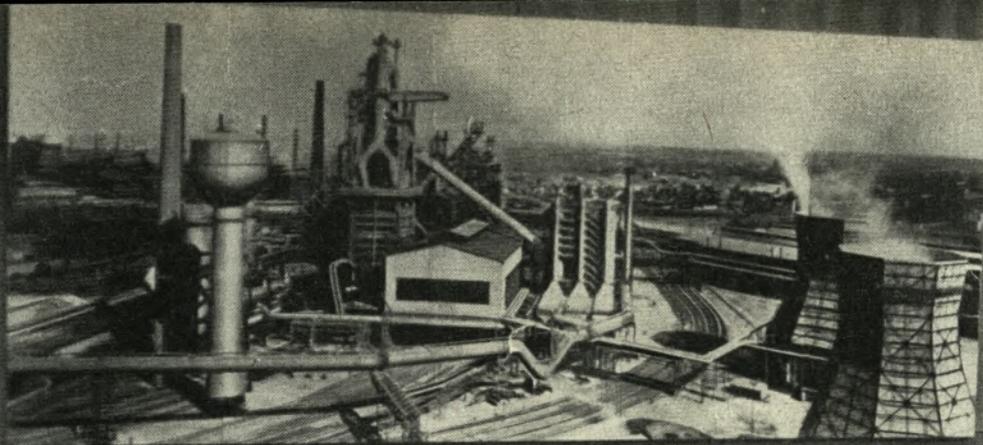
Von den 840 Millionen DM, die auf der Hüttenseite investiert wurden, entfallen nach Angabe Dr. Butschkaus auf die Walzwerke 330 Millionen DM, auf die Hochofen 150 Millionen DM, auf die Stahlwerke 120 Millionen DM und auf die Energiebetriebe 100 Millionen DM. Die Hütte sei danach bei einer Rohstahlerzeugung von 21,3 Millionen t mit einem Investitionsbetrag von rund 40 DM je Tonne belastet, was gegenüber anderen in- und ausländischen Werken durchaus tragbar, wenn nicht sogar bescheiden genannt werden könne.



UNSER TITELBILD zeigt eine Fotostudie aus dem Thomas-Stahlwerk, ein Gesicht vom Widerschein des Feuers erhellt.

### echo der arbeit

Werkzeitschrift der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft, Oberhausen (Rhld.) Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger. Redaktion: Karl-Heinz Sauerland und Caren Straeter. Anschrift der Redaktion: Oberhausen (Rhld.), Essener Straße 66 (Hauptverwaltung), Telefon 24681, Werksruf 4267 und 2347. Zustellung kostenlos. Textbeiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen die Meinung des Autors und nicht unbedingt die der Redaktion dar. Herstellung: VVA-DRUCK, Vereinigte Verlagsanstalten G.m.b.H., Oberhausen (Rhld.) + Düsseldorf. Klischee-Herstellung: Vignold, Essen (Ruhr), Gärtnerstraße.



Ein weniger freundliches Bild zeige die Ertragslage des Werkes. So erläuterte der Aufsichtsratsvorsitzende den Aktionären den durch die ungünstigen Marktverhältnisse verursachten Rückgang des Kundenumsatzes um 8,9 Prozent. Der Gesamtumsatz verringerte sich um 109 Millionen DM, wovon nur etwa 80 Millionen DM durch Ersparnisse beim Stoffaufwand, bei Fremdleistungen und bezogenen Waren hätten ausgeglichen werden können. Insgesamt bleibe also beim Rohertrag ein Minus von 29 Millionen DM. Die Löhne und Gehälter sowie die gesetzlichen sozialen Abgaben, damit setzte Dr. Butschkau die Erläuterung der Ertragslage fort, hätten sich sowohl wegen der Lohn- und Gehaltserhöhung als auch wegen der Arbeitszeitverkürzung erhöht. In diesem Zusammenhang gab der Aufsichtsratsvorsitzende eine Aufteilung der Lohnkosten nach Bergbau und Hütte. Danach betragen nach der ab Juli 1962 wirksam gewordenen Erhöhung der Tariflöhne um 7 Prozent sowie der Einführung einer Nachtarbeitszulage von 2 DM je Schicht die Lohnkosten auf der Bergbauseite der HOAG insgesamt 115 Millionen DM, dazu kommen 40 Prozent — das sind 45 Millionen DM — an Sozialabgaben und sonstigen Aufwendungen.

Auf dem Hüttensektor, gab Dr. Butschkau bekannt, verkürzte sich ab Januar 1962 die wöchentliche Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich gemäß Tarifvereinbarung von 44 auf 42 und im Werk Gelsenkirchen auf 42 1/2 Stunden. Für das Werk Oberhausen erhöhten sich die Tarifbezüge ab Juni 1962 um 5 Prozent, während sie für das Werk Gelsenkirchen um 6 Prozent stiegen. Gleichzeitig wurde der Tarifurlaub für die Oberhausener Belegschaft um vier und für die Gelsenkirchener Mitarbeiter um drei Tage verlängert. Die Lohnkosten der Hütte bezifferte Dr. Butschkau mit 136 Millionen DM plus 23 Prozent — d. h. rund 31 Millionen DM — an Sozialabgaben und sonstigen sozialen Aufwendungen.

Überleitend zum Reingewinn und zur Dividende, erklärte Dr. Butschkau, die von Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung vorgeschlagene Dividendensenkung von 12 auf 10 Prozent werde durch die Ertragslage bestimmt. In den zuständigen Gremien sei dieser Vorschlag entsprechend der Verantwortung gegenüber den Aktionären und gegenüber dem Gesamtunternehmen lange und sorgfältig geprüft worden. Mit einem Überblick über die für den Aktionär wenig erfreulich verlaufene Kursentwicklung während des vergangenen Jahres beschloß Dr. Butschkau dieses Kapitel.

Als dann kam der Vortragende auf die Belegschaftsentwicklung während des letzten Geschäftsjahres zu sprechen. Die Gesamtbelegschaft des Werkes, so teilte er mit, betrug Ende September letzten Jahres 28180 Mitarbeiter gegenüber 29700 im Vorjahr. Davon waren rund 1300 Ausländer,

das sind 4,6 Prozent der Gesamtbelegschaft. (Bis zum Ende des Kalenderjahres, also bis zum 31. Dezember 1962 erhöhte sich die Zahl der Ausländer noch um mehr als 300 Personen, so daß sie jetzt 5,7 Prozent der Gesamtbelegschaft und auf der Bergbauseite sogar 8 Prozent der Belegschaft ausmacht. Insgesamt sind bei der HOAG beschäftigt: 490 Spanier, 450 Italiener, 250 Griechen, 100 Holländer, 60 Jugoslawen sowie noch eine Reihe weiterer Nationalitäten.) Als besonders bedenklich bezeichnete Dr. Butschkau, daß sich der Altersaufbau der Belegschaft weiter verschlechtert habe. Dies gelte insbesondere für den Bergbau, bei dem das Durchschnittsalter der männlichen Arbeiterbelegschaft gegenwärtig 37 Jahre (!) beträgt. Als Grund für eine derartige Verschiebung bezeichnete der Referent den Nachwuchsmangel sowie die Abkehr gerade der jüngeren Jahrgänge.

Zur Lohnsituation in der westdeutschen eisenschaffenden Industrie stellte der Aufsichtsratsvorsitzende fest, daß die Stundenlöhne in Westdeutschland, verglichen mit denjenigen der übrigen eisenschaffenden Industrien in Westeuropa, abgesehen von Luxemburg, die höchsten seien, und zwar bei gleichzeitig kürzester effektiver Arbeitszeit. Obgleich die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens nicht allein von der Höhe der Personalkosten abhängt, so habe dies in einem Land, das sein Kapital nach einem verlorenen Krieg neu aufbauen mußte und deshalb zwangsläufig ein hohes Zinsniveau haben muß, doch ein sehr großes Gewicht.

Man müsse ferner berücksichtigen, daß die Rationalisierungserfolge der Vergangenheit nicht wiederholbar seien. Da eine erhebliche Zunahme der Umsätze im Augenblick jedenfalls nicht zu erwarten sei, werde auch die Rationalisierungswelle etwas abebben. In Anbetracht des ruhigeren Konjunkturverlaufs und des sehr viel schärferen Wettbewerbs in der Stahlindustrie müsse sich auch die Lohn- und Sozialpolitik der veränderten Lage anpassen. Bei allen künftigen Verhandlungen der Tarifpartner dürfte es deshalb nur noch darum gehen, erzielte echte Erfolge — und nicht mehr! — angemessen aufzuteilen. In diesem Zusammenhang sprach Dr. Butschkau sich dafür aus, den Gesetzentwurf über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung baldmöglichst zu verabschieden. Eine neutrale und einwandfreie Unterrichtung über die Grenzen der Belastbarkeit unserer Volkswirtschaft dürften nicht erst dann eintreten, wenn Hochspannungen eingetreten seien.

Als ein leidiges und unerfreuliches Problem sprach der Aufsichtsratsvorsitzende die Regelung der Sonntagsarbeit durch die Stahlnovelle an. In allen betroffenen Abteilungen des Werkes habe dies zu großen Schwierigkeiten und zu erheblicher Unruhe unter der Belegschaft geführt. Eine

solche mit Produktionsbeschränkungen verbundene Auflage kenne man in keinem anderen Land der Welt. Die dadurch verursachten Kostensteigerungen hätten besonderes Gewicht. Es sei daher notwendig, daß dieses Problem einmal vernünftig gelöst werde.

Diesen Teil seiner Rede beschloß Dr. Butschkau mit dem Dank an alle Mitarbeiter für die im vergangenen Geschäftsjahr geleistete treue und erfolgreiche Arbeit. „Ich bin sicher“, so betonte er, „daß sie in kameradschaftlicher Zusammenarbeit auch den vor ihnen liegenden schweren Aufgaben gerecht werden.“

Als besonders eindrucksvoll muß noch eine Zahl erwähnt werden, die von Dr. Butschkau herausgestellt wurde: Seit dem 1. Juli 1951 wurden von der HOAG für Maßnahmen zur Reinhaltung von Wasser und Luft insgesamt 26,7 Millionen DM aufgewendet. In nächster Zeit werde man mit neuen gesetzlichen Entstaubungsvorschriften zu rechnen haben.

Anschließend gab Dr. Butschkau einen Überblick über das erste Quartal des neuen Geschäftsjahres sowie einen Ausblick in die Zukunft. In den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres 1962/63, berichtete er den Aktionären, unterschritt der gesamte Umsatz an die Kundschaft den Vorjahresstand um 2,4 Prozent. Dabei nahm der Bergbauumsatz — überwiegend infolge des starken Frostes — um 17 Prozent zu, während der Umsatz der Hütte um 7,8 Prozent zurückging. Bei den Erzeugungszahlen zeige sich eine ähnliche Entwicklung. Auch der Auftragseingang an Walzstahl erreiche nicht das Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Bei der Kohle, so meinte der Referent, dürften im weiteren Verlauf des Jahres konjunkturell und strukturell bestimmte Gründe wieder durchschlagen. Während der Kohlepreis um 2,5 Prozent erhöht worden sei, zeige sich beim Heizöl von der Mitte vorigen Jahres bis jetzt eine durchschnittliche Preiserhöhung von über 30 Prozent. Insgesamt sei jedoch der Heizölabsatz um 37 Prozent gestiegen, was etwa 10 Millionen Steinkohleneinheiten entspreche. Daraus lasse sich unschwer erkennen, daß das Grundproblem nach wie vor der Strukturwandel auf dem deutschen und internationalen Energiemarkt sei.

Solange die Bundesrepublik infolge der liberalisierten Einfuhr praktisch das Sammelbecken für den weltweiten Überschub an Erd- und Heizöl bilde, solange die großen ausländischen Ölgesellschaften durch gezielte Preispolitik ihre hiesige Marktstellung zu verbessern suchten, während der Steinkohlenbergbau durch starre Regeln des Montanvertrags gebunden sei, könne man eine wirtschaftliche Gesundung des westdeutschen Steinkohlenbergbaus nicht erwarten. Länder mit vergleichbarer energiewirtschaftlicher Position wie die Bundesrepublik hätten sich fast ohne Ausnahme zu einschränkenden Maßnahmen zum Schutz der einheimischen Energieerzeugung entschlossen. Diese reich-



# Momentaufnahme

Die Bilanz ist eine Art kaufmännische Gewissermaßen die Momentaufnahme eines Unternehmens. Wie eine Fotografie – im Gegensatz zur Photographie – also einen ganz bestimmten Zeit- und Bewegungsablauf festhält, so erfaßt auch die Bilanz den zeitlichen Verlauf eines Unternehmens und die Werte, die diesen Wert

**Bergbau**  
Die Berechtsame mit Grubenfeldern von insgesamt rd. 100 000 000 qm, 13 Tagesschächte mit den Zechen Osterfeld, Jacobi, Franz Haniel, Sterkrade und Hugo Haniel, 2 Kokereien, 2 Kohlenwertstoffgewinnungsanlagen mit Schwefelsäurefabriken, 3 Kraftwerke und 1 Teerdestillation bilden den Grundstock der Anlagen des Bergbaus.

**Hütte**  
Zwei Hochofen-Anlagen mit insgesamt 9 Öfen sowie 1 Erzbrech- und Klassieranlage, 1 Thomas-Stahlwerk, 2 Siemens-Martin-Stahlwerke, 1 Rotor-Stahlwerk, 2 Block-Walzwerke, 1 Halbzeugstraße, 1 schwere Profilstraße, 1 Stabstahl-Walzwerk, 1 Feineisenstraße, 2 Draht-Walzwerke (davon 1 Werk kurz vor der Fertigstellung), 1 Radsatzschmiede, 2 Grobblech-Walzwerke, 1 Mittelblechwalzwerk, 1 Feinblechwalzwerk, 1 Preßwerk und 1 Zement und Hüttensteinfabrik nebst Energie- und sonstigen Hilfsbetrieben in Oberhausen sowie das Drahtwerk in Gelsenkirchen bilden die Grundlage der Werksanlagen der Hütte.

Hierbei handelt es sich um vorübergehend angelegte flüssige Mittel, die für Investitionszahlungen vorgesehen sind.

Zu den wesentlichen Beteiligungen gehören die Ruhrchemie Aktiengesellschaft, Oberhausen-Holteln, die Gutehoffnungshütte Schwerte GmbH, Oberhausen, und die Hansa-Rohstoffverwertung GmbH, Düsseldorf; sie dienen u. a. der Gasverbundwirtschaft, der Weiterverarbeitung und der Rohstoffversorgung.

Seit der Währungsreform erhöhten sich die Vorräte (einschl. Anzahlungen) des Gesamtunternehmens im Zusammenhang mit der Ausweitung des Geschäftsumfanges um rd. 97 000 000 DM. Insgesamt gesehen ist das Umlaufvermögen beträchtlich höher als die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

ten von der quantitativen Beschränkung der Einfuhr durch Kontingentierung, von streng gehandhabter Erteilung von Lizenzen oder Devisengenehmigungen über die erzwungene Selbstbeschränkung der Importeure und Verbraucher bis zur Errichtung von Monopolen und Teilmonopolen, über die der Staat die Versorgung des Marktes mit Importenergien strikt reguliere. Selbst in Ländern mit klassischer freier Wirtschaft, wie z. B. den USA oder einzelnen Staaten des EWG-Raumes, habe man sich zu solchen Schutzbestimmungen entschlossen. In der Bundesrepublik aber sei man von ähnlichen Maßnahmen nach wie vor weit entfernt.

Wie überlebt bestimmte Grundeinstellungen in Luxemburg seien, beweise auch das Problem des Ruhrkohleverkaufs: „Bekanntlich hat der Hohe Gerichtshof das Urteil aufgehoben, daß der deutsche Kohlenverkauf umgestaltet werden müsse. Begründung war, daß der Bergbau sonst in der Lage sei, Markt und Preis monopolistisch zu bestimmen. Bei aller Achtung vor höchstrichterlichen Entscheidungen, diese Begründung jedenfalls ist unerfindlich, wenn nicht sinnlos.“

Nun werde in der eben dargestellten Frage in Deutschland hin und her verhandelt, ohne daß es glücke, eine Entscheidung, die dem Ernst der Lage entspreche, herauszubringen. Hier setze nach Auffassung des deutschen Bergbaus die Verpflichtung der Bundesregierung ein, für die deutsche

Aktiva / Vermögen	
<b>Anlagevermögen</b>	
Sachanlagen	802 700 000 DM
Bereitgestellte Mittel	15 000 000 DM
Beteiligungen	
Beteiligungsähnliche Ansprüche	28 600 000 DM
	<hr/>
	846 300 000 DM
<b>Umlaufvermögen</b>	
Vorräte	133 500 000 DM
Wertpapiere (Entwicklungsanleihe)	920 000 DM
Forderungen	170 000 000 DM
Flüssige Mittel	37 000 000 DM
	<hr/>
	1196 000 000 DM

Kohle Stellung zu nehmen, den einzigen bedeutenden Rohstoff, den man in der Bundesrepublik habe.

Es gehe um nichts anderes, als vorübergehend die Kohle vor einem Wettbewerb zu schützen, der weder als normal noch als fair bezeichnet werden könne. Nachdem die beim Bundeswirtschaftsministerium geführten Gespräche über eine Investitionsabstimmung der konkurrierenden Energieträger gescheitert seien, seien jetzt die Voraussetzungen für Anwendung außenwirtschaftlicher Maßnahmen gegeben. Man könne nur hoffen, daß die Entschlußkraft dafür aufgebracht werde.

Es sei klar, daß bei dieser Lage die zur Lösung des Arbeitsproblems erforderlichen großen Rationalisierungs-Investitionen zunehmend ins Stocken gerieten. Ein Umstand, der sich eines Tages besonders schwerwiegend auswirken könne.

Was die Widersprüche in dem von der Hohen Behörde vorausgesagten Steinkohlen-Bedarf anlangt — noch vor fünf Jahren hatte man in Luxemburg prophezeit, die Steinkohlenförderung werde trotz aller Investitionen mit der Nachfrage nicht Schritt halten können, wogegen heute im Energieplan der europäischen Kommissionen bei einem ungeschützten Markt nur 90 Millionen t Jahresförderung als wettbewerbsfähig angesehen werden, obwohl allein in Westdeutschland 141 Millionen t produziert werden —, so

hatte Dr. Butschkau das Zitat parat: „Das Glück der Propheten liegt allein in unserer Vergeßlichkeit.“

Demgegenüber errechnete Dr. Butschkau, daß auch bei Aufrechterhaltung unserer derzeitigen deutschen Energieproduktion bereits 1975 eine erhebliche Steigerung der Energie-Einfuhr notwendig sein werde. Hierfür werde ein Devisenbedarf von 5 bis 8 Milliarden DM aufgebracht werden müssen. „Hoffen wir“, so meinte er angesichts dieser Misere, „daß unser sonstiger Export diese Summe verdienen wird.“

Zur Situation auf dem Stahlmarkt erklärte der Aufsichtsratsvorsitzende, daß die Lage sich gegenüber dem vergangenen Jahr kaum verändert habe. Insgesamt hat die Rohstahlproduktion der Bundesrepublik 1962 gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Millionen t abgenommen. Demgegenüber bezeichnete er die Veränderungen im Ausland als bemerkenswert. Zunahmen seien zu verzeichnen gewesen in den Niederlanden um 5,6 Prozent, in Belgien um 4,7 Prozent, in Italien um 3,5 Prozent, während Minderungen sich in der Bundesrepublik um 2,7 Prozent, in Frankreich um 1,9 Prozent und in Luxemburg um 2,5 Prozent ergäben. Außerhalb der Montanunion habe man noch Abnahmen in Großbritannien um 7,2 Prozent und in Japan um 0,6 Prozent, Zunahmen dagegen in der Sowjetunion mit 7,5 Prozent, in der Volksrepublik China um 5,6 Prozent und in den USA um 1,3 Prozent. Von der im letzten Jahr um 5 Prozent von 361 auf 371

otografie.

nternehmens am Bilanz-Stichtag.

ilm - ein Momentbild,  
ugenblick, nicht aber den

ie Bilanz den Wert

nanziellen Verpflichtungen,

gegenüberstehen, zu einem bestimmten Zeitpunkt.

# September 1962

## Passiva / Schulden

260 000 000 DM

Grundkapital

146 000 000 DM

Rücklagen

170 400 000 DM

Sonderabschreibungen  
und Wertberichtigungen

197 200 000 DM

Rückstellungen

263 900 000 DM

Anleihen und langfristige Darlehen

132 100 000 DM

Andere Verbindlichkeiten

26 400 000 DM

Reingewinn

119 600 000 DM

Das Grundkapital erfuhr in 1961/62 keine Veränderung.

Die Rücklagen dienen der Stärkung des Eigenkapitals der Gesellschaft.

Diese Posten stellen Berichtigungen zu den Sachanlagen und zum Umlaufvermögen dar. Etwa 60% des Betrages sind als Steuerschulden anzusehen.

Hierin sind hauptsächlich Rückstellungen für Versorgungsleistungen in Höhe von DM 120 700 000 enthalten.

Im wesentlichen werden diese langfristigen Investitionskredite mit unterschiedlichen Jahresraten laufend bis 1978 getilgt.

Der Posten enthält vor allem Warenschulden, erhaltene Anzahlungen sowie am Bilanzstichtag noch nicht fällige Steuern, Personalaufwendungen, Zinsen usw.

Hieraus wird die Dividende in Höhe von 10% auf das dividendenberechtigte Kapital gezahlt.

Millionen t gestiegenen Welt-Rohstahlproduktion entfallt jetzt ein Drittel auf den Ostblock.

Die Bundesrepublik, so sagte er, schein mehr und mehr ein Anziehungspunkt für die Stahlindustrien der Welt — nicht nur der Montanunionsländer — geworden zu sein. Hierauf ließen die Angebote aus dem Montanunions-Raum sowie aus den verschiedensten Dritten Ländern schließen. Die deutsche Stahlindustrie habe sich — soweit dies möglich gewesen sei — gegen die Einfuhren gewehrt und dabei gewaltige Erlöseinbußen in Kauf genommen, also Preissenkungen vorgenommen, die — zusammen mit den rückgehenden Exporterlösen — nach Schätzungen der Wirtschaftsvereinigung für das Jahr 1962 ca. 1,3 Milliarden DM ausmachten. Verursacht worden sei diese Entwicklung dadurch, daß dem nur noch langsam zunehmenden Bedarf an Stahl auf den einzelnen Verbrauchermärkten höhere Kapazitäten in der ganzen Welt gegenüberstanden, für die man nur hoffen könne, daß sie bald in einen echten Gesamtbedarf hineinwachsen würden. Dieser Umstand müsse — zumindest im Montanunions-Raum — Veranlassung geben, eine Anpassung der Erzeugung an den tatsächlichen Bedarf herbeizuführen und auch die Importe aus Drittländern, was die Preise anlange, stärker unter die Lupe zu nehmen.

Die Anpassung der Erzeugung an den Verbrauch könne auch durch Gemeinschaftseinrichtungen verschiedener

Produzenten erfolgen. In diesem Zusammenhang erwähnte Dr. Butschkau den Dreiecksvertrag zwischen der Mannesmann AG, der August-Thyssen-Hütte AG, bzw. Niederrheinische Hütte AG, und der HOAG, wodurch sowohl Kosten gespart als auch die Markenpassung verbessert werde.

Zur Lage auf dem Stahlmarkt im allgemeinen meinte er, daß man mit Preissenkungen der derzeitigen Situation einer gewissen Überversorgung nicht begegnen könne. Dies bringe keine Tonne Mehrbedarf an die Oberfläche. Wichtig sei vor allem die Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen innerhalb und außerhalb des EWG-Raumes. Die Hohe Behörde müsse elastischer operieren und dringend notwendige Entscheidungen weniger unter formale und juristische als unter vernünftige wirtschaftliche Aspekte stellen. Hiermit sprach Dr. Butschkau insbesondere die Praktiken der Preislisten-Veröffentlichungen, die fehlenden Frachtenveröffentlichungen sowie die noch ungeklärten Fragen der unterschiedlichen Umsatzsteuer-Systeme an.

Schließlich sei auch die Lösung des Kohleproblems für die Stahlwirtschaft ein gewichtiges Anliegen, da die Energiekosten bei Roheisen und Rohstahl eine erhebliche Rolle spielten. In der Bundesrepublik seien die großen Hüttenwerke aufs engste mit der Kohle verbunden. Die Unren-

tabilität des Bergbaus schlage daher bei der Stahlindustrie auch bei der Dividende durch.

Der Aufsichtsratsvorsitzende beschloß seine Ausführungen mit einem eindringlichen Appell an alle die Wirtschaft der Bundesrepublik bestimmenden Kräfte, die Verteidigung der Stabilität der Währung als ehernen Grundsatz anzusehen. Deutschland, ein übervölkertes Veredelungsland und klassisches Exportland, sei heute bereits auf manchen Gebieten des Weltmarktes zu teuer. Diese Tatsache berge große Gefahren in sich, von deren Bewältigung für die Wirtschaft und den ihr anvertrauten Menschen vielabhänge.

Ein im Namen aller Anwesenden an die Mitarbeiter der HOAG gerichtetes Dankeswort für die im vergangenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit brachte der Aktionär Mathes zum Ausdruck. Die jetzigen Mitarbeiter, so hob er hervor, hätten sich als Vorbild erwiesen für die zukünftigen, der jüngeren Generation, denen der Auftrag zuteil werde, die Entwicklung des Unternehmens im Sinne der Gründer fortzusetzen. Trotz wenig optimistischer Prognosen für Kohle und Stahl dürfte man weiterhin mit Zuversicht darauf vertrauen, daß das Werk sich zum Nutzen der mit ihm verbundenen Menschen — der Belegschaft sowie der Aktionäre — gedeihlich weiterentwickeln werde. Scherzhaft deklarierte der Redner eine neue Deutung der Firmenabkürzung HOAG: Hütte Organisch Außerordentlich Gesund!

# DIE HOAG IN ZAHLEN

	1959/60			1960/61			1961/62		
	ins-gesamt	Bergbau	Hütte	ins-gesamt	Bergbau	Hütte	ins-gesamt	Bergbau	Hütte
<b>Grundkapital</b> in Mill. DM	260			260			260		
<b>Bilanzsumme</b> in Mill. DM	1 191			1 195			1 196		
<b>Dividende</b> in Mill. DM	28			31			26		
in v.H. des Grundkapitals	12			12			10		
in v.H. des Umsatzes an die Kundschaft	2,69			2,96			2,71		
<b>Umsatz</b> in Mill. DM									
Gesamtumsatz	1 223	349	874	1 234	352	882	1 106	324	782
Innenumsatz	178	148	30	181	155	26	147	126	21
Umsatz an die Kundschaft	1 045	201	844	1 053	197	856	959	198	761
davon: Inland	820	163	657	779	152	627	686	143	543
Ausland	225	38	187	274	45	229	273	55	218
Exportquote in v. H.	21,5	18,9	22,2	26,0	23,2	26,7	28,5	27,8	28,6
<b>Investitionen</b> in Werksanlagen seit der Währungsreform in Mill. DM	1 102	382	720	1 161	405	756	1 265	424	841
<b>Abschreibungen</b> auf das Sachanlagevermögen seit der Währungsreform in Mill. DM	825	351	474	910	378	532	988	401	587
<b>Belegschaft</b> insgesamt	29 853	14 556	15 297	29 677	14 252	15 425	28 143	12 990	15 153
davon: Arbeiter	26 470	12 985	13 485	26 117	12 630	13 487	24 598	11 395	13 203
Angestellte	3 383	1 571	1 812	3 560	1 622	1 938	3 545	1 595	1 950
Löhne und Gehälter in Mill. DM	225,9			245,3			251,3		
Soziale Abgaben in Mill. DM	47,5			53,8			54,3		
Sonstige soziale Aufwendungen in Mill. DM	31,5			26,3			22,2		
<b>Förderung und Erzeugung</b>									
Steinkohle in 1000 t	4 646	4 646		4 693	4 693		4 496	4 496	
Koks in 1000 t	1 715	1 715		1 801	1 801		1 648	1 648	
Koksofengas in Mill. m <sup>3</sup>	769	769		792	792		722	722	
Strom in Mill. kWh	1 146	796	350	1 094	771	323	1 170	882	288
Roheisen in 1000 t	1 687		1 687	1 829		1 829	1 537		1 537
Rohstahl in 1000 t	2 059		2 059	2 190		2 190	1 947		1 947
Walzstahl in 1000 t	1 521		1 521	1 574		1 574	1 458		1 458
<b>Betriebliche Kennziffern</b>									
Schichtleistung in t unter Tage		2,096			2,242			2,326	
unter und über Tage		1,920			2,026			2,089	
t Rohstahl je Arbeiter geleistete Arbeiterstunden je t Rohstahl			14,72			15,26			13,83
			11,28			10,73			11,44

ANTWORT: Bei den Ertragsteuern ist zu berücksichtigen, daß diese nie das reine Jahresergebnis widerspiegeln können, weil darin feste Posten zu verrechnen sind, die ohne Rücksicht auf das Jahresergebnis noch der Ertragsteuer zu unterwerfen sind. Daher sind die Zahlen nicht ohne weiteres vergleichbar. Im großen und ganzen jedoch läßt die Ertragsteuer Rückschlüsse auf das wirtschaftliche Ergebnis des vergangenen Jahres zu, wobei zu betonen ist, daß gewisse aperiodische Verrechnungen natürlich erfolgt sind.

FRAGE: Es würde mich interessieren, wie hoch das Investitionsvolumen, das im abgelaufenen Geschäftsjahr 103 Mill. DM betrug, im laufenden Geschäftsjahr sein wird?

ANTWORT: Wir haben noch ein Investitionsprogramm in der Größenordnung von 166 Mill. DM vor uns, das wir in den nächsten zweieinhalb Jahren abzuwickeln hoffen.

FRAGE: Es wurde erwähnt, daß das Rotor-Stahlwerk stillgelegt worden ist. Ich glaube mich entsinnen zu können, daß früher das Rotorverfahren eine gewisse Bedeutung hatte. Im vorigen Jahr wurden ja auch noch 170 000 t Rotorstahl in Oberhausen erzeugt. Können vielleicht die Gründe hierfür angegeben werden?

ANTWORT: Wenn es sich darum handelt, die Produktion einzuschränken, dann beginnen die großen betrieblichen Schwierigkeiten. Die Amerikaner verhalten sich in solchen Fällen sehr rigoros. Die großen Gesellschaften legen teilweise ganze Werke still, wie das vor drei Jahren die US Steel mit einem Werk gemacht hat, das über 2,5 Mill. t Rohstahl erzeugte. Bei uns im kleineren Rahmen kann man bei rückgehender Produktion nur bestehen, wenn man sich zu ähnlichen Maßnahmen entschließt. Wir sind der Produktionseinschränkung begegnet, indem wir ganze Werkteile stillgelegt haben. Dazu gehört auch das Rotor-Stahlwerk. Dabei haben wir keine Prestige Gründe gelten lassen. Was das Rotorverfahren selbst angeht, so wäre zu sagen, daß außerhalb Oberhausens vier Stahlwerke nach diesem Prinzip arbeiten, und zwar mit guten Ergebnissen.

FRAGE: Ein positiver Faktor war der Anstieg der Stromerzeugung. Im Geschäftsbericht ist erwähnt, daß die Stromerzeugung um 14,5 Prozent angestiegen ist. Allerdings wurde ebenfalls erwähnt, daß der Anteil der HOAG an der Zechenstromerzeugung des Ruhrgebiets von 4,7 auf 4,4 Prozent zurückgegangen ist. Ich darf daraus schließen, daß sich andere Unternehmen bemüht haben, ihren Anteil an der Stromerzeugung zu vergrößern. Besteht bei der HOAG die Chance, diesen positiven Faktor noch weiter auszubauen, den früheren Anteil wieder zu erreichen oder sogar zu erhöhen?

ANTWORT: Sie haben mit Recht festgestellt, daß die Stromerzeugung im Verhältnis zum Ruhrgebiet gesunken ist. Leider ist im Geschäftsbericht nicht die Zahl von 1954 angegeben. Damals machte unser Anteil an der Stromerzeugung der Ruhr sogar fast acht Prozent aus. Wir stellen fest, daß auch andere Zechenunternehmen auf die Idee gekommen sind, aus der Kohle Strom zu erzeugen. Da man sich der Reihe nach anmelden muß — und wir haben uns 1959 schon für einen 150-MW-Block angemeldet — kommen wir erst Ende der sechziger Jahre mit diesem Block an die Reihe. Wir machen uns ganz bestimmte Gedanken und hoffen auch, schon etwas früher als Ende der sechziger Jahre noch mehr Strom durch Kohle erzeugen zu können, weil dies das einzige Gebiet ist, auf dem noch ein Mehrabsatz von Kohle erfolgen wird.

FRAGE: Ich lese mit Besorgnis vom Rückgang des Verkaufs von Oberbaumaterial. In dieser Erzeugungssparte ging das Geschäft von 1960 auf 1961 um rund ein Drittel zurück und von 1961 auf 1962 um ein weiteres Drittel. Der Gesamtrückgang betrug innerhalb von zwei Jahren rund 53 Prozent. Wo liegen die Ursachen?

ANTWORT: Die Gründe sind in der Tatsache zu sehen, daß die Bundesbahn, nachdem ein gewisser Nachholbedarf befriedigt ist, weniger bestellt. Außerdem ist die Bundesbahn in der Umstellung auf schwere Schienen begriffen. Sie hält sich mit dem leichten Schienenprofil etwas zurück. Ein weiterer Grund liegt in der Lage des Bergbaus, denn Grubenschienen, leichte Bauschienen, sind von dem Rückgang ebenfalls betroffen.

FRAGE: Wir hörten vorhin, daß die Ruhrchemie, eine Beteiligungsgesellschaft der HOAG, erstmalig einen Gewinn erbracht hat. Welchen Gewinn hat nun die Ruhrchemie genau erbracht? Und außerdem: Welche Erwartungen knüpft der Vorstand an diese branchenfremde Beteiligung? Die HOAG ist ja schließlich ein Stahlunternehmen und keine chemische Fabrik.

ANTWORT: Die Dividende der Ruhrchemie betrug 5 Prozent gleich 1 Million DM. Der Ertrag kommt allerdings in das neue Geschäftsjahr, weil die Bilanz erst nach Abschluß unseres Geschäftsjahres festgestellt worden ist.

Zu der weiteren Frage, warum wir uns überhaupt bei der Ruhrchemie beteiligt haben, da sie branchenfremd sei: Wir beurteilen das anders. Abgesehen davon, daß die Ruhrchemie zu unseren Großabnehmern an Koksgas zählt, was die Grundlage für die Stickstoffgewinnung ist, und wir auch in erheblichem Maße Kohle für die Energieseite der Ruhrchemie liefern, glauben wir, daß es richtig ist, die Kohlechemie nicht völlig abzuschreiben. Wir sind der Überzeugung, daß wir zu einem solch renommierten Unternehmen, zu dessen Partnern im übrigen ja auch die Farbwerke Hoechst gehören — ein sehr beachtlicher Chemiekonzern — Fühlung halten müssen. Wir glauben auch, daß die Ruhrchemie auf dem richtigen Wege ist und daß in Zukunft sich diese Beteiligung als sehr rentabel erweisen wird.

## Können Sie mir sagen...

Aus den Fragen, mit denen sich die Aktionäre auf der Hauptversammlung an die Verwaltung wandten, haben wir einige herausgegriffen, um die Belegschaft mit den Themen und der Problematik der HV bekannt zu machen. Die Fragen wurden beantwortet durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Bankdirektor Dr. h. c. Butschkau, sowie durch die einzelnen Vorstandsmitglieder.

FRAGE: Führen weitere Lohnerhöhungen zur erneuten Kürzung der Dividende?

ANTWORT: Die Frage muß ich in dieser apodiktischen Form verneinen. Wir sind keine Hellseher. Wir wissen nicht, was das nächste Jahr ergeben wird. Ich kann nur soviel sagen, wie ich in meinem allgemeinen Bericht dargelegt habe, daß ich Vernunft der Sozialpartner in dieser Frage empfehle.

FRAGE: Hält die HOAG eine Auslands-Holding?

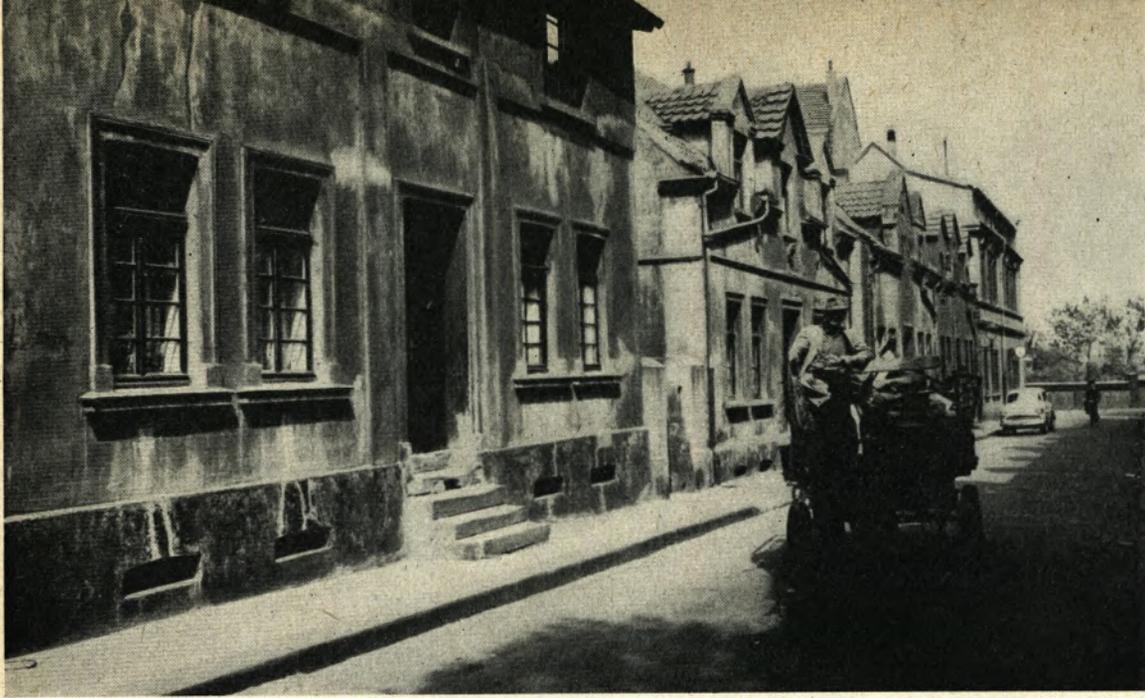
ANTWORT: Nein!

FRAGE: Gerade bei der Dividendensenkung wird den Aktionär die Frage bewegen, ob ein solcher Rückgang er-

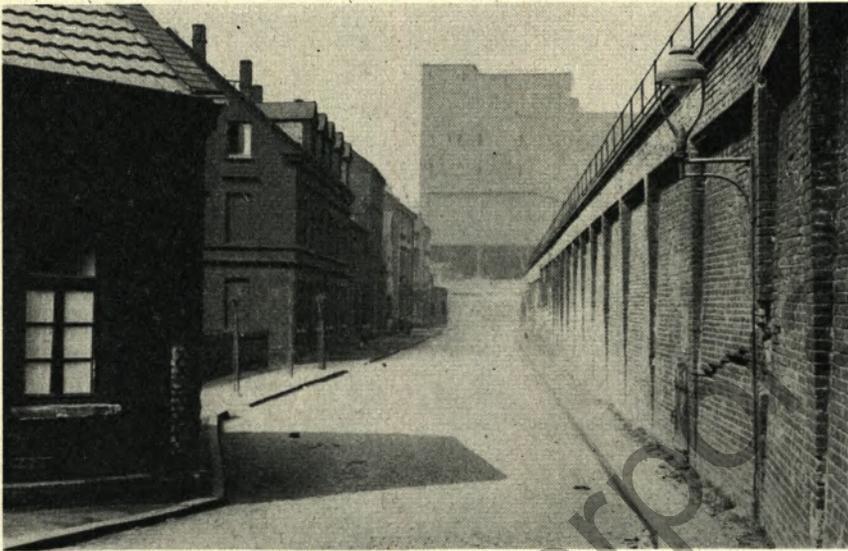
forderlich war. Die Frage nach den Dividendenaussichten für das kommende Jahr zu beantworten, dürfte wohl außerordentlich schwierig sein, aber doch wohl weniger die Frage, ob die Dividende im abgelaufenen Jahr echt verdient worden ist. Den besten Anhalt für die Beantwortung dieser Frage liefert m. E. immer noch der Ertragsteueraufwand, der seit Jahren allerdings nicht so niedrig war. Er fiel von 52,3 Mill. DM im Vorjahr auf 33,2 Mill. DM im letzten Geschäftsjahr, was einer Senkung von 36,5 Prozent entspricht. Es interessiert mich daher die Beantwortung der Frage, ob sich hierin der echte Ertragsrückgang widerspiegelt oder ob in der zum Vergleich herangezogenen Steuerposition aperiodische Steuerzahlungen enthalten sind?



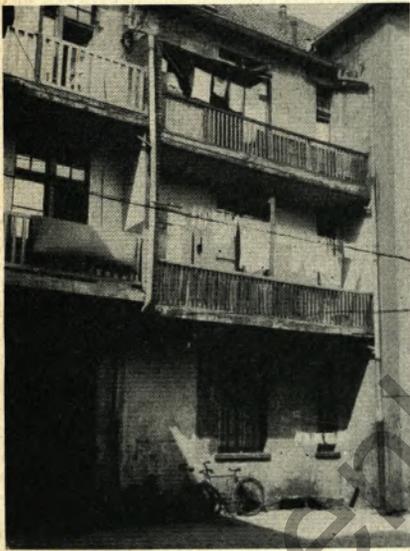
Senkruppa



▲ Das ist das Ruhrgebiet von „gestern“. Dieser um die Jahrhundertwende entstandene Straßenzug im Gelsenkirchener Stadtteil Heßler macht einen direkt trostlosen, verkommenen Eindruck.



▼ Sogar „Balkons“ haben diese Häuser in Gelsenkirchen-Ückendorf. Vom Zahn der Zeit sichtbar angenagt, fallen sie unter das Sanierungsprogramm. In einigen Jahren sind sie verschwunden.



▲ Auch diese Straße in Gelsenkirchen-Rotthausen bietet städtebaulich nicht gerade das beste Bild. In unmittelbarer Nachbarschaft eines Industriewerkes verläuft sie entlang einer Fabrikmauer.

▶ Die sanitären Verhältnisse bedürfen in manchen Althäusern dringend der Verbesserung. Gott sei Dank findet man solcherart unhygienische Toilettenanlagen heute immer seltener.

▼ Kein Baum und kein Strauch ziert diese Straße in Duisburg-Meiderich. Alles wirkt grau in grau und wenig freundlich. Solche Impressionen ließen das Wort vom „schwarzen Revier“ aufkommen.



# Das Ruhrgebiet vom „Kohlenland“ zum Kulturland

Das Ruhrgebiet ist nicht nur Wirtschaftsraum, Verkehrsgebiet, Schmelztiegel für Menschen aus allen Gebieten Deutschlands, sondern auch Heimat. Im Ruhrgebiet wohnen mehr als fünf Millionen Menschen. Als Rheinländer oder Westfalen lassen sie sich nicht mehr klassifizieren, sie sind eingeschmolzen und fühlen sich zueinander gehörig. Sie wissen: ihre Heimat ist das Revier, dieses seltsame, riesige, oft abstoßende, aber immer faszinierende Gebilde, das man seit hundert Jahren „Ruhrgebiet“ nennt.

Um es vorweg zu sagen: Das Ruhrgebiet ist keine Verwaltungseinheit und nicht mit festen Grenzen zu umreißen. Allgemein bezeichnet man als Ruhrgebiet den Landstrich zwischen der Ruhr im Süden und der Lippe im Norden; es reicht im Osten bis in die Gegend von Hamm und im Westen über den Rhein hinweg bis in den Landkreis Moers. Dieser relativ kleine Wirtschaftsraum — er ist nur 110 km lang und 30 km breit — nimmt mit seinen 3300 qkm nur ein Zehntel der Bodenfläche des Landes Nordrhein-Westfalen und 1,3 Prozent der Bundesrepublik ein. Die hier lebenden fünf Millionen machen jedoch ein Drittel der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens und ein Zehntel der Bundesrepublik aus.

Die Bevölkerungsdichte beträgt heute 1500 je qkm bei einem Bundesdurchschnitt von 220. Von Duisburg bis Dortmund reihen sich elf Großstädte wie die Glieder einer Kette aneinander. Der Fremde, der im Ruhrgebiet unterwegs ist, hat oft Mühe, den Übergang von einer Stadt zur andern überhaupt zu erkennen. Ein halbes Jahrhundert lang ist im Ruhrgebiet alle zwei bis drei Jahre eine Stadt, alle vier

# biet -

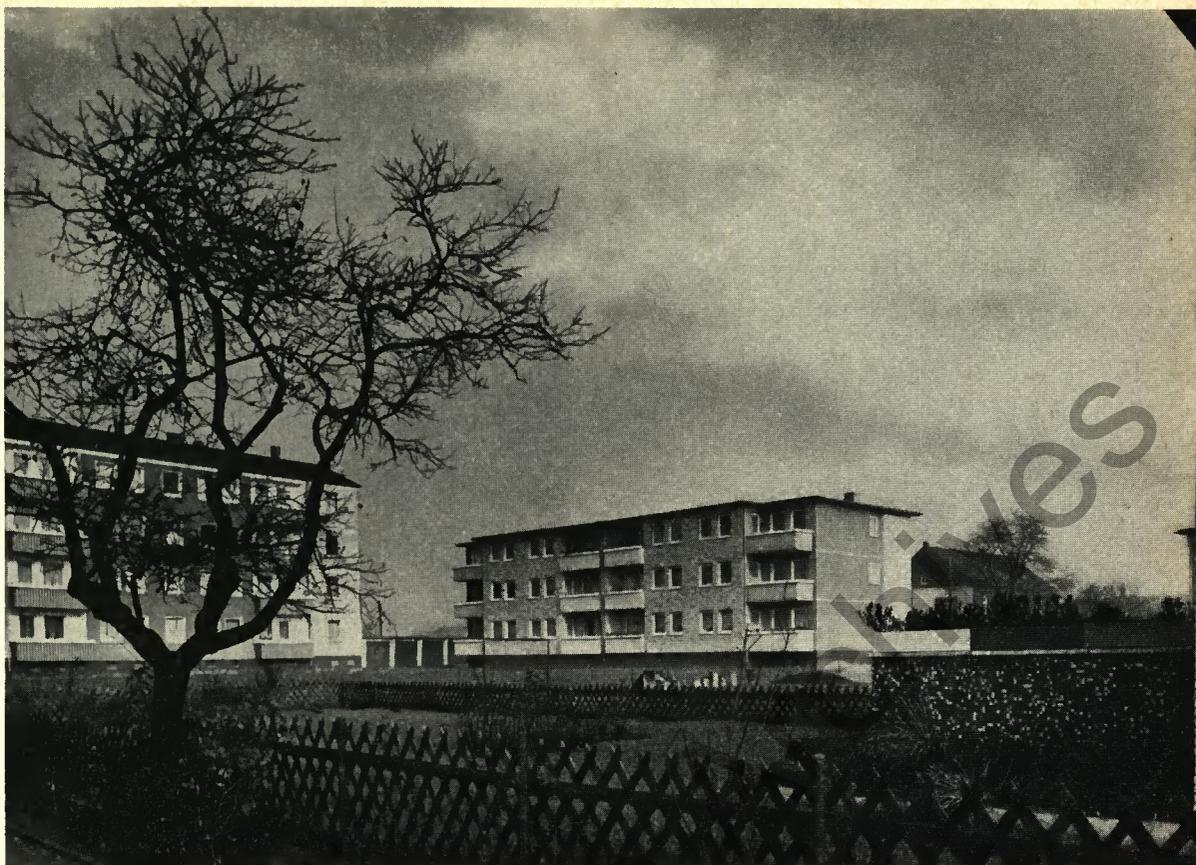
# pott"

# dschaft!

Jahre eine Großstadt entstanden. Teils im Zusammenwirken von industrieller Ausdehnung und Zuwanderung, teils durch den gesetzgeberischen Akt von Ein- und Umgemeindungen, insbesondere durch das „Gesetz über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets vom 29. Juli 1929“.

Das Ruhrgebiet ist keine „statische“, keine gestrige oder von der Geschichte vergessene Landschaft. Es steht unter wirtschaftlicher, sozialer, politischer, geistiger Hochspannung. Dieses größte Ballungsgebiet Europas verkörpert wie kein anderer Landschaftsraum die Problematik des modernen Lebens: Man muß sich ständig mit ihm auseinandersetzen. Dabei liegt auf der Hand, daß die Wohnungs- und Siedlungspolitik in einem solchen Raum mehr als ein vom Nutzeffekt bestimmtes sozialpolitisches Anliegen, sondern geradezu eine Kulturaufgabe ist.

Die Geburtsstunde des heutigen Ruhrgebiets schlug, als es gelang, die im Gebiet zwischen Ruhr und Lippe über den Kohlenflözen lagernde, mehrere hundert Meter dicke Mergelschicht zu durchstoßen und bei der Kohलगewinnung vom Stollenbau zum Schachtbau überzugehen. Das geschah erstmals im Jahre 1837 auf dem Schacht „Franz“ in Schönebeck an der Mülheim-Essener Stadtgrenze und war die entscheidende Tat von Franz Haniel, einem der größten Industriepioniere Deutschlands. Damals verließ der Bergbau das Ruhrtal, wo die Steinkohle durch in die Berghänge getriebene Stollen gewonnen wurde und wanderte nordwärts. Entscheidend aber war, daß der Übergang zum Tiefbau die Massenförderung von Steinkohle ein-



▲ Gradlinigkeit und eine großzügig aufgelockerte Bauweise kennzeichnen die neuen HOAG-Wohnsiedlungen. Unser Bild zeigt einen Ausschnitt aus der für Belegschaftsmitglieder des Südhafens und der Erzaufbereitungsanlagen in Walsum errichteten Siedlung.



▲ Die Breukelmannhof-Siedlung an der Stadtgrenze zwischen Oberhausen und Essen in Frintrop vermittelt ebenfalls einen Eindruck von moderner Siedlungswirtschaft. Hierbei handelt es sich um Eigenheime, die für HOAG-Werksangehörige erbaut wurden.

▼ Auch das für HOAG-Mitarbeiter neu erschlossene Wohngebiet am Frintroper Wasserturm zeichnet sich aus durch städtebauliche Ordnung und planerische Ausgewogenheit. Neben weiten Grünflächen wurden auch Parkstreifen für Pkws nicht vergessen.





Auch solche „Hinterhof-Romantik“ gehört der Vergangenheit an. Ohne städtebauliche Konzeption, ohne Sinn für architektonische Ordnung entstanden, als die Industrialisierung mit Riesenschritten voranging, an der Ruhr Häuser und ganze Siedlungen.



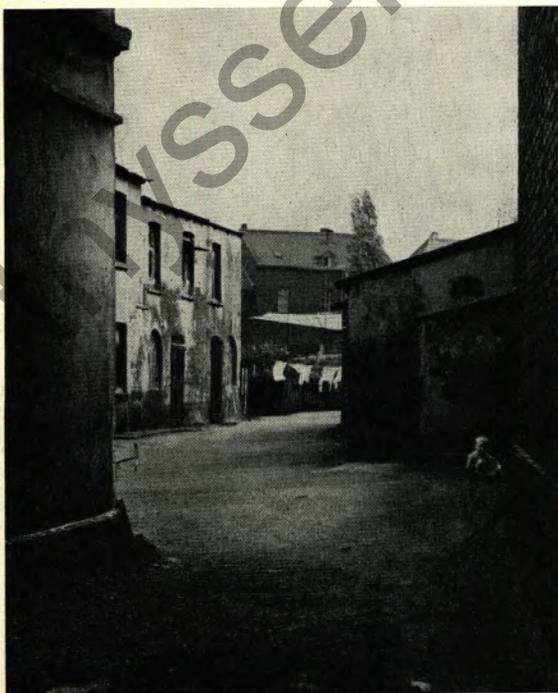
▲ Kaum ein Sonnenstrahl fällt in die Hinterhöfe dieser Mietskasernen eines Dortmunder Vororts. Das Gesicht des heutigen Reviers sieht ganz anders aus: grüner, luftiger und aufgelockerter.

▶ Ein eintönigeres Bild wie dieses aus Duisburg-Hochfeld ist kaum denkbar. Doch nicht nur an der Ruhr, ebenso im englischen, nordfranzösischen und belgischen Revier gibt es solche „Slums“.

▼ Solche auf den Hinterhöfen stehende Schuppen waren lange Zeit typisch für das Ruhrgebiet. Auch diese „Baudenkmal“ passen nicht mehr in das Bild eines neuen und schöneren Reviers.



Verwinkelt und völlig wild drauflos wurde in den Gründerjahren an der Ruhr gebaut. Verschiedentlich hat man diese Epoche verglichen mit der Goldgräberzeit des amerikanischen Westens, in der gleichfalls ohne planerische Konzeption gebaut wurde.



leitete und zugleich Fettkohle gefördert wurde, die den für die Eisenerzverhüttung bestens geeigneten Koks als Einsatzstoff lieferte.

Mit dem Anblasen des ersten Kokshochofens auf der Friedrich-Wilhelms-Hütte in Mülheim im Jahre 1849 setzte an der Ruhr die Massenerzeugung von Roheisen ein. Mit der Anwendung des Bessemer-Verfahrens 1856, besonders aber mit der Aufnahme des Thomas-Verfahrens im Jahre 1878, wurde alsdann auch die Massenproduktion von Rohstahl und die entsprechende Weiterverarbeitung Wirklichkeit.

Durch diese industrielle Entwicklung wurde aus dem Land zwischen Ruhr und Lippe in wenigen Jahrzehnten ein mächtiges Industriegebiet entstanden und veränderten die Landschaft. Mit der Entwicklung der Industrie aber wuchs auch die Zahl der Bevölkerung. Es ist selbstverständlich, daß die riesige Vermehrung der Bevölkerung nicht auf den biologischen Prozeß zurückzuführen ist; die Verhundertfachung (und noch viel mehr) der Volkszahl ergab sich vielmehr durch fortlaufende Zuwanderung. Dem „Ruf“ der Industrie folgend, kamen die Menschen aus den agrarischen Ostgebieten, aber auch aus der Eifel, dem Hunsrück und Westerwald sowie aus dem süddeutschen Raum an die Ruhr, um hier nicht nur Arbeit und Brot, sondern auch eine neue Heimat zu finden. In den sogenannten Gründerjahren, bis etwa zur Jahrhundertwende, strömten Jahr für Jahr etwa 100000 Zuwanderer in dieses Land der Zechen und Hütten; zwischen 1905 und 1910 wuchs die jährliche Zuwanderungsquote sogar auf mehr als 130000 Menschen an, also alljährlich um die Einwohnerzahl einer Großstadt.

Das Ruhrgebiet ist uralter Siedlungsboden. Schon in der Eiszeit müssen hier Menschen gelebt und gejagt haben. Von menschlicher Besiedlung in der Stein- und Bronzezeit zeugen reiche Funde an Gerät, Waffen und Schmuck. Die Römer errichteten dann entlang der Lippe eine Militärstraße in das freie Germanien. Auf ihr marschierten die Legionen des Varus in ihren Untergang im Teutoburger Wald. Als das Römerreich zusammengebrochen war, siedelten Franken in dem Landstrich, den wir heute „das Revier“ nennen. Später wurde der „Hellweg“, ein schon vor der Zeitenwende benutzter Saumpfad, zu einem ständigen Handelsweg zwischen Rhein und Weser. An dieser Handelsstraße und in ihrer unmittelbaren Nähe entstanden schon vor etwa 1000 Jahren Ortschaften, aus denen später Städte wuchsen wie Duisburg, Mülheim, Osterfeld, Essen und Dortmund. Im Jahre 799 gründete der heilige Ludger, Bischof zu Münster, die Benediktinerabtei Werden. Das schnell aufblühende Kloster wurde zu einem Kristallisationspunkt des geistigen Lebens im Mittelalter. So soll hier im 9. Jahrhundert der „Heliand“, die Evangeliendichtung in altsächsischer Sprache, entstanden sein. Als kostbarsten Besitz ihrer Bücherschätze hüteten die Mönche viele Jahrhunderte den berühmten „Codex argenteus“, die Bibelübersetzung des gotischen Bischofs Ulfilas, heute eine Zierde der schwedischen Universitätsbibliothek in Uppsala. Im benachbarten Essen entstand um 850 ein Stift für die Töchter des Hochadels, das zu ottonischer Zeit von den Äbtissinnen Mathilde und Theophanu aus kaiserlichem Hause geleitet wurde. Dieses Stift Essen, das hoheitliche Rechte ausübte, wirkte jahrhundertlang bestimmend für einen Teil des westlichen Ruhrgebiets u. a. auch für das Gebiet des heutigen Oberhausens. Nach dem Dreißigjährigen Krieg allerdings verfiel auch das Land zwischen Lippe und Ruhr in langanhaltendes Siechtum. Erst mit der Industrialisierung, Mitte des 19. Jahrhunderts, brach dann die große Zeit des Reviers an.

Daß das Revier schön sei, behaupten nicht einmal seine Freunde; sie nennen es den Kohlenpott mit derselben rauhen Zärtlichkeit, wie der Berliner von seiner Frau als „meine Olle“ spricht. Jedenfalls aber zeigt das von der Industrie geprägte Antlitz dieser Landschaft nicht selten auch sympathisch-gewinnende Züge. Von Jahr zu Jahr wird das Revier heller, klarer in seiner städtebaulichen Gestaltung, freundlicher in seinem Eindruck. Und es ist wirklich kein Schlagwort, diese „Heimat im Revier“, es ist unumstößliche Wirklichkeit. Als vor ein, zwei Generationen diese große Wanderung ins Ruhrgebiet einsetzte, da hatten die Menschen, die von der Industrie angezogen wurden, wohl das Gefühl, daß die Großwirtschaft zwar Broterwerb bot — mehr als die alte Heimat, woher man kam — daß aber der Mensch zwischen Ruhr und Lippe ohne Bindung zu diesem Land bleiben werde. Und dann hat man erfahren: Das Revier sank unter den Bomben in Trümmer. Wohnungen, Siedlungen und Werke wurden zu Ruinen. Zur inneren Verarmung trat in grauenhafter Form die äußere Not. Doch die Menschen hielten zum Revier, sie blieben hier und hielten aus. Denn hier war ihre Wohnung, ihr Zuhause. Die Heimat hielt sie fest. Doch nicht nur die Alten hielten im Revier aus oder kamen nach 1945 zurück. In langen Zügen kamen auch die Heimatvertriebenen des deutschen Ostens, die Flüchtlinge, denen das Revier ebenso neuer Lebens- und Wirkensraum werden sollte. Mehr noch: Auch ihnen wurde das Revier zur Heimat. Doch diese Heimat an der Ruhr ist nicht nur eine Gabe, sondern auch eine Aufgabe. Heimat im Revier ist eine Tatsache, doch auch nie etwas Fertiges. Alles fließt, bleibt in Bewegung — und wie kaum eine andere deutsche Landschaft hat das Ruhrgebiet im letzten Jahrzehnt sein Gesicht geändert.

Der ursächliche Zusammenhang zwischen Bevölkerungszunahme und Entwicklung der Industrie versteht sich von selbst. Jede Inbetriebnahme neuer Werke war von Anfang an mit dem Heranziehen neuer Arbeiterfamilien verbunden. Es hätte nicht genügt, Betriebe einzurichten, ohne gleichzeitig die nötigen Arbeitskräfte zu haben, und diese waren nur dann zu bekommen, wenn ihnen eine Wohnung angeboten werden konnte.

So entstanden die ersten Arbeitersiedlungen an der Ruhr, die im Laufe der Jahre zu Städten zusammenwuchsen. Meist waren es ein- oder höchstens zweigeschossige Kolonie-Häuser aus rotbraunem Ziegel, die in unmittelbarer Nähe der Werke errichtet wurden. Dem Stil nach entwickelten sich diese Bauten aus dem alten Bergmanns-Kötterhaus wie man es im südlichen Teil des Ruhrgebiets kannte. In der Regel waren die Häuser so aufgestellt, daß jede Familie einen Teil des Gesamtbaukörpers für sich hatte. Das Gefühl, für sich zu wohnen, spielte schon deswegen eine wichtige Rolle, weil dies der vom Lande her gewohnten Eigenart entsprach.

Auch ansonsten war Rücksicht genommen auf die Neigungen und Lebensgewohnheiten der Menschen, deren Umgewöhnung aus der ländlichen Heimat in den schwerindustriellen Raum oft etwas problematisch war. Viele dieser Häuser hatten Gärten und sogar Stallungen, in denen nicht selten ein Schwein, Milchschafe oder Kaninchen gehalten wurden. Auch den Gärten war lange Zeit anzusehen, daß der Bauerngarten ihr Vorfahr war. Blumen fehlten niemals, Kartoffeln wurden angepflanzt und allerlei Gemüsesorten gezogen, vor allem die Fitzebohne, wie man sie hierzulande nennt; die Stangen, an denen die Stengel sich emporwinden, wurden von Jahr zu Jahr im Stall aufbewahrt.

Die Wohnungen bestanden zumeist aus einer Wohnküche, oft mit zwei Fenstern, die im rechten Winkel zueinander standen, daneben eine Kammer und darüber ein oder zwei kleine Schlafgemächer. Insgesamt erschienen diese Häuschen niedrig und gedrungen, doch strahlten sie oft Gemütlichkeit und Wärme aus.

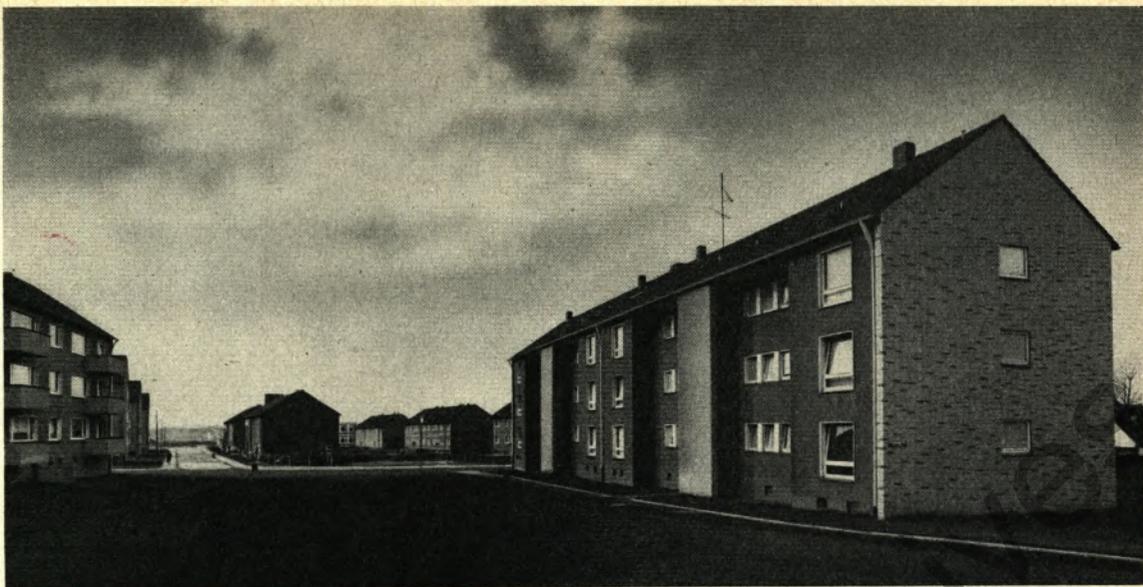
Auf die anspruchslose, eintönige Bauweise anspielend, spricht man heute allzuoft von den „Sünden der Gründerjahre“. Doch sollte man mit diesem Vorwurf nicht zu leichtfertig umgehen. Man muß berücksichtigen, daß viele solcher Bauten schon vor mehr als hundert Jahren entstanden. Und nicht nur für damalige Verhältnisse, noch für viele Jahrzehnte darüber hinaus, sind sie ein Beweis für das ehrliche Bemühen der verantwortlichen Männer jener Jahre, den in das Ruhrgebiet strömenden Menschenmassen nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern auch ein echtes Zuhause, eine neue Heimat, zu schaffen. So gesehen war der Wohnungsbau der Gründerjahre — auch im heutigen Sinn — eine echte soziale Tat. Was den Vergleich zu heute anlangt, so darf nicht übersehen werden, daß die inzwischen fortgeschrittene kultursoziologische Entwicklung die Verstärkung der Menschen mit sich gebracht hat. Der weitaus größte Teil der Ruhrgebietsbevölkerung verlangt heute eine nach städtischen Gesichtspunkten aufgeteilte Wohnung mit Kochküche, Wohnzimmer und Bad, wogegen im vorigen Jahrhundert der Wunsch nach Anlehnung an ländliche Lebensweise, die man von alters her gewohnt war, und die sich auch in der Wohnform ausdrückte, dominierend war.

Zweifellos krankt das Ruhrgebiet aber auch heute noch an einer Reihe von kulturwidrigen „Slums“, wie es sie in allen Industrievierteln der Welt gibt. Wie eine Untersuchung des Instituts für Siedlungswirtschaft der Universität Münster zeigt, wurden diese Bauten meist um die Jahrhundertwende errichtet, zum nicht geringen Teil von privaten Bauträgern, die in dem durch die zunehmende Industrialisierung hervorgerufenen Wohnungsbedarf eine Kapitalanlage sahen. Heute bieten diese Häuser in ihrer stupiden und trostlosen Uniformität oft einen wenig erfreulichen Anblick. Die Fotos auf den linken Seiten dieses Berichtes entstammen der erwähnten Ausarbeitung des Münsteraner Institutes. Sie sollen hier keineswegs zum Gegenstand einer sozialen Anklage werden, sondern vor allem die Problematik aufzeigen, die im Zusammenhang mit dem Sanierungsplan gesehen werden muß, durch den das Revier insgesamt ein freundlicheres Gesicht erhalten soll.

Daß ein solcher Sanierungsplan, der im Zusammenwirken von Bundes- und Landesregierung, den kommunalen Verwaltungen und dem Ruhrsiedlungsverband in die Tat umgesetzt werden soll, nicht von heute auf morgen verwirklicht werden kann, ergibt sich allein schon aus der Tatsache, daß man im Ruhrgebiet nicht lange zu suchen braucht, um solche „Malerwinkel“ — wie die hier abgebildeten — aufzuspüren. Dennoch muß festgestellt werden, daß solcherart Bilder nicht mehr typisch sind für das heutige Ruhrgebiet. Das Revier läßt heute ein Höchstmaß an planerischer Sorgfalt und städtebaulicher Ordnung erkennen. Die den Abbildungen wenig erfreulicher Wohnquartiere gegenübergestellten Fotos aus modernen HOAG-Wohngebieten machen dies deutlich.

Eben an städtebaulicher Planung mangelte es, als in den Gründerjahren die Industrialisierung und Besiedlung des Reviers mit Riesenschritten voranging. Der langjährige Verbandsdirektor des Ruhrsiedlungsverbandes, Sturm-Kegel, hat diese Ära einmal verglichen mit der Goldgräberzeit im amerikanischen Westen, in der — im Fieber jener Jahre — Siedlungen und Städte entstanden ohne die geringste planerische Konzeption. Planlos, ohne ordnende Entwicklungsidee, wuchs zunächst auch das Ruhrgebiet, entstanden Industriewerke, Siedlungen, Verkehrswege, wurden Halden aufgeschüttet.

Mit der Gründung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (kurz „Ruhrsiedlungsverband“ genannt) durch ein Gesetz des Preussischen Landtages aus dem Jahre 1920 wurde dann ein Instrument geschaffen, dem die Aufgabe zufiel, als ordnende Kraft in die Siedlungspolitik des Ruhrgebiets einzugreifen. Damit wurde die Idee planenden Denkens und Handelns für das Revier verwirklicht. Gewiß hat der Ruhrsiedlungsverband großen und verdienstvollen Anteil daran, daß im Schatten der Fördertürme und Hochöfen menschenwürdige Lebensbereiche geschaffen wurden. So wurden große Gebiete als sogenannte Verbandsgrün-



▲ Hier noch einmal ein Überblick über einen Teil des Siedlungsgebietes Frintrup. Einzelne Wohnblöcke zwischen weitläufigen Rasenflächen lassen die systematische Durchgrünung und ein Höchstmaß an planerischer Grundkonzeption erkennen.



▲ Im Grünen zu wohnen war früher ein Wunschtraum vieler Ruhrgebiets-Bewohner. Heute, nachdem gestalterische Planungsgeanken sich durchgesetzt haben, hat sich dieser Wunsch — wie z. B. im HOAG-Wohnungsbau Dümpten — vielfach erfüllt.

▼ Das Revier, vor nicht langer Zeit noch als „dunkler Kohlenpott“ verschrien, hat ein freundlicheres Gesicht erhalten, wie auch dieses Bild aus der Wohnsiedlung Dümpten beweist. Der „Kohlenpott“ verwandelt sich mehr und mehr in eine Kulturlandschaft.





Bestehendes zu verändern — so haben wir in unserem Bericht über Städtebau im Ruhrgebiet festgestellt — ist meist schwerer als Neues zu schaffen. Ein Beispiel dafür ist die städtebauliche Umgestaltung des Oberhausener Knappenviertels. Wo man vor einigen Jahren noch kleine, ziegeltonige

Koloniehäuser aus der Gründerzeit vorfand, ist inzwischen ein modernes Stadtviertel entstanden, mit mehrgeschossigen Wohnblocks in aufgelockelter Bauweise und großzügig eingestreuten Grünflächen und Spielplätzen, wozu mehrere Hochhäuser eine städtebaulich wirkungsvolle Dominante

flächen ausgewiesen, die nicht bebaut werden dürfen, überall begrünte Freiflächen geschaffen, wie überhaupt die Besiedlung der Industrielandschaft entsprechend einer großzügigen planerischen Gesamtkonzeption gestaltet. Schließlich wurden verstreute Siedlungsteile zu städtischen Organismen zusammengefügt oder an bestehende Stadtkerne gebunden.

Letztlich aber verdient auch die Einsicht der Träger der Siedlungswirtschaft hervorgehoben zu werden, der Werke, Kommunen, Wohnungsbaugesellschaften und dergleichen, die von sich aus die Bestrebungen unterstützten und imposante städtebauliche Projekte verwirklichten. Beispiele dafür sind die neu entstandenen Wohngebiete der HOAG in Dümpten, Frintrop und im Oberhausener Knappenviertel. Bestehendes zu verändern ist meist schwerer als Neues zu schaffen, was nicht zuletzt die völlige städtebauliche Umgestaltung des Knappenviertels beweist. Wo man vor einigen Jahren noch kleine ziegeltonige Kolonie-Häuser aus der Gründerzeit sah, ist inzwischen ein modernes Stadtviertel entstanden, mit mehrgeschossigen Wohnblocks in aufgelok-

terter Bauweise und großzügig eingestreuten Grünflächen und Spielplätzen, wozu mehrere Hochhäuser eine städtebaulich wirkungsvolle Dominante bilden. Überhaupt fällt in allen neu entstandenen Wohngebieten die konsequente und systematische Durchgrünung auf, die — das ist uns schwer zu erkennen — mit besonderer Liebe betrieben wurde.

So wird mehr und mehr deutlich, wie das Ruhrgebiet sich wandelt. Die nach dem Einbruch der Industrie verschandelte Landschaft von Zechen und Haldengebirgen, Hütten und Fabriken, deren unorganische und planlose Bebauung als schier unentwirrbares Knäuel erscheinen mußte, schießt sich an, zu einer tatsächlichen Kulturlandschaft zu werden. Wie weit dieser Reifungsprozeß fortgeschritten ist, veranschaulichen nicht zuletzt die neuen Wohngebiete der Hütte Oberhausen. Zwar war mit städtebaulicher „Kosmetik“ nicht allein die gewünschte Abhilfe zu schaffen, nicht selten bedarf es — wie im Oberhausener Knappenviertel — eines „chirurgischen“ Eingriffs. Überall jedoch lassen sich die Erfahrungen der Vergangenheit auswerten, damit Miß-

stände gar nicht erst wieder aufkommen oder langsam abgebaut werden können. „Der Gesamteindruck, den die neuen Siedlungen und Wohnungen bieten“, so stellt Dr. Wilhelm Brepohl, Leiter der Sozialforschungsstelle der Universität Münster, in seinem Buch über die Wandlung von der agraren zur industriellen Daseinsform des Ruhrvolkes fest, „läßt erkennen, wie wenig vom Alten übertragbar war. Das Alte schwindet nicht nur, weil es alt ist, sondern vielmehr, weil es in die neue Welt nicht mehr einzuordnen ist.“ Mithin, folgert der Soziologe, mache der Wandel hinsichtlich Siedlung und Wohnung auch die sozial höhere Stufe der heutigen Ruhrgebietsbevölkerung deutlich. Das stärkste Argument für die in der Siedlungswirtschaft des Reviers vorwärtsdrängenden neuen Faktoren ist also der Mensch selber.

Das Revier ist Werkstatt, der produktivste Raum Europas. Eine Werkstatt aber ist nunmal kein Wohnzimmer, auch eine große nicht, auch nicht unzählige nebeneinander. Deshalb wäre eine Landschaft, die nur Arbeitsstätten kennt, ein trostloser Anblick. Freilich, vom Salon allein kann der Mensch auch nicht existieren. Daher bleibt die Aufgabe, Werkstatt und Wohnraum in ein harmonisches Verhältnis zueinander zu bringen.

Wenn Kultur — wie im Lexikon definiert wird — „die Gesamtheit der Lebensäußerung eines Volkes“ ist, dann umgreifen diese Lebensäußerungen vor allem den Raum, den der Mensch seine Heimat nennt. „Der Kolonialzeit des Reviers“, so heißt es in einer Studie des Schriftstellers Heinrich Böll über das Ruhrgebiet, „die den Agrarraum veränderte, folgte die Entwicklung zur Industrie- und Stadtlandschaft; von den Maßnahmen der Gegenwart aber wird es abhängen, ob aus diesem Raum eine Kulturlandschaft wird.“ Im Ruhrgebiet ist demnach Planung nicht nur technische Gestaltung, sondern eine Kulturaufgabe.

Wenn man die Entwicklung betrachtet und die Bemühungen richtig wertet, dann kann es kaum Zweifel daran geben, daß diese Kulturaufgabe bestanden wird. Schließlich ist Rom nicht an einem Tag gebaut worden, und auch die Umgestaltung des Reviers braucht Zeit. Nicht von heute auf morgen läßt sich solch ein großes Ziel erreichen, dazu bedarf es nicht nur des guten Willens, sondern auch ganz erheblicher finanzieller Mittel. Doch daß dieses Ziel erreicht wird, daß man ihm von Jahr zu Jahr näherkommt, dokumentieren die Fortschritte der letzten Zeit. Je mehr Menschen im Ruhrgebiet seßhaft werden, je bewußter sie diesen Lebensraum als ihre Heimat betrachten, desto deutlicher wird der Drang nach Ordnung, Stetigkeit und Harmonisierung, was sich nicht zuletzt in dem äußerlich gewandelten Bild des Ruhrgebiets zeigt.

So sah es im Oberhausener Knappenviertel noch vor wenigen Jahren aus. Dabei waren die kleinen Kolonie-Häuser aus der Gründerzeit zwar eintönig, aber keineswegs unansehnlich. Jahrzehntlang galten sie als Beweis für die soziale Verantwortung ihrer Erbauer. Auch an Gärten und Begrünung war gedacht. Leider wurde im Ruhrgebiet jedoch nicht überall so aufgelockert und planerisch gebaut.





bilden. Hochhäuser empfehlen sich allein schon deshalb, weil in den Ballungsräumen des Reviers für die herkömmliche Bauweise meist nicht genügend Grundstücke zur Verfügung stehen. Zu der von der Werksleitung betriebenen systematischen und konsequenten Durchgrünung der Wohn-

gebiete gehört auch die Bepflanzung der Schlackenhalde. Die positive Einstellung zum Grün, im Ruhrgebiet seit langem ein soziales Postulat ersten Ranges, ist eines der erfreulichsten Symptome moderner Siedlungswirtschaft. Die neuen HOAG-Wohngebiete sind in dieser Hinsicht beispielhaft.

# Sind unsere Mieten zu hoch?

## Mieten im sozialen Wohnungsbau - Ein offenes Wort zu einem viel diskutierten Problem

Immer wieder hört man den Einwand: „Unsere Mieten sind zu hoch.“ Es bedarf keines besonderen Scharfsinns, um herauszufinden, daß solcherart Andeutungen nicht selten auch auf die Mieten unserer Werkwohnungen bezogen werden. Wir wollen uns daher mit diesem Problem hier einmal eingehend auseinandersetzen. Es geht uns darum, die Inhaber von Werkwohnungen möglichst anschaulich mit der Finanzierung und Bewirtschaftung unseres Hausbesitzes bekannt zu machen.

Wie allgemein bekannt sein wird, stellt die HOAG unserer Wohnungsbaugesellschaft zur Errichtung von Wohnungen für Werksangehörige unverzinsliche Darlehen zur Verfügung. Außerdem überläßt das Werk der Wohnungsbaugesellschaft Grundstücke für den Wohnungsbau zu einem niedrigen Erbbauszins. Der Staat hilft, indem er für den sozialen Wohnungsbau, und nur davon soll hier die Rede sein, sogenannte Landesmittel, das sind unverzinsliche öffentliche Darlehen, bewilligt. Außerdem unterstützt der Staat den einzelnen Mieter bei unzumutbar hoher Mietbelastung durch eine Subventionierung der Miete durch Aufwendungsbeihilfen von bis zu 0,60 DM je qm Wohnfläche. Dennoch ergibt sich — einschließlich aller Nebenabgaben — für eine 60 qm große Wohnung eine monatliche Miete von 130 bis 150 DM. Nach Wegfall der Aufwendungsbeihilfe kann sich die Miete sogar um bis zu 36 DM erhöhen und 170 bis 180 DM betragen.

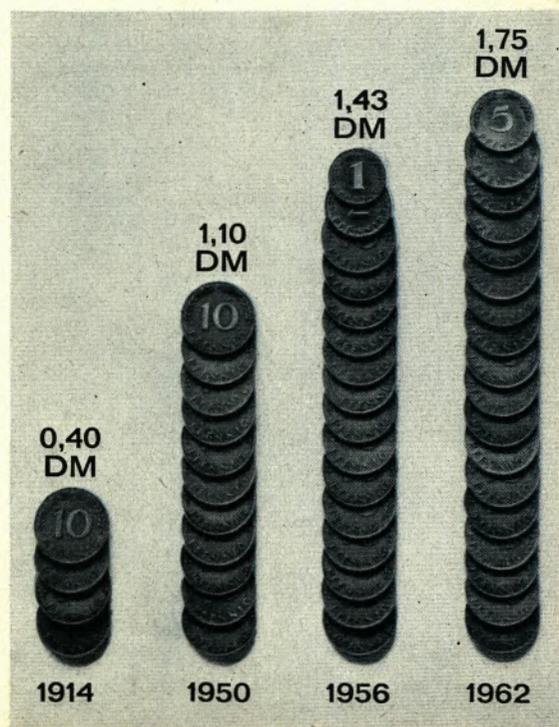
In diesem Zusammenhang wird dann von den Mietern oder Wohnungsuchenden Belegschaftsmitgliedern immer wieder die Frage gestellt: „Ist eine solche Miethöhe wirklich erforderlich?“ Oder: „Lassen sich unsere Werkwohnungen nicht billiger erstellen?“ — Dieser Fragenkomplex soll

nachstehend im einzelnen erörtert werden. Dabei soll nur die wirtschaftliche Seite des sozialen Wohnungsbaues in Verbindung mit der Wohnungsbaufinanzierung und den Bewirtschaftungskosten untersucht werden, nicht aber die Frage zur Debatte stehen, ob die heutige Miethöhe den Einkommensverhältnissen der Mieter angepaßt ist. Was diese — nur individuell zu beantwortende — Frage angeht, so sei daran erinnert, daß früher einmal ein Richtsatz allgemeine Gültigkeit hatte, wonach 20 Prozent des Einkommens als Miete zu veranschlagen waren. Ob dieser Richtsatz heute noch gilt, bleibt den Rechenkünsten jedes einzelnen überlassen.

Für alle im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues erstellten Wohnungen verlangt ohnehin der Staat eine unbedingte Rechenschaft darüber, ob die von einem privaten Bauherrn oder einer Wohnungsgesellschaft abgerechneten Baukosten und ausgewiesenen Mieten angemessen und erforderlich sind. Die Förderung von Wohnungen mit öffentlichen Mitteln war erstmals nach dem Kriege im Jahre 1949 möglich.

Die absolute Mietobergrenze durfte in Großstädten bis zu 1,10 DM/qm Wohnfläche, und im Jahre 1953 nach der Neufassung des I. Wohnungsbaugesetzes 1,43 DM/qm Wohnfläche betragen. Heute haben wir im sozialen Wohnungsbau eine Mietobergrenze von 2,24 DM/qm Wohnfläche zusätzlich Aufwendungsbeihilfen und Vergütung für Kücheneinrichtungen usw. →

Von der Statistik auf Mark und Pfennig dargestellt. Im Durchschnitt des eigenen Werkwohnungsbereichs haben die Mieten seit 1914 folgende Entwicklung genommen: von 0,40 DM auf 1,75 DM je qm.



Diese beachtliche Steigerung ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß

- die Baukosten u. a. durch Lohnerhöhungen sowie durch Materialverteuerungen erheblich angestiegen sind.
- die Bewirtschaftungskosten eine wesentliche Mehrbelastung verursachen,
- die öffentlichen Abgaben (Straßenreinigung, Grundsteuer, Müllabfuhr usw.) sich erhöht haben und nicht zuletzt
- die Bauausführung unter Berücksichtigung modernster technischer Erkenntnisse verbessert worden ist.
- von den Mietern höhere Ansprüche an die Wohnung gestellt werden.

schaft an keiner Stelle und in irgendeiner Form einsparen kann. Es handelt sich hierbei um einen unvermeidlichen Aufwand, der obendrein durch laufende Verteuerungen eine noch nie dagewesene Höhe erreicht hat.

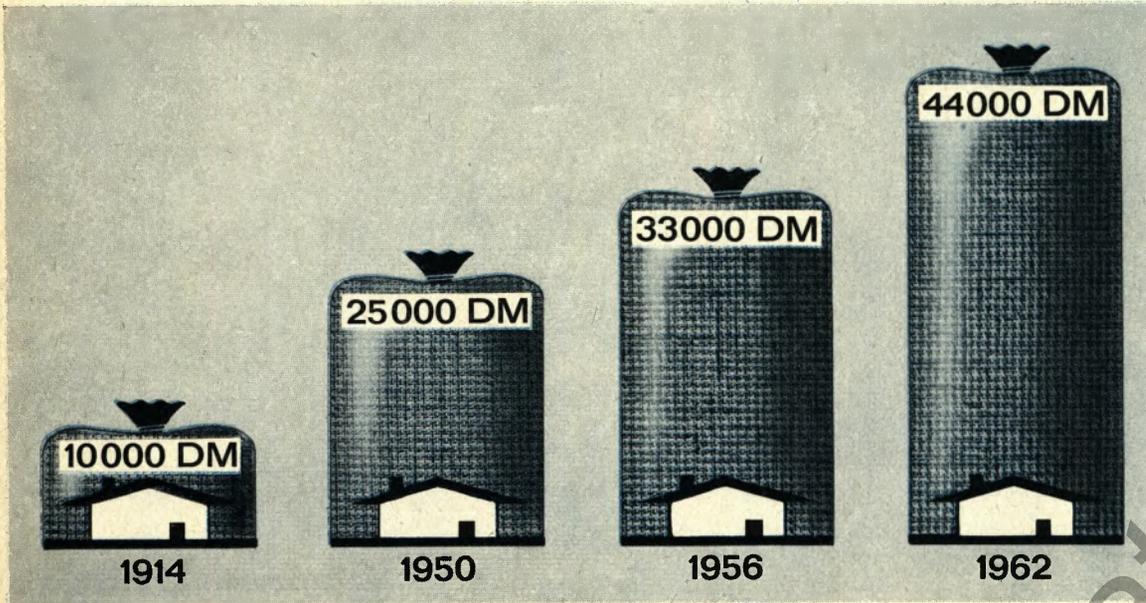
Es würde zu weit führen, auf jede Kostenart und somit auf jede Kostensteigerung im einzelnen einzugehen. Jeder Mieter sollte aber, ehe er über „unbillige“ und „überhöhte“ Mieten spricht oder sogar sich beschwerdeführend an die Wohnungsbaugesellschaft wendet, auch einmal kritische Überlegungen darüber anstellen, ob nicht durch einen im Laufe der Jahre entstandenen höheren Wohnkomfort zumindest ein Teil dieser Erhöhungen zu rechtfertigen ist. Die Zeichnungen auf dieser Seite sollen nicht nur die Erinnerung an die Vergangenheit wachrufen, sondern ebenso zu

angeboten wird, in der das Badezimmer fehlt oder in der die sanitären und hygienischen Einrichtungen unzulänglich sind, in der die Toilette sich auf dem Zwischenpodest des Hauses befindet und von mehreren Familien benutzt werden muß oder sogar nur ein Trockenklosett auf dem Hofe vorhanden ist. Die Baubehörde würde die Errichtung solcher Wohnungen auch gar nicht gestatten. Unausbleiblich aber ist, daß ein solcher Mehraufwand mit Kosten verbunden ist und der Hauseigentümer diese Mehrkosten durch die Miete decken muß.

Ähnlich verhält es sich bei den Küchen. Ein Durchlauferhitzer bzw. die mögliche Warmwasserbereitung in der Küche wird von den Hausfrauen heute als selbstverständlich hingegenommen. Die Wohnungsbaugesellschaft hat außerdem fast alle Neubauwohnungen mit einer Einbauküche versehen. Auch die zentrale Beheizung der Wohnungen ist ein Aufwandfaktor, der einen wesentlichen Anteil an den Baukosten hat. Unsere Wohnungsbaugesellschaft hat fast alle Neubauwohnungen mit zentraler Kachelofenbeheizung versehen oder läßt sie durch zentrale Heizwerke mit Wärme versorgen.

Denken wir nur einmal an die Mieten in unseren Hochhäusern. Auf die Errichtung von Hochhäusern kann nicht verzichtet werden, da in den Ballungszentren nicht genügend Grundstücke für eine zwei- und dreigeschossige Bauweise zur Verfügung stehen. Fahrstuhl, Müllschlucker (der Abfall kann von der Wohnung aus gleich in einen Mülltrichter geworfen werden), vollautomatische Wascheinrichtungen (jede Hausfrau ist in der Lage, im Hause oder in der Nähe ihre Wäsche bügelfertig vorzubereiten) sind Komforteinrichtungen, die letztlich der Mieter bezahlen muß und wofür er auch einen entsprechenden Gegenwert erhält.

Zu diesen Ausführungen wird vielleicht mancher sagen oder denken: „Die Höhe der Baukosten und der Bewirtschaftungskosten muß ich zwar in Kauf nehmen, jedoch bleibt die Tatsache bestehen, daß die sich ergebende Miete für mich nicht tragbar ist.“ Verschiedentlich wurde schon in der Werkzeitschrift darauf hingewiesen, daß bei einer unzumutbaren Mietbelastung, die in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Einkünften steht, Mietbeihilfen in Anspruch genommen werden können. Vor dem Wort „Beihilfe“ mag zunächst mancher zurückgeschreckt sein, da niemand gerne zu den „Wohlfahrtsempfängern“ gezählt werden will. Hier handelt es sich jedoch um eine falsche Scham. Der Staat hat verschiedene Subventionen für den Wohnungsbau geschaffen. Eine dieser Gruppen besteht in der Aufwendungsbeihilfe, die neben der Miete gezahlt wird, und außerdem in der Mietbeihilfe, die eben nur dem Personkreis zugänglich gemacht werden soll, für den die über eine



Die nach oben gerichtete Entwicklung der Baukosten macht den größten Anteil an der Preissteigerung im Wohnungsbau aus. Bei gleicher Leistung und Bauausführung mußten für ein Haus, für das 1914 die Summe von 10000 Mark an Baukosten aufzubringen war, im vergangenen Jahr 44000 Mark bezahlt werden. Eine ganz erhebliche Verteuerung, die sich auch in der Höhe der Mieten ausdrückt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang:

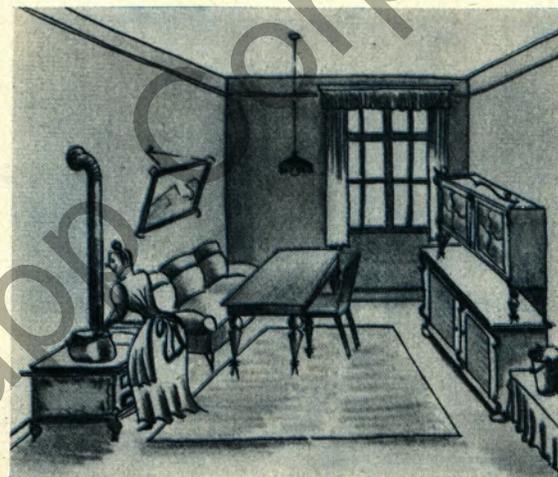
Seit 1955/56 sind rd. 50 Prozent der Mehrkosten auf die Vergrößerung der Wohnungen und 50 Prozent auf den erhöhten Wohnkomfort zurückzuführen.

Aus dieser Darstellung ist ersichtlich, daß das Preisniveau der Baukosten — insbesondere in den Nachkriegsjahren — sich fast verdoppelt hat. Wir wollen uns an dieser Stelle nicht mit der Frage auseinandersetzen, warum bei den Baukosten eine solche Preissteigerung eingetreten ist. Nicht zuletzt sind auch hier Lohn- und Materialpreissteigerungen die Ursache. Genau wie beim Schlosser, dessen Tariflohn von 1,10 DM (1949) sich auf 2,54 DM (1963) erhöht hat, ist auch im Baugewerbe eine erhebliche Lohnsteigerung zu verzeichnen gewesen.

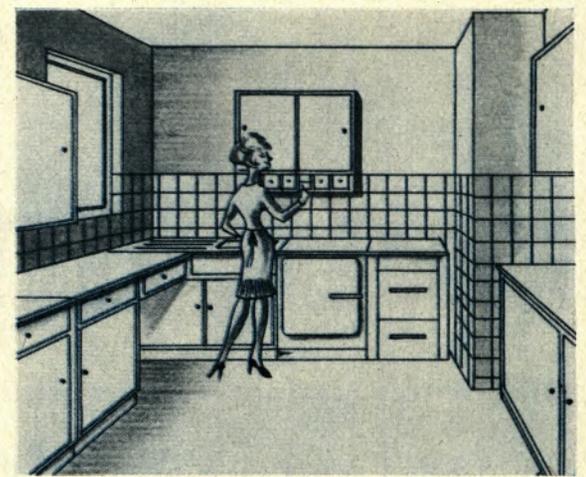
Preiserhöhungen zeigen sich jedoch nicht allein bei den Baukosten. Auch die Bewirtschaftungskosten sind erheblich angestiegen. Die Müllabfuhrkosten für eine Wohnung beliefen sich im Jahre 1951 in Oberhausen auf jährlich 10 DM. Heute verlangt das Stadtreinigungsamt jährliche Gebühren von 21 DM. Bei den übrigen öffentlichen Abgaben sind ähnliche Erhöhungen zu verzeichnen.

Durch die Bereitstellung von öffentlichen Mitteln und Werkdarlehen ist die Finanzierung einer Werkwohnung allein noch nicht gedeckt. Der Bauherr muß zur weiteren Finanzierung Hypotheken vom Kapitalmarkt in Anspruch nehmen. Konnte man vor dem Kriege Hypothekendarlehen zu einem Zinssatz von vier oder viereinhalb Prozent auf dem Hypothekenmarkt erhalten, so verlangt der Hypothekengläubiger heute sechs oder sogar sieben Prozent. Diese Kosten der Kapitalverzinsung sowie für die Bewirtschaftung der Gebäude sind Beträge, die die Wohnungsbaugesell-

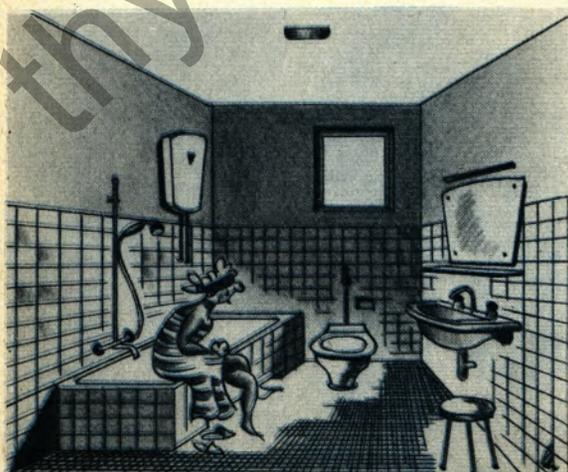
einer objektiven Betrachtung unseres heutigen Wohnniveaus beitragen. So ist es heute für keinen Wohnungssuchenden mehr denkbar, daß ihm eine Neubauwohnung



Das Plüschsofa sowie der blankgescheuerte Herd mit riesigem Ofenrohr erinnern an die „gute, alte Zeit“. Keine Hausfrau möchte jedoch heute auf die Möglichkeit der Vollversorgung durch Gas oder Elektrizität verzichten und den Anschluß für den Kühlschrank missen. An die Stelle der Wohnküche ist die rationelle und modern-sachliche Kochküche getreten. Zum Wohnen dient das Wohnzimmer.



So sieht unser Zeichner ein „Badezimmer“ der Vorkriegszeit. Dabei muß man zugeben, daß damals nur wenige Wohnungen einen solchen „Komfort“ aufzuweisen hatten. Als „Badezimmer“ diente nicht selten die Waschküche im Keller des Hauses. Wer möchte heute noch auf das eigene, gekachelte Bad verzichten?



bestimmte Miethöhe hinausgehende Belastung als nicht tragbar angesehen werden muß. Von einer Wohltätigkeitsmaßnahme oder gar von Almosen kann keine Rede sein. Jeder Mieter hat die Möglichkeit, bei der jeweiligen Stadtverwaltung durch das zuständige Amt für Wohnungswesen die Voraussetzungen für die Zahlung von Mietbeihilfen prüfen zu lassen.

Der Gesetzgeber hat letztlich diese Möglichkeit gegeben, nicht um Leute mit niedrigem Einkommen oder Haushalte mit großer Personenzahl wohlwollend zu unterstützen, sondern um einen gerechten sozialen Ausgleich hinsichtlich der Mietzahlungen zu schaffen. Erhöhte Mieten sollen durch Mietbeihilfen tragbar gemacht werden.

Eine Bemerkung zum Abschluß: Die Miete auf dem freien Wohnungsmarkt liegt heute bereits zwischen 4 und 5 DM/qm Wohnfläche. Ein Preis also, der für den „Normalverbraucher“ völlig indiskutabel ist. Am Wochenende geben die Wohnungsangebote in den Tageszeitungen Aufschluß darüber, daß Mieten für mittelgroße Wohnungen zwischen 300 und 400 DM keine Seltenheit mehr sind. Dennoch greift mancher Wohnungssuchende zu, obwohl die Miethöhe in keiner vernünftigen Relation mehr zu seinem Einkommen steht.

Sind wir angesichts derartiger Mietpreise auf dem freien Wohnungsmarkt mit unseren derzeitigen Mieten im Werkswohnungsbau nicht doch noch recht gut bedient? Darüber sollte man einmal in Ruhe nachdenken. WGD

# Eigentumswohnungen

## setzen sich durch

### Anmerkung

### zu dem Frintroper Projekt

In Heft 13/1961 der Werkzeitschrift haben wir die Belegschaftsmitglieder mit der Eigentumswohnung bekanntgemacht. Wir haben die Vor- und Nachteile geschildert und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Wohnform auf Grund ihrer Vorzüge in der Zukunft eine weite Verbreitung erfahren wird. Inzwischen hat ein Bauvorhaben unserer Wohnungsbaugesellschaft, das sich mit Eigentumswohnungen befaßt, Gestalt angenommen. Wir sind daher in der Lage, heute darüber nähere Einzelheiten mitzuteilen.

Bei Auswahl der Bewerber für die gegenwärtig im Bau befindlichen 18 Eigenheime an der Tonstraße in Frintrop hat sich gezeigt, daß das Streben nach Eigentum innerhalb der Belegschaft recht groß ist. Wegen der geringen Anzahl der zur Verfügung stehenden Eigenheime, konnte jedoch nur ein Bruchteil der Bewerber Berücksichtigung finden. Es wurden daher am Frintroper Berg zwischen Höhenweg und Frintroper Straße 56 Wohnungen mit dreieinhalb und acht Wohnungen mit vier-einhalb Räumen als Eigentumswohnungen geplant. Ein Besuch der Baustelle zeigt, daß bereits mehrere Häuser rohbaufertig sind.

Mit dem Bezug der Wohnungen kann voraussichtlich im Spätsommer dieses Jahres gerechnet werden. Es ist daher an der Zeit, Interessenten mit näheren Einzelheiten über Planung, Kosten, Finanzierung und Belastung der Wohnungen vertraut zu machen.

Die Eigentumswohnungen befinden sich in zweigeschossigen Häusern, die von Grünanlagen umgeben zwischen Frintroper Straße und Höhenweg liegen. In jedem Haus sind vier Wohnungen untergebracht. Einstellplätze und ein großer Garagenhof sorgen dafür, daß in großem Umfange Kraftfahrzeuge abgestellt werden können. Es besteht eine gute Verkehrsverbindung zum Arbeitsplatz sowie zu den Städten Essen und Oberhausen.

Die Ausführung der Häuser sowie die Ausstattung der Wohnungen liegen über dem üblichen Standard für Mietwohnungen. Außer der besonderen Isolierung für Schall- und Wärmeschutz erhalten die Fassaden neben dem farbigen Edelkratzputz Teilverklammerung.

Jede Wohnung ist mit einer Gasetagen-Warmwasserheizung ausgestattet. Diese Heizung ist besonders praktisch und wirtschaftlich und kann von jedem einzelnen Wohnungseigentümer hinsichtlich der Wärmeleistung und des Verbrauchs gesteuert werden. Ein besonders günstiger Tarif

hierfür wurde vereinbart. Hervorgehoben werden soll an dieser Stelle noch, daß die Wohnzimmer Parkettfußböden erhalten und die Küchen mit Wandschränken und Nirosta-Spülen ausgestattet werden. Der übrige Fußboden besteht aus Kunststoffplatten. Als Verkleidung sind Fliesen vorgesehen. In Küche und Bad sind Fliesen verlegt. Die Gesamtkosten für die beiden zur Ausführung kommenden Typen belaufen sich auf 50700 bzw. 52000,— DM je Wohnung im Schnitt. Da die Wohnungen jedoch unterschiedliche Wertmerkmale hinsichtlich

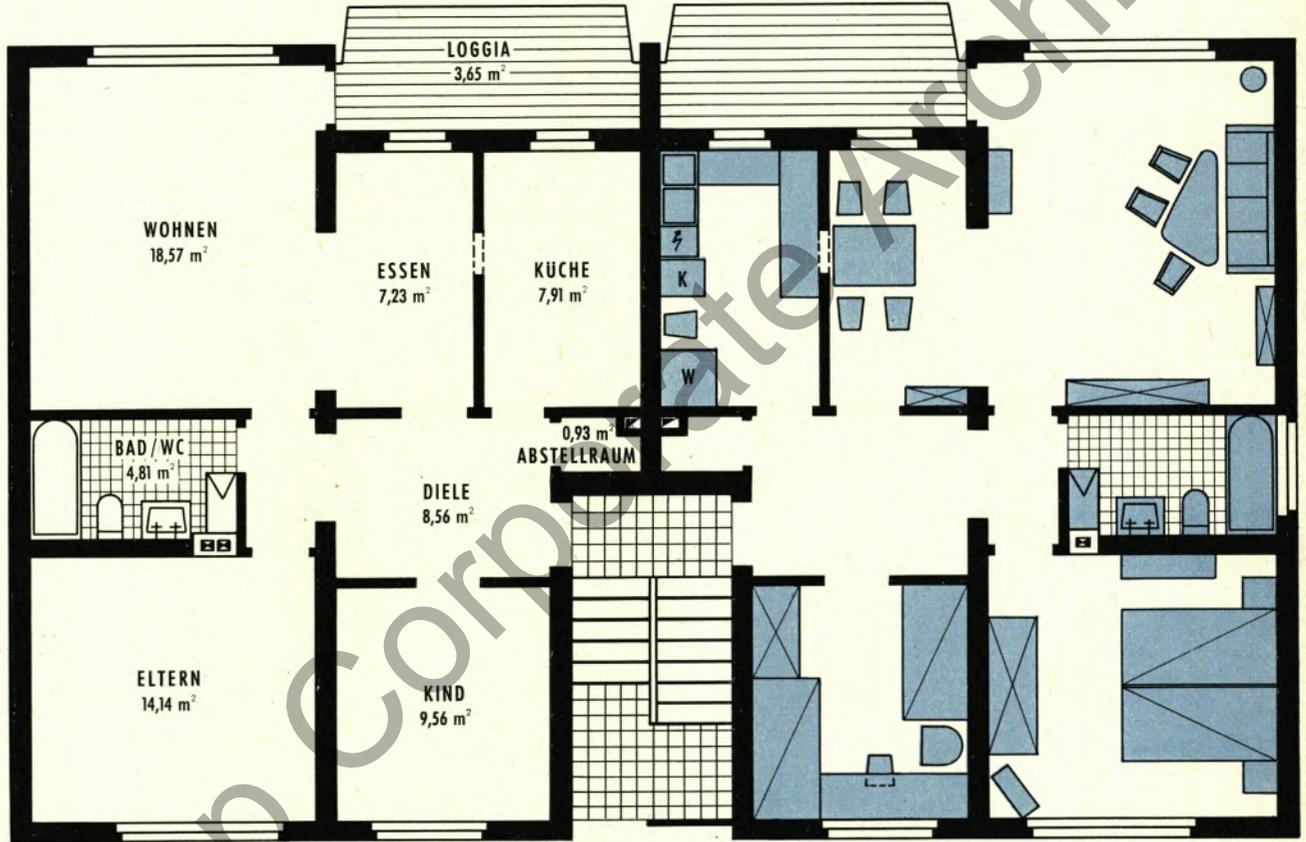
Die Finanzierung der Eigentumswohnungen ist als äußerst günstig zu bezeichnen, da neben erhöhten öffentlichen Mitteln u. a. auch noch letztmalig Arbeitgeberdarlehen mit Steuervergünstigung gemäß Paragraph 7c des Einkommensteuergesetzes zum Einsatz kommen. Nachstehend ist eine Normalfinanzierung mit Lastenberechnung für die erwähnten Durchschnittswerte aufgeführt. Danach beträgt das zu erbringende Eigenkapital

für die kleinere Wohnung 5500,— DM,  
für die größere 6000,— DM.

Eigenkapitals in Form von Barleistungen, Lastenausgleichsmitteln, Rentenabfindungen usw. die zweite Hypothek abzulösen und hierdurch ein niedrigeres Wohngeld zu erzielen. Das auf der obigen Grundlage errechnete Wohngeld von 2,50 DM/qm und Monat liegt auf der Höhe der Kostenmiete für Neubauwohnungen im sozialen Wohnungsbau.

Sicherlich dürfte es noch interessieren, daß die Wahrnehmung der Interessen und Durchführung der Beschlüsse der Wohnungseigentümer durch unsere Wohnungsbaugesellschaft als Verwalter erfolgt.

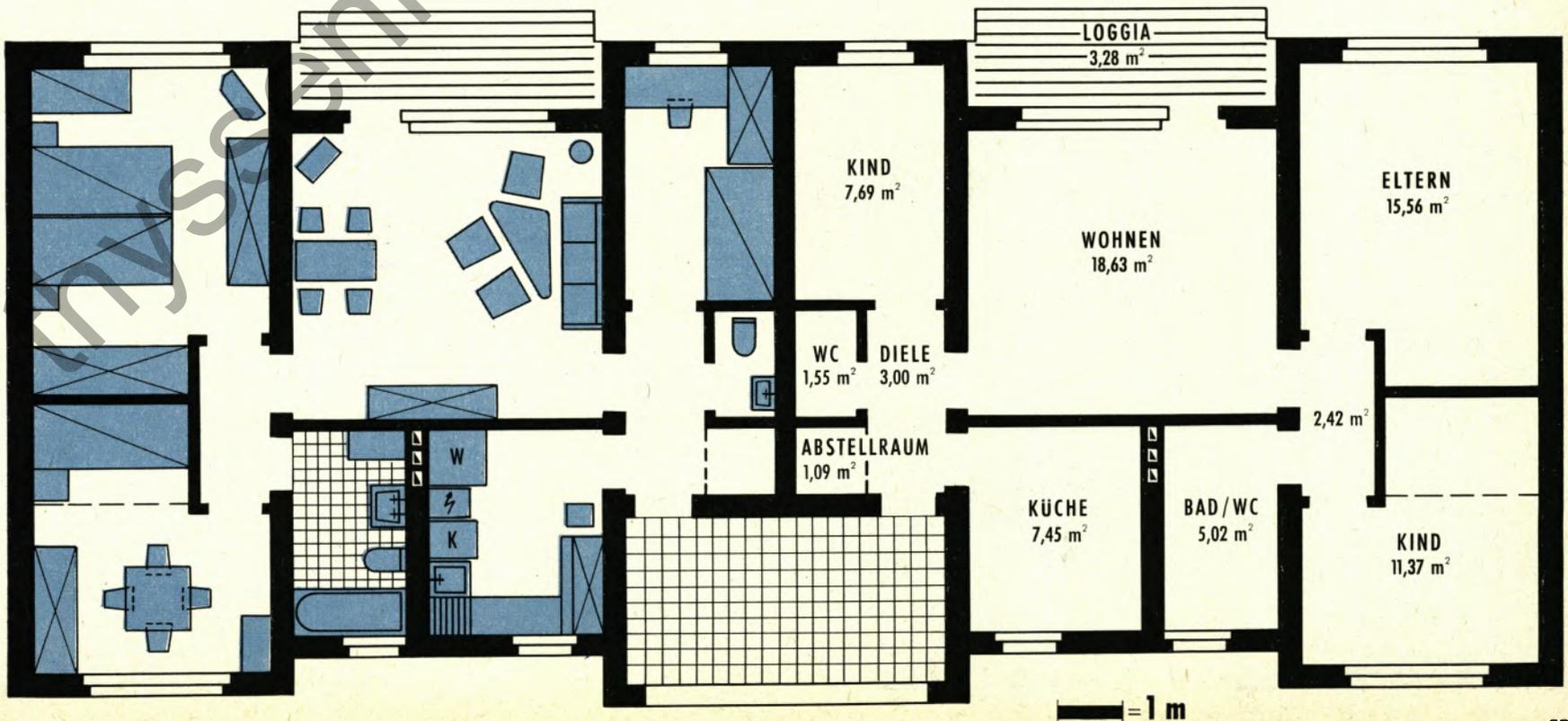
Es werden alle Interessenten für Eigentumswohnungen gebeten, sich umgehend bei der Sozialabteilung zu melden, die auch zu weiteren Auskünften in dieser Angelegenheit offen bereit ist. Da für das Bauvorhaben öffentliche Mittel in Anspruch genommen worden sind, kommen für den Bezug der Wohnungen nur die im II. WoBauG bzw. den Wohnungsbauförderungsbestimmungen des Landes Nordrhein-Westfalen vorgesehenen Personen in Frage,



Stockwerkslage, Lärmbeeinträchtigungen usw. aufweisen, muß eine Einzelbewertung vorgenommen werden, die eine Unterlage für die Aufteilung der Gesamtkosten und der Finanzierungsmittel darstellt. Die vorgenannten Kosten können daher nur Anhaltswerte sein, die über- und unterschritten werden.

Die Kosten und Belastungen der Wohnungen werden durch verschiedene Steuerbefreiungen, wie Grunderwerbsteuer und Grundsteuer, sowie Inanspruchnahme des Paragraphen 7b Einkommensteuergesetz günstig beeinflusst. Hinzu kommt nach, daß es möglich ist, durch Einsatz erhöhten

ferner aber auch solche Interessenten, die eine Wohnung für den begünstigten Personenkreis freimachen. Nähere Einzelheiten hierüber sind ebenfalls bei der Sozialabteilung zu erfahren (s. „echo der arbeit“ Ausgabe 7/1962 — Wegweiser durch das Wohn- und Mietrecht). **Kreuzkamp**



# Sicherheit beginnt ganz oben — oder gar nicht

Einmal im Jahr ruft das Staatsoberhaupt der USA die Industrieführer, Sicherheitsexperten, Gewerkschafter, Vertreter der Universitäten und Versicherungsgesellschaften, letztlich die ganze Nation, zur Sicherheitsarbeit auf und zeichnet die auf diesem Gebiet erfolgreichsten Firmen und verdientesten Persönlichkeiten aus. In Washington, der ständigen Tagungsstätte, wird das Thema „Arbeitssicherheit“ dieses Mal eine gewichtigere Rolle spielen als in all den Jahren zuvor. Begann doch im Oktober 1962 das 50. Jubiläumsjahr des „Nationalen Sicherheitsrates der USA“. Präsident Kennedy hat es sich nicht nehmen lassen, zu diesem Anlaß eigens eine Proklamation herauszugeben und gleichzeitig alle Repräsentanten der staatlichen Selbstverwaltung aufzufordern, ihre Anstrengungen um die Unfallverhütung zu verstärken.

Die Tagung des Jahres 1962 stand unter Leitung des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, Johnson. Er konnte im Eröffnungsreferat, das er vor mehr als dreitausend Personen hielt, mit berechtigtem Stolz auf die großen Erfolge verweisen, die die amerikanische Industrie im Kampf um die Arbeitssicherheit erzielt hat. „Es gab eine Zeit“, so führte Johnson aus, „da war die Unfallverhütung bei uns ein Steckenpferd, das nur von wenigen Einzelgängern geritten wurde, die es schwer hatten, allgemeine Anerkennung zu finden. Dann kamen die hartgesottenen Dollar-Ingenieure, die den Komplex Arbeitssicherheit vorwiegend aus der Sicht des finanziellen Profits sahen. Heute befindet sich die Sicherheitsarbeit in einer neuen Phase. Sie begann mit der Entdeckung der Atomenergie. Hier hat der Stand der Technik eine Höhe erreicht, wo wir überhaupt nichts mehr tun können, ohne daß wir alle menschenmöglichen Sicherheitsvorkehrungen treffen.“

Beim Flug der US-Astronauten um die Erde hat selbst im schärfsten politischen Wettstreit mit dem östlichen Konkurrenten die Sicherheit des Piloten Vorrang vor jeglichem nationalen Prestige gehabt. Nur zwölf Todesfälle sind seit 1947 in den USA durch Atomstrahlen verursacht worden, gegenüber fast 40000 Verkehrstoten jährlich.“

Ein weiteres beachtenswertes Referat hielt der amerikanische Arbeitsminister Goldberg. Von ihm stammt die These, daß **Sicherheit ganz oben beginnt — oder überhaupt nicht.** Wenn man die Einstellung der Werksleitung zur Arbeitssicherheit kenne, meinte Goldberg, ließen sich die Unfallergebnisse dieses Betriebes fast vorsehen. Unfälle ereignen sich, so lehrt die Praxis, in der Regel nicht mehr dort, wo die Arbeit am gefährlichsten ist, sondern dort, wo man es zuläßt, daß Unfälle geschehen. So haben sich in den USA — wohl hauptsächlich aus diesem Grund — die Unfälle immer mehr von den Produktionsbetrieben auf die Dienstleistungs- und Verwaltungsbetriebe verlagert.

Die amerikanische Eisen- und Stahlindustrie hat inzwischen einen derart niedrigen Unfallstand erreicht, daß man bei uns vielfach noch zögert, ihn zuzugeben und sich, wie es in einer kürzlich von der Hohen Behörde der Montanunion veröffentlichten Studie heißt, „hinter Unterschieden in der Art der Berechnung der Unfallraten verschanzt“. Nun fallen diese Unterschiede in Wirklichkeit kaum ins Gewicht. Selbst wenn man die amerikanischen Raten verdoppeln würde, stünden sie immer noch in keinem Verhältnis zu den unsrigen. An den Anstrengungen und Fortschritten sind in den USA alle beteiligt. Das Ergebnis wäre nicht denkbar gewesen ohne ein ausgeprägtes, eher **anerzogenes** als angeborenes Sicherheitsverhalten. Die von jedem einzelnen an

den Tag gelegte Vorsicht wird noch durch ein sehr starkes menschliches Verantwortungsbewußtsein ergänzt. Diese Haltung der Belegschaft verpflichtet die Unternehmensleitung förmlich, sich der Verantwortung auf dem Gebiet der Unfallverhütung voll bewußt zu werden.

Die am Beispiel USA demonstrierte Aufgeschlossenheit einer ganzen Nation ist in der Bundesrepublik leider noch nicht vorhanden. Im Sommer 1961 schlossen sich bei uns 17 Organisationen in der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit“ zusammen. Sicher hätte diese gemeinsame Aktion schon viele Jahre vorher erfolgen müssen. Wie notwendig es ist, Sicherheitsfragen zu einem allgemeinen Anliegen der Nation zu machen, beweist die negative Unfallbilanz in der Bundesrepublik. Seit 1950 sind die Betriebsunfälle von 1,5 Millionen auf fast 2,7 Millionen angestiegen. Jeder siebte in den Betrieben unserer Wirtschaft tätige Arbeitnehmer mußte mit einem Unfall bei der Arbeit oder auf dem Wege dahin rechnen. Bei der HOAG war es 1961 zwar lediglich jeder 15. und 1962 jeder 14. Beschäftigte. Aber sind diese Zahlen nicht immer noch erschreckend hoch? Daß wir uns bemühen, Sicherheitsarbeit oben anfangen zu lassen — das geht —, um ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit zu nennen, aus den eindringlichen Worten unseres Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Butschkau zu Fragen der Arbeitssicherheit anläßlich der Hauptversammlung hervor. Sicherheitsarbeit muß aber nicht nur oben beginnen, sie muß auch im Betrieb mit aller Ernsthaftigkeit fortgeführt werden. Sicherheitsbewußtes Verhalten ist gottlob eher anerzogen denn angeboren. Deshalb sollte jeder verstehen, daß nicht nur im Betrieb, sondern auch in der Werkzeitung wieder über Fragen der Arbeitssicherheit gesprochen wird. Müller

Aufsichtsratsvorsitzender

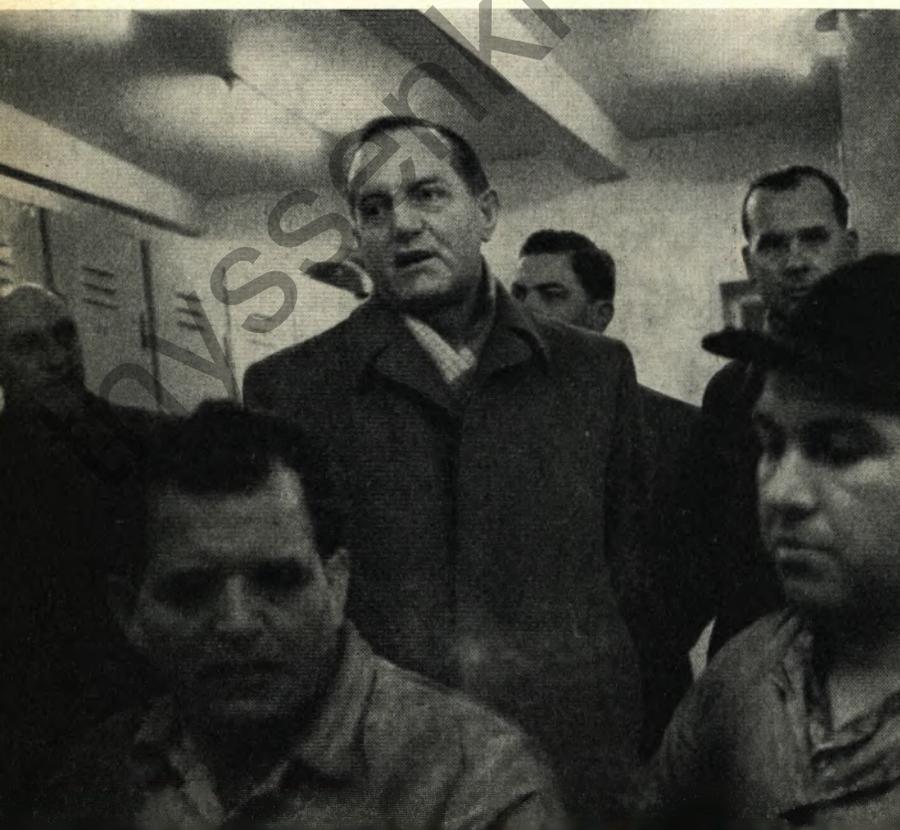
Dr. h. c. Butschkau auf der HV:

**Jeder einzelne ist für seine Kollegen mitverantwortlich!**

„Im Mittelpunkt unserer betrieblichen Sozialarbeit steht nach wie vor die Verhütung von Unfällen. Sicherheitswettbewerbe und Lehrgänge sowie sonstige Maßnahmen des Arbeitsschutzes führten zu einem weiteren Rückgang der Betriebsunfälle und Erste-Hilfe-Leistungen. Wenn ich mich recht erinnere, hat in der letzten Hauptversammlung einer der anwesenden Aktionäre auf die immense Bedeutung der Unfallverhütung hingewiesen. Ich kann erneut bestätigen, daß der ganze Vorstand des Werkes sein besonderes Augenmerk den damit zusammenhängenden Fragen schenkt.“

Unfälle haben verheerende wirtschaftliche Folgen, die sich nicht nur in den Zahlungen an den Betroffenen oder gar an seine Hinterbliebenen oder in Heilungs- und Arztkosten niederschlagen, sondern, die in noch höherem Umfange — wenn auch nicht exakt errechenbar — darin zu sehen sind, daß der Ausfall eingearbeiteter Kräfte erhebliche mittelbare Kosten nach sich zieht durch Umbesetzung, mangelnde Erfahrung oder Vertreter und womöglich sogar fehlerhafte Produktion.

Aber selbst diese unmittelbaren und mittelbaren Unfallkosten, die man in der Bundesrepublik auf rund 6 Milliarden DM jährlich schätzt, sind letztlich nur zweit-rangig. Der entscheidende Gesichtspunkt liegt darin, daß wir als Werk und Unternehmer die persönliche Verantwortung für Leben und Gesundheit jedes einzelnen unserer Mitarbeiter tragen. Dieser Gedanke kann nicht oft genug, insbesondere vor der mittleren und unteren Führungsschicht und vor jedem einzelnen Mitarbeiter, mit Nachdruck betont werden. Jeder einzelne ist für seine Kollegen mitverantwortlich!“



## Fünfminuten-Gespräche über Arbeitssicherheit

Nachdem in Schulungen und Betriebsgesprächen Führungskräfte und Unfallvertrauensleute auf die Beachtung von Sicherheitsmaßnahmen hingewiesen wurden, erschien es notwendig, auch die Männer an den Arbeitsplätzen in Kurzgesprächen auf aktuelle Arbeitsschutz-Probleme aufmerksam zu machen. Im Anschluß an die Frühstückspause wurden solche Fünfminuten-Kurzgespräche inzwischen in vielen Betriebsbereichen durchgeführt. Über 8000 Belegschaftsangehörige sind bisher in diesen Gesprächen um ihre verstärkte Mitarbeit im Arbeitsschutz gebeten worden.

In diesen Gesprächen wurde immer wieder betont, daß sicherheitsbewußtes Verhalten eine Angelegenheit des guten Willens ist. Unfallverhütungsvorschriften, Schutzvorrichtungen und Körperschutzmittel nützen nichts, wenn nicht die richtige innere Einstellung zum Arbeitsschutz vorhanden ist.

Die Kurzgespräche sollen ein Appell sein an alle, mitzuhelfen, unser Werk sicherer zu gestalten. Sie sollen allen Mitarbeitern klarmachen, daß es Unfälle durch Unordnung am Arbeitsplatz, durch Verzicht auf Arbeitsbühnen und Arbeitsschutzmittel oder durch Verwendung unsachgemäßer Werkzeuge und Betriebsmittel einfach nicht mehr geben darf. Dabei wurde offen ausgesprochen, daß der intelligente Arbeitskollege stets überlegt, wie eine Arbeit gefahrlos getan werden kann.

Diese Kurzgespräche sollen allen Mitarbeitern zeigen, daß man nicht allein auf das Glück hoffen darf, wenn man gesund heimkommen will, sondern daß es notwendig ist, den guten Willen in die Tat umzusetzen und sicherheitsbewußt zu arbeiten. Darüber hinaus sind diese Gespräche besonders ein Appell an die alten, erfahrenen Kollegen, die jungen und neuen Mitarbeiter auf betriebliche Gefahren hinzuweisen, Unbelehrbare aufzuklären und plötzlich aufgetretene Gefahrensituationen zu beseitigen.

Des weiteren sollen die Gespräche einen noch engeren Kontakt schaffen zwischen den Arbeitskollegen, den Führungskräften und dem Arbeitsschutz.

Fünf Minuten für ein Gespräch sind nur eine kurze Zeitspanne. Die Befolgung der in diesem Zeitraum gegebenen Arbeitsschutz-Hinweise aber kann für Jahre entscheidend sein.

Hier hat sich Betriebsleiter Dipl.-Ing. Hahn in eines der Fünfminutengespräche beim Maschinenbetrieb Eisenhütte eingeschaltet. Solche Gespräche dienen der Arbeitssicherheit und vertiefen darüber hinaus den Kontakt zwischen Mitarbeitern und betrieblichen Vorgesetzten.

# Sicherheitsbewußter HOAG - Bergbau

## Siegerehrung im Grubensicherheits-Wettbewerb — Erfreulicher Rückgang der Unfallzahlen

Die Grubensicherheits-Wettbewerbe der HOAG-Bergbau blicken nun schon auf eine vierjährige Tradition zurück. Sie sind zu einer erfolgreichen Einrichtung geworden und dienen einer großen Sache. Der letztjährige Wettbewerb, dessen Siegerehrung vor kurzem stattfand, hatte sich das Ziel gesetzt, die Unfallziffern in den Untertage-Betrieben zu senken. Als Maßstab für die Senkung der Unfälle war die Verringerung der Verletzten-Fehlschichten pro 100 verfahrenen Schichten festgelegt. Um dies zu erreichen, wurde der Grubensicherheits-

50 Minuspunkte gegeben. Tödliche Betriebsunfälle wurden mit 130 Verletzten-Fehlschichten angerechnet.

Neben dem Sicherheitswettbewerb der Reviere lief ein Sicherheitswettbewerb der

Festsetzung der Punktzahl erfolgte durch eine neutrale Bewertungskommission, die sich paritätisch zusammensetzte.

Mit Spannung wurde gerade der Ausgang dieses Wettbewerbs erwartet. Wem würde Bergassessor a. D. Haniel diesmal den Grubensicherheits-Wanderpreis überreichen können, und wer würde zu den Wettbewerbssiegern gehören?

Am 23. Februar war es dann endlich soweit. Im großen Saal der Ausbildungswerkstatt der Zeche Sterkrade begrüßte Bergassessor a. D. Klaus Haniel etwa 400 Mitarbeiter und Gäste. Er konnte mitteilen, daß es auch diesmal wieder gelungen sei, die Verletzten-Fehlschichten zu reduzieren, und zwar verringerten sich die Verletzten-Fehlschichten von 2,594 auf 2,412. Bergassessor a. D. Haniel bedauerte allerdings, daß es noch nicht gelungen sei, die „Schallmauer“ der Verletzten-Fehlschichten von 2,0 zu durchbrechen, daß dieses aber das künftige Ziel sein müsse. Wenn auch der Rückgang der Verletzten-Fehlschichten nur 7 Prozent betrug, so hat sich erfreulicherweise die Zahl der meldepflichtigen Unfälle immerhin um rd. 24 Prozent verringert.

Das erfreulichste Ergebnis aber war der Rückgang der Zahl der tödlichen Untertageunfälle von 11 auf 7. Das Absinken der Unfallzahlen, so sagte Klaus Haniel, habe auch in diesem Sicherheits-Wettbewerb bewiesen, daß die damit verbundene Absicht, das Sicherheitsbewußtsein jedes einzelnen zu erhöhen, von den Bergleuten verstanden worden ist. Dieser Rückgang der Unfallzahlen war nur möglich durch ein sicherheitsbewußteres Arbeiten jedes einzelnen und durch einen besonders aktiven Einsatz der Führungskräfte. In diesem Zusammenhang dankte Herr Haniel allen Mitarbeitern für ihren Einsatz und bat, auch künftig in den Sicherheits-Anstrengungen nicht nachzulassen.

Den Grubensicherheits-Wanderpreis konnte Herr Haniel diesmal der Grubenbetriebsführer-Abteilung der Zeche Franz Haniel überreichen, die bereits im ersten Wettbewerb diesen Preis errang, aber im vergangenen Jahr von der Schachanlage Jacobi geschlagen wurde. Mit diesem Wanderpreis war gleichzeitig ein Gewinn

von 10000 DM verbunden, der an diejenigen Bergleute der Zeche Franz Haniel zur Verteilung kommt, die sich um die Senkung der Unfallzahlen besonders bemüht haben.

Im Wettbewerb der Reviere ging in der Gruppe I das Revier „Hörnschemeyer“ der Zeche Osterfeld als Sieger hervor, Zweiter wurde das Revier „Krüger“ von der Zeche Franz Haniel und Dritter das Revier „Weinand/Thiele“ von der Zeche Osterfeld/Betriebsabteilung Sterkrade. In der Gruppe II schnitt das Revier „Vogi“ der Zeche Jacobi am besten ab. Die Bergleute dieser Reviere erhielten Prämien zwischen 40 und 50 DM. Weiteren vier Revieren der Zeche Franz Haniel (04, 05, 06 und 41) wurden je 600 DM Prämie ausgereicht als Anerkennung für die erreichten höchsten Punktzahlen bei der Befahrung der Reviere durch die Befahrungskommission. 5000 DM wurden abschließend als Gewinne zwischen 50 und 300 DM unter den siegreichen 258 Bergleuten ausgelost. Die Überreichung des Grubensicherheits-Wanderpreises sowie die Geldprämien wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Eine ungewöhnliche Ehrung wurde dem Schießmeister und Ortsältesten Nentwig zuteil. Nentwig hatte ein sehr schwieriges Gesenk ohne einen Betriebsunfall abgeteuft. Assessor Haniel überreichte ihm als besondere Anerkennung eine HOAG-Aktie.

Die Aktie war gestiftet worden von einem Aktionär aus Dankbarkeit für den erarbeiteten Wert und Ertrag seines Anteils als Zeichen der Verbundenheit mit allen Mitarbeitern. Der Gewinner erhält von dem Spender außerdem einen Betrag von 100 DM, wenn er sein Stimmrecht als Aktionär auf der nächsten Hauptversammlung persönlich wahrnimmt. Für die Teilnahme an der Hauptversammlung wurde der frischgebackene Aktionär von Klaus Haniel schon jetzt beurlaubt.

Arbeitsdirektor Wille kündigte für das Jahr 1963 die Fortsetzung des Sicherheitswettbewerbs an, an der nun auch die Übertage- und Nebenbetriebe teilnehmen sollen. Des weiteren soll überlegt werden, einen Sonderwettbewerb zur Senkung der Wegeunfälle durchzuführen.



Eine Aktie im Nennwert von 100 DM gewann der Schießmeister und Ortsälteste Nentwig für hervorragendes sicherheitsbewußtes Arbeiten. Er hatte ein schwieriges Gesenk ohne Unfall abgebaut. Die Aktie war gestiftet worden von einem Aktionär. Außerdem versprach der Spender dem Gewinner ein Geldgeschenk von 100 DM, wenn er sein Stimmrecht als Aktionär auf der nächsten Hauptversammlung persönlich wahrnimmt. Von Bergassessor a. D. Klaus Haniel (rechts), der die Aktie überreichte, wurde der Gewinner schon jetzt für diesen Termin beurlaubt.

Wettbewerb ausschließlich aufstehende Schwerpunktbereiche abgestellt:

- Wettbewerbsgruppe I = Abbaureviere
- Wettbewerbsgruppe II = Her- und Vorrichtungsreviere sowie Continuous-Miner-Betriebe.

Jedes Revier mußte in diesem Wettbewerb versuchen, die eigenen Verletzten-Fehlschichten aus dem Jahre 1961 zu unterbieten. Für jedes Prozent Senkung wurden 50 Pluspunkte und für jedes Prozent Steigerung

vier Grubenbetriebsführer-Abteilungen der Zechen Osterfeld, Jacobi und Franz Haniel. Anders als bei den Revieren wurden bei den Grubenbetriebsführer-Abteilungen die erreichten niedrigsten Verletzten-Fehlschichten-Ziffern bewertet.

Durch vorbildliche Ordnung und Sauberkeit sowie durch Benutzung der vorgeschriebenen Arbeitsschutzmittel ließen sich zusätzliche wertvolle Punkte erringen. Aber auch da, wo durch eigene Initiative Sicherheitsmaßnahmen getroffen wurden, ohne daß sie behördlich oder betrieblich angeordnet waren, gab es Sonderpunkte. Die

# Morgen noch Kohle?

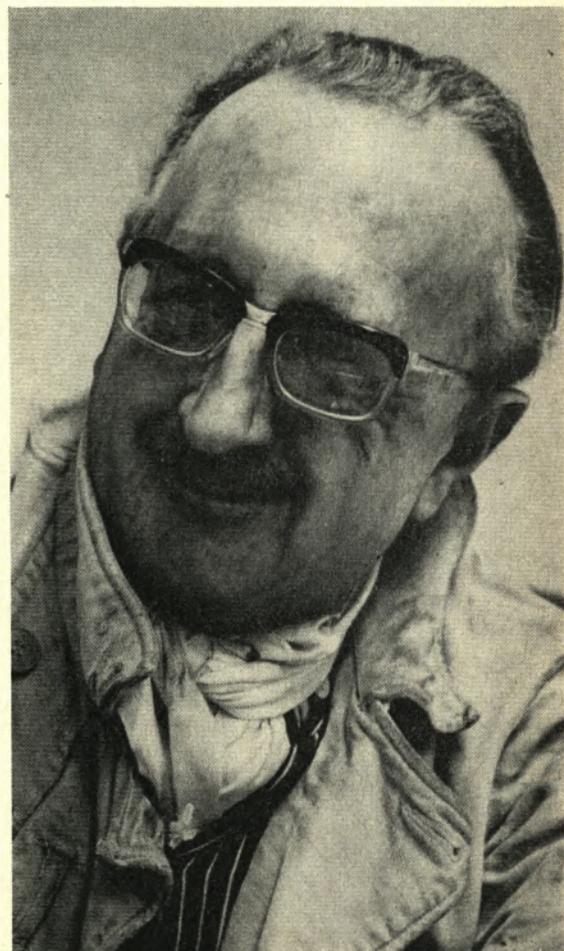
## Der Schriftsteller Anton Zischka über die Zukunftsaussichten des deutschen Bergbaus

Energie — das heißt Kohle, Erdöl und Erdgas, Wasserkraft und — seit unserer Generation — auch Atomkraft. Energie kommt vom griechischen „energeia“ und bedeutet „wirkende Kraft“. Die Nutzbarmachung von Energien schuf die Welt, in der wir heute leben. Jahrtausendlang waren die Menschen auf Muskelkraft angewiesen; später kam schöpferischer Menschenverstand darauf, sich Wind und Wasserkraft dienbar zu machen. Erst durch die Erfindung des James Watt aber, durch die Dampfmaschine, lernte die Menschheit, die Kraft des Feuers in mechanische Arbeit umzuwandeln, durch Wasserdampf Räder in Bewegung zu setzen. Den Brennstoff dazu lieferten die Wälder, die vor vielen Millionen Jahren versanken, die vom Meer überspült und mit Sedimenten bedeckt, sich in Steinkohle verwandelten. Daß man die in der Kohle gespeicherten Energien freisetzen lernte, bedeutete also im wahren Sinne des Wortes eine neue Welt. Der Sprung ins Maschinenzeitalter war getan, das Tor zum technischen Fortschritt aufgestoßen. Damit begann die Kettenreaktion, die die Kohle zur Weltmacht machte.

Viele Jahrzehnte hindurch war die Kohle wichtigster Energieträger, gewissermaßen Antriebskraft der gesamten Wirtschaft. Ist das auch heute noch so? Oder hat angesichts der Konkurrenz anderer Energieträger die Kohle inzwischen ausgespielt. In seinem Buch „Kohle im Atomzeitalter“ (b. Bertelsmann Verlag, Gütersloh, 171 Seiten) versucht der Schriftsteller und Wirtschaftspublizist Anton Zischka auf diese Fragen eine Antwort zu geben. Auf Einladung der Revierarbeitsgemeinschaft für kulturelle Bergmannsbetreuung sprach der Autor in 32 Städten des Ruhrgebiets zu diesem Thema, das nicht nur die Bergarbeiter, sondern weite Kreise der Bevölkerung bewegt. Um es vorweg zu sagen,

die Antwort, die Zischka gab, lautete: „Energie-Vernunft muß in den Überlegungen der Wirtschaftsplanung das beherrschende Moment sein. Nicht Kohle oder Atomenergie beziehungsweise Kohle oder Erdöl, sondern nur Kohle und Erdöl, analog Kohle und Atomenergie ist die Lösung.“

Die Kohle, so argumentiert der Autor, stelle auch heute noch neun Zehntel aller bislang bekannten Energiereserven der Welt. Sie bleibe die wichtigste Energiegrundlage der Welt. Die Perspektive habe sich nur dadurch verzerrt, daß im vergangenen halben Jahrhundert der Ölverbrauch um durchschnittlich sieben Prozent gestiegen ist. Schließlich sei es bequemer, die Erdöl- und Erdgasvorkommen ohne Rücksicht auf ihre Lebensdauer abzubauen als neue Kohlevorkommen zu erschließen. Aber gerade dadurch müsse man — allen Berechnungen der Ölgeologen zufolge — auch schon für das Jahr 2000 mit der Erschöpfung der Welt-Erdöl-Vorräte rechnen. Es gäbe heute noch keinen Ersatz für das Öl als Treibstoff in Verbrennungsmotoren. Es sei deshalb mit der Reservierung des Öls für diesen Zweck zu rechnen, sobald die Welt-Erdöl-Vorräte oder sobald die Westvorräte nicht mehr wüchsen. Es sei auch selbstverständlich, daß Preisvorteile, die vorübergehend eingeräumt würden, um die Vormacht auf einem Markt zu gewinnen, mit dauernden Nachteilen bezahlt werden müßten, sobald die Vormacht gewonnen sei. Es sei deshalb selbstmörderisch, Kohlenbergwerke, die morgen unentbehrlich sein würden, dem Verfall zu überlassen. Wer produktive Zechen schließe, ähnele — wie der Wirtschaftsberater des britischen National Coal Board, E. F. Schumacher, dies einmal formuliert hat — einem Einbrecher, der Geld und Schmuck mitnehme und die untransportablen Werke zerstöre.



Anton Zischka nach einer Grubenfahrt auf einer Schachanlage im Ruhrgebiet. Der bekannte Autor sagt der Kohle — trotz aller Krisenerscheinungen — weiterhin eine große Zukunft voraus.

Die den Markt völlig verfälschenden chaotischen Zustände zeigten sich vor allem dadurch, daß

- weit mehr Öl gefördert werde, als im Hinblick auf die beschränkten Reserven verantwortet werden könne,
- riesige Mengen Öl heute verfeuert würden, obwohl sie in Form von Benzin oder Dieselmotorkraftstoff die doppelte Energieausbeute bringen könnten und bei der rasch vordringenden Motorisierung morgen fehlen würden,
- das Weltfrachtniveau sehr oft unter den Selbstkosten liege, Heizöl unter den Rohölkosten angeboten werde, die Mineralölwirtschaft völlig frei sei, Kampfpreise einzusetzen, die Kohle dagegen strikten Diskriminierungsvorschriften ausgesetzt und staatlich gebundenen Transporttarifen unterliege, steuerlich benachteiligt sei und nicht einmal frei investieren dürfe.

Während ein gesunder Wettbewerb zwischen den verschiedenen Energieträgern, so meint Zischka, und bei einigen Energien auch zwischen verschiedenen Anbietern derselben Energie grundsätzlich zu begrüßen sei, weil davon eine günstige Wirkung auf das Preisniveau erwartet werden könne, sei es bei dem Konkurrenzkampf zwischen Steinkohle und Heizöl auf dem Wärmesektor jedoch zu einer preispolitischen Entwicklung gekommen, die von den normalen Wettbewerbsregeln erheblich abweiche. Zischka stellt sich damit hinter die Äußerungen des Vorsitzenden

des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau, Bergassessor a. D. Dr.-Ing. Helmut Burckhardt, der wiederholt zum Ausdruck brachte: „Die Schwierigkeiten, mit denen der deutsche Steinkohlenbergbau gegenwärtig zu kämpfen hat, beruhen nicht auf einer oftmals angenommenen Wettbewerbschwäche, sondern auf ungleichen Wettbewerbsbedingungen, die die Stellung der heimischen Kohle beeinträchtigen. Es ist zu einem Wettbewerb gekommen, der kein Leistungswettbewerb mehr ist.“

An Hand mehrerer Beispiele weist der Autor nach, wie richtig dieser Einwand des Bergbaus ist. Der Steinkohlenbergbau bejahe den Fortschritt und fordere keinerlei protektionistische Maßnahmen, sondern begrüße vielmehr die Ergänzung der Kohle durch Erdöl, Erdgas oder Atomenergie. Aber der Bergbau verlange eine Wirtschaftsordnung, die alle im Wettbewerb stehenden Energieträger gleichmäßig behandle und eine Auslese auf Grund der Leistung gewährleiste. Der Bergbau fordere eine Energiepolitik, die langfristig denke und nicht scheinbarer Augenblickserfolge wegen die Zukunft Europas aufs Spiel setze.

Bei der Energiepolitik sei es wie bei allem: Man könne sie als Pessimist und als Optimist betreiben. Unübersehbare Tatsache aber sei, daß zwei Drittel der Menschheit noch ohne Stromversorgung sei, also heute noch „im Finstern“ sitze. Dagegen verfüge ein Viertel der Menschheit augen-

blicklich über sieben Achtel der Energieträger. „Der Mangel an Energie ist die Grundform des Hungers in der Welt“, formulierte der Schriftsteller und knüpfte daran große Hoffnungen auch für die Zukunft der Kohle:

„In 30 Jahren wird der Energiebedarf der Welt so groß sein, daß wir glücklich sein werden, wenn wir als Ergänzung von Öl, Erdgas und Kohle die Kernenergie besitzen. Es wird dann die Zeit reif sein, daß wir die ungeheuren Energien des Meeres nutzen, daß wir immer mehr die Windenergie für bestimmte Zwecke verwenden. Es wird ein Zusammenspiel der Kräfte geben, das ist unausbleiblich. Wenn wir das stets vor Augen haben, kann uns die heutige Krisenzeit nicht entmutigen. Die Ruhr hat schon manche Krise überwunden. Was sind die heutigen Kohlenhalden im Vergleich zum Jahr 1890, als die zutage tretenden Kohlenvorräte erschöpft waren, als man die Mergelschichten des Ruhrgebiets durchstoßen mußte, als man zum Schachtbau übergang und jeder, der das damals vorschlug, als Narr hingestellt wurde! Und doch wurden diese Tiefschächte gebaut. Auch die böse Zeit nach 1945 wurde durchgestanden. Es kommt darauf an, daß wir uns ständig gegenwärtig halten, was die Grundlage unseres Reichtums und unserer Arbeitsmöglichkeiten ist: Das ist die eigene Grundlage der Energie, ein Fundament, auf dem unsere Wirtschaft fest steht, das uns niemand nehmen kann. Und so sollten wir einsehen: Kohle bleibt König — trotz alles Tagessorgen!“



Jeder Vorschlag hilft uns weiter. Stillstand heißt Rückschritt. Es ist daher ein erfreuliches Zeichen, daß immer mehr Mitarbeiter die Bedeutung des betrieblichen Vorschlagwesens erkennen und von diesem Mittel betrieblicher Zusammenarbeit Gebrauch machen. Prämien wurden folgenden Mitarbeitern zugesprochen:

- Theodor Bahl**, Maschinenbetrieb, Hochöfen: Verbesserung an den Siebblechen in der Sinteranlage Oberhausen;
- Paul Behlau**, Siemens-Martinwerk: Feststellvorrichtung für Hebel an Gießpfannen / SM-Werk;
- Heinrich Berei**, Block- und Profilwalzwerke: Schutz für Mauerwerk des Vorwärmofens / 550er-Straße;
- Friedhelm Berger**, Elektrischer Betrieb Stahl- und Walzwerke: Beseitigung einer Unfallgefahr an den Handscheren;
- Hans-Günter Breuer**, Abteilung Verkehr: Beseitigung von Unfallgefahrenquellen an Kohlenkübelwagen;
- Bernhard Böhmer**, Sozialbetriebe: Ablagevorrichtung für endlos gefaltetes Papier an Fernschreibern;
- Karl Burckhardt**, Sozialbetriebe: Bohrvorrichtung für Bearbeitung von Radachsen;
- Heinz Dietz**, Wärmeabteilung: Vorrichtung zur Bearbeitung von Dichtungsflächen an Heiz- und Schneiddüsen;
- W. Dudziak**, Walzwerke Zurichterei, **Josef Ivens**, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Haltevorrichtung für Zurichtung von Flachwulststäben und Flacheisen;
- Günter Engelbrecht** und **Hans Lübbering**, Wärmeabteilung: Maßnahmen zur längeren Lebensdauer von Thermoelementen in der Sinteranlage;
- Otto Flanz**, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke, **Günter Schneider**, Siemens-Martinwerk: Beseitigung einer Unfallquelle bei Ausbesserung am Innenmauerwerk von SM-Öfen;
- H.-Josef Förster**, Walzwerke Betriebsbüro: Anwendung des Durchschreibeverfahrens beim Drahtversand;
- Helmut Gewehr**, Elektrischer Betrieb Stahl- und Walzwerke: Änderung der Motorenbefestigung an Kabelwannen der Stripperkrane / Thomasstahlwerk;
- Gerd Grote**, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Beschleunigung der Reparaturarbeiten am Becherwerk I der Schlackenmühle;
- Karl Grube**, Sozialbetriebe: Vorrichtung und Spezialwerkzeug für Bearbeitung von Rollenlagerbolzen / Sozialbetriebe;
- Karl Haferkamp**, Maschinen- und Reparaturbetrieb Blechwalzwerk: Beseitigung von Störungsquellen an der Mittelblechstraße;
- Reinhard Hapke**, Personalabteilung Arbeiter: Vereinfachung von Büroarbeiten im Termin- und Planungsbüro BI;
- Otto Herz**, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Versetzen des Endschalters für Blockdrucker an der 550er-Straße;
- Peter Jonke**, Maschinen- und Reparaturbetrieb Blechwalzwerk: Beseitigung einer Störungsquelle am Plattenband der Kopfschere an der Quartostraße;
- Hermann Käufer** und **Günter Wesselmann**, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Beseitigung einer Störungsquelle an den Ausstoßkolben der Steinpressen / Zementwerk;
- Hermann Käufer** und **Günter Wesselmann**, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke, **Theophil Kijewski**, Hochöfen Erzbrech- und Siebanlage: Beseitigung einer Störungsquelle am Keilriemenantrieb der Koksmahlanlage / Erzbrech- und Siebanlage;
- Leo Knickhoff**, Siemens-Martinwerk: Verbesserung der Verriegelung von Kübelwagen;
- Erwin Kokorsch**, Hochöfen Erzbrech- und Siebanlage: Verbesserung an den Förderbändern der Erzbrech- und Siebanlage;
- Alfred Konrad**, Wärmeabteilung: Spezialwerkzeuge für Reparatur von Druckminderern;
- Josef Kotnik**, Blechwalzwerk Zurichterei: Verbesserung der Schrottabfuhr an Kreismesserschere in Zurichterei BI;
- Werner Kraus**, Elektrischer Betrieb Stahl- und Walzwerke: Änderung des Endschalters an Deckelwagen der Tieföfen;

**Helmut Kühn** und **Ernst Mang**, Hochöfen: Verlegung eines Schalters zur Betätigung der Signaleinrichtung an der Gießmaschine;

**Richard Küllenberg**, **Christian Schmidt** und **Günter Wesselmann**, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Maßnahmen zur Erleichterung des Transports von Weichen und Rohren im Zementwerk;

**Wilhelm Klusmann**, Maschinenbetrieb Hochöfen Reparaturbetrieb: Verbesserung der Flanschabdichtungen an Heißwindschiebern und Heißwindrohrleitungen;

**Walter Labrenz**, Hochöfen Sinteranlage: Beseitigung einer Unfallquelle am Regulierungsschieber für Kippbunker der Sinteranlage;

**Heinz Laurenz**, Maschinenbetrieb Hochöfen Werkstatt: Verschiedene Verbesserungen in der Erzbrech- und Siebanlage;

**Fritz Lehmen**, Sozialbetriebe: Verbesserung des Zuschnitts von Schutzhandschuhen aus Asbest und Tempex;

**Fritz Lehmen**, Sozialbetriebe: Finger- und Handruckschutz;

**Heinrich Leufgen**, Sozialbetriebe: Bohrvorrichtung zum Bohren von langen Wellen in den Sozialbetrieben;

**Karl Lindner**, Maschinenbetrieb Dampfkraftwerk: Erleichterung der Verladung von Grobasche im Kraftwerk;

**Winfried Malz**, Elektrischer Betrieb Stahl- und Walzwerke: Verbesserung der Reinigung von Luftfiltern;

**Horst Meister**, Kaufmännischer Wiegedienst: Erleichterung der Abfertigung an Fuhrwerkswaage / Zementwerk;

**Johannes Nick**, Versuchsanstalt Blechabnahme: Vereinfachung der Werksabnahme von Blechen;

**Ernst Otto**, Radreifenwalzwerk: Verlängerung der Lebensdauer der Schläger für 7,5-t-Hammer im Radsatzwerk;

**H.-Günter Pawleta**, Zementwerk: Verbesserung am Transportband und Becherwerkeinlauf der Sandtrockenanlage/Zementwerk;

**Gerhard Peeters**, Elektrischer Betrieb Stahl- und Walzwerke: Schutzvorrichtung für Zuleitungskabel am Gießwagen / Thomasstahlwerk;

**Siegfried Petzold**, Maschinenbetrieb Hochöfen Reparaturbetrieb: Änderung von Lagerböcken im Hochofenbetrieb;

**Paul Porath**, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Änderung der Plattenschlüssel für Abdeckplatten;

**K.-Heinz Richter**, Block- und Profilwalzwerke: Verbesserung der Walzbalkenbefestigung an Horizontalgerüsten der Kontistraße;

**K.-Heinz Richter**, Block- und Profilwalzwerke: Vereinfachung der Befestigung der Pfannenlager an Walzenständern der 750er-Straße;

**Johann Röttgen**, Wärmeabteilung: Verbesserung der Primärdüsen für Vorfrischanlage;

**Franz Rudolf**, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Beseitigung einer Unfallgefahr am Warmlager der 750er-Straße;

**Walter Scharnowski**, Blechwalzwerk Betriebsbüro: Vereinfachung von Büroarbeiten beim Blechversand;

**Heinz Schenk**, Betriebswirtschaft: Beseitigung einer Unfallquelle an Schere/Blockstraße;

**Wilhelm Schiller**, Baubetrieb Stahl- und Walzwerke: Verbesserung der hitzeabweisenden Verbundgläser für Steuerbühnen usw.;

**Bernhard Schleußer**, Maschinenbetrieb Hochöfen Reparaturbetrieb: Änderung eines Deckelverschlusses am Hochofen A;

**Franz Schmidtke**, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Verbesserung einer Stempelvorrichtung;

**Kurt Schröder**, Maschinenbetrieb Hochöfen Werkstatt: Beseitigung einer Unfallgefahr in der Erzbrech- und Siebanlage;

**Werner Schüller**, Versuchsanstalt: Änderung der Flachprobeneinspannung für 100-t-Universalprüfmaschine;

**Werner Schwan**, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Beseitigung einer Störmöglichkeit an Dieselkränen / Roheisenplatz;

**Helmut Senk**, Versuchsanstalt: Verbesserungen bei Stickstoffanalysen;

**Rudolf Steck**, Elektrischer Betrieb Blechwalzwerk: Beseitigung einer Störungsquelle an Traversenlaufkränen der Grobblech-Zurichterei;

**Klaus Stenzhorn** und **Valentin Willems**, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke: Beseitigung von Birnenauswurf von Kranschiene im Thomaswerk;

**Hans Syldatke**, Sozialbetriebe: Vereinfachung beim Aufarbeiten von Kunststoffhelmen;

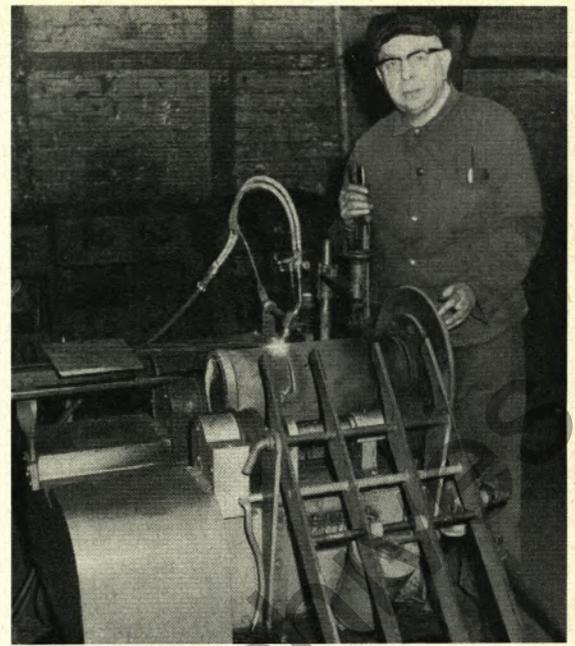
**Heinz Urban**, Elektrischer Betrieb Stahl- und Walzwerke: Beseitigung einer Störungsquelle an Lampen in Gießwagen / Thomasstahlwerk;

**Wilhelm Wagner**, Wärmeabteilung: Vereinfachung der Probenentnahme aus den Trockenaspiratoren;

**Reinhold Weber**, Sozialbetriebe: Beseitigung einer Unfallquelle an Hubstaplern / Sozialbetriebe

# Viele kleine Probleme . . .

. . . tauchen bei der täglichen Arbeit immer wieder auf. Sie zu lösen ist vor allem Sache des betrieblichen Vorschlagwesens. Wie man solche Probleme anpackt, zeigen uns die auf dieser Seite abgebildeten Mitarbeiter. Aus der Vielzahl wertvoller Vorschläge, die in den letzten Monaten mit Prämien ausgezeichnet wurden, haben wir fünf als besonders instruktiv herausgegriffen. Fünf Vorschläge, die das über unser Vorschlagswesen immer wieder Gesagte bestätigen: Mitdenken lohnt sich! Brauchbare Verbesserungsvorschläge bringen nicht nur Geld, sie bestätigen insbesondere die richtige Einstellung der Mitarbeiter zu ihrer Arbeit, aus der Arbeitsfreude und Verantwortungsbewußtsein erwächst. Wünschenswert wäre eine noch größere Beteiligung.



Friedrich Wittenberg, der im Eisenbahnbetrieb als Vorarbeiter für die Unterhaltung der maschinellen Anlagen verantwortlich ist, hat eine vorhandene Vorrichtung zum Anschweißen von Pufferstößeln weiterentwickelt. Alle erforderlichen Arbeitsgänge, die vorher an verschiedenen Maschinen ausgeführt werden mußten, was mit Transporten der Wertstücke verbunden war, können nun auf dieser Anlage erledigt werden. Das Ergebnis ist eine rationellere Arbeitsgestaltung. Auch andere Stücke können auf der von ihm erdachten Anlage geschweißt werden. Kollege Wittenberg machte die Erfahrung, daß mitdenken sich immer lohnt.



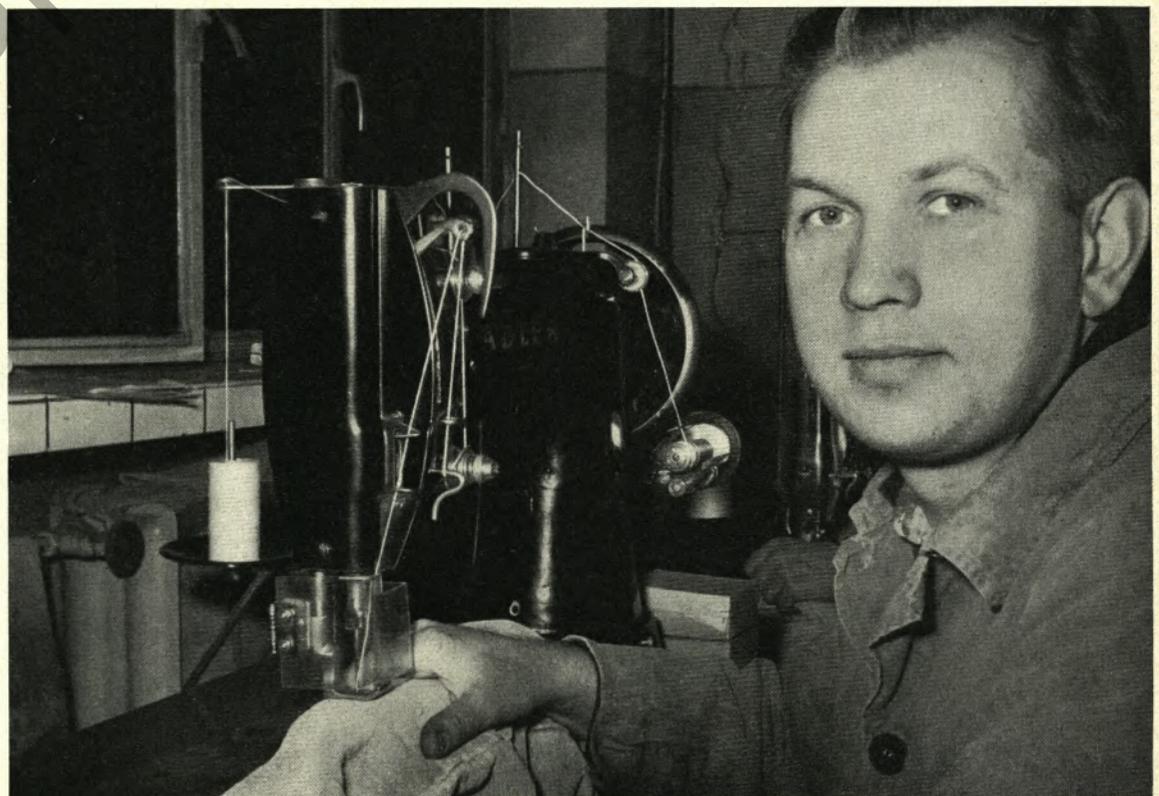
Durch zielstrebige Überlegungen, durch Nachdenken und Austüfeln werden Verbesserungsvorschläge geboren. Zu den mitdenkenden Belegschaftsmitgliedern gehört auch Edmund Jansen (kaufmännischer Angestellter im Elektrischen Betrieb Hochöfen), der schon mehrere Sach- und Geldprämien für gute Ideen erhalten hat. Sein neuer Einfall kam ihm bei der Stromabrechnung, die er laufend bearbeitet. Sein Vorschlag war, durch eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Kondensatorenleistung einen großen Teil des bisher vom RWE bezogenen Blindstromes selbst zu erzeugen. Diese Idee brachte ihm eine gute Prämie ein.



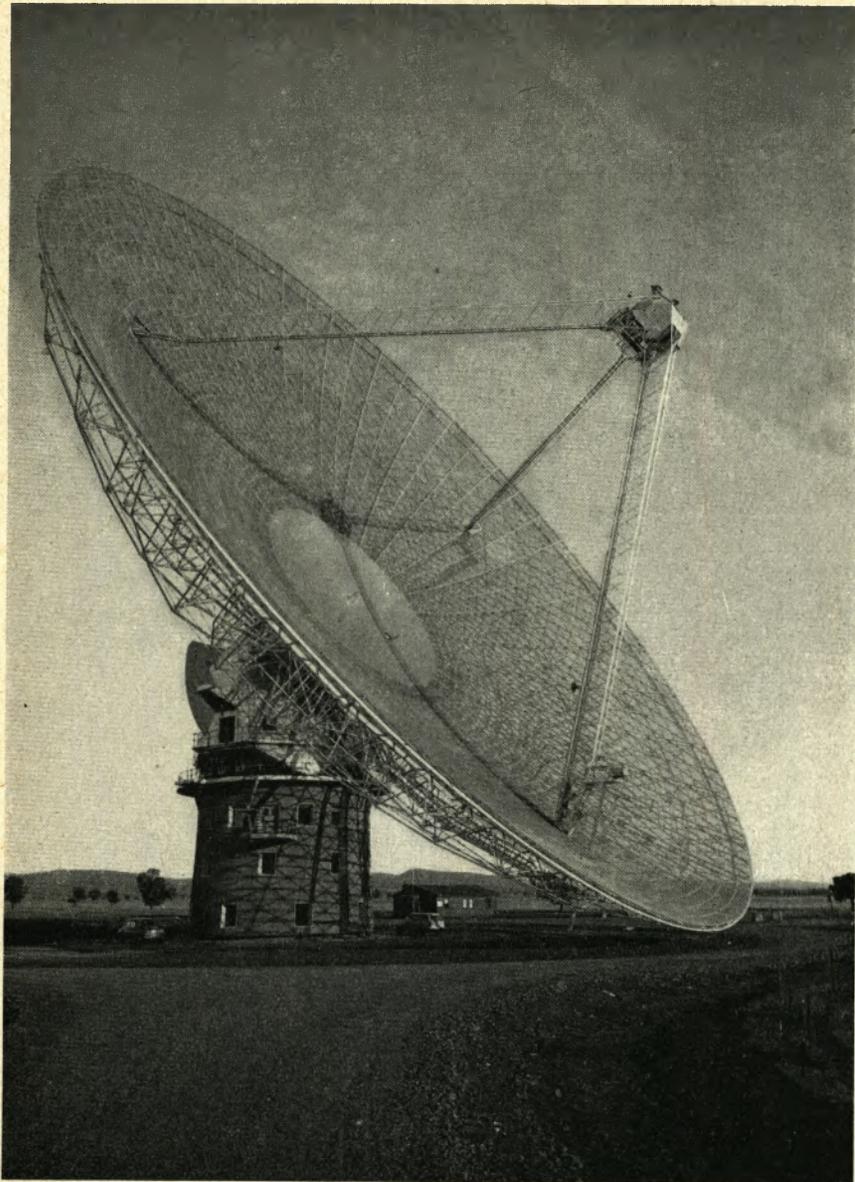
Vor Beginn einer Reparatur müssen Hochofen- und Koksofengasleitungen aus Sicherheitsgründen mit Stickstoff entlüftet werden. Hierzu sind große Mengen Stickstoff nötig. Üblicherweise werden dabei mehrere Flaschen mit Kupferrohren zu einer Batterie zusammengefaßt und gemeinsam entleert und dann die leeren Flaschen gegen volle ausgetauscht. Das An- und Abschrauben der aus sperrigem Kupferrohr angefertigten Verteileranschlüsse nahm viel Zeit in Anspruch. Franz Drüppel und Alfred Feige grubelten darüber nach, wie Verteileranschlüsse zu ändern wären. Sie entwickelten einen Schnellverschluß mit beweglichem Panzerschlauch. Hierdurch ist es möglich, die Stickstoff-Flaschen schneller als bisher an- und abzuschließen. Die Idee bei diesem Verbesserungsvorschlag hat sich für Franz Drüppel und Alfred Feige bezahlt gemacht.



Auf einen Vorschlag, der von dem Vorwalzer Paul Nowak und dem Schlosser Erich Kallecker eingereicht wurde, ist an der Drahtstraße hinter dem vierten Gerüst der Staffelstraße die störanfällige Trichterführung beseitigt und durch einen Tisch ersetzt worden. Hierdurch wurde ermöglicht, daß der Stab nunmehr durch Umschlagen der Weiche in die vorgesehene Laufrichtung gedrückt und, wenn nötig, zurückgefahren werden kann. Außerdem erzwingen die über dem Tisch hängenden Klappen, daß der abgeschnittene Kopfschrott der Stäbe in die unter dem Tisch angebrachte Mulde fällt. Beide erhielten eine ansehnliche Prämie.



Walter Scheffler, einem angelernten Schlosser in den Sozialbetrieben, ging es um eine Beseitigung der Unfallgefahren an der schweren Stopmaschine in der Flickstube. Weil schon mehrere Mitarbeiter durch häufig zerbrechende und herumfliegende Nadelstücke verletzt wurden, kam er auf den Gedanken, einen schwenkbaren Auffangschutz anzubringen. Diese Vorrichtung bewährte sich gut. Seine Mitarbeit, eine Unfallgefahr zu beseitigen, hat sich, wie er selber sagt, „gelohnt“.



## HOAG-Lieferungen für Radioteleskop

In Australien wurde von der MAN dieses riesige Radioteleskop erbaut. Mit einem Spiegel-durchmesser von 64 m ist es das derzeit zweitgrößte der Welt. An den Materiallieferungen war die HOAG beteiligt. (Werksfoto der MAN)

Wichtig für Werksrentner:

## Auf Kenn-Nummern achten

Von der Werksrente werden verschiedentlich Einhalte vorgenommen. Diese Einhalte wurden auf der Rückseite des Empfängerabschnittes ausgewiesen. Leider hat diese Ausweisung erhebliche Mehrarbeit erfordert, da die Eintragungen manuell erfolgen mußten.

Durch die Aufstellung neuzeitlicher Lochkartenmaschinen sind wir nunmehr in der Lage, diese Eintragungen maschinell vor-

nennung der Einhalteart möglich, vielmehr werden hierfür Kenn-Nummern verwandt.

So werden Einhalte für

Betriebskrankenkasse,	
Eisenbahnverein,	
Sterbehilfe (Vk)	unter der Kenn-Nr. 1,
Sterbekasse	unter der Kenn-Nr. 2,
Miete	unter der Kenn-Nr. 3,
Strom und Gas	unter der Kenn-Nr. 4,
Steuern	unter der Kenn-Nr. 5,
Kohlen	unter der Kenn-Nr. 6,
sonstige Einhalte	unter der Kenn-Nr. 7

erfaßt.

Soweit bei Kohlen und sonstigen Einhalten die Belastungen nicht mit einem Mal verrechnet werden können und ein Rückstand entsteht, erfolgt die Ausweisung dieser Rückstände

für Kohlen	unter der Kenn-Nr. 8,
für sonstige Einhalte	unter der Kenn-Nr. 9.

Wenn in Zukunft auf der Vorderseite des Empfängerabschnittes unter Einhalte z. B. ein Betrag von 40,— DM mit der Art 6 sowie 40,— DM mit der Art 8 ausgewiesen sind, bedeutet dies, daß von der Werksrente ein Betrag von 40,— DM für Kohlen einbehalten wurde und ein Restbetrag von 40,— DM besteht, der für die nächste Werksrentenzahlung vorgetragen ist.

Wir hoffen, daß alle Werksrentenempfänger für die Umstellung Verständnis zeigen, auch wenn hierdurch eine nicht ganz einfache Ausweisung der Werksrentenzahlung erfolgt. Wir glauben jedoch, daß auch das neue Verfahren für alle verständlich ist.

PAR

# Wir und die Betriebsratswahlen

## Wahlrecht ist Wahlpflicht

Vom 22. bis 24. April wird in Oberhausen und am 23. April im Werk Gelsenkirchen der neue Betriebsrat gewählt. Je näher dieser Termin rückt, desto stärker wird in den Betrieben und Büros das Wahlklima spürbar. Es scheint daher angebracht, ein paar Worte zu der bevorstehenden Wahl und den Aufgaben des Betriebsrates zu sagen.

Freie Wahlen bilden die Grundlage jeder Demokratie. Das gilt auch für die Betriebsratswahlen. Grundlage für die Arbeit des Betriebsrates ist das Betriebsverfassungsgesetz. Unter „Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer“ sind hierin die Aufgaben der Betriebsräte festgelegt. Wenn wir zusammenfassen, was das Gesetz sagt, so wirkt der Betriebsrat bei den Fragen der Gesundheit und Sicherheit der Belegschaft mit, bei Lohnfragen sowie bei sozialen und persönlichen Angelegenheiten der Belegschaftsmitglieder, soweit sie die Arbeit im Betrieb betreffen.

Das Gesetz aber kann nur den Rahmen abstecken, in dem sich die Tätigkeit des Betriebsrates vollzieht. Erst die persönliche Erfahrung und das Wissen der einzelnen Betriebsratsmitglieder verhelfen dem Gesetz zu einer für Belegschaft und Betrieb fruchtbaren Wirkung.

Bei dieser Sachlage ist es also durchaus nicht unwesentlich, wer in den Betriebsrat gewählt wird. Es müssen Mitarbeiter sein, die sachliches Denken mit wirtschaftlichen und arbeits- und sozialrechtlichen Kenntnissen zu verbinden wissen und außerdem über ein gutes Verhandlungsgeschick verfügen. Von menschlicher und politischer Reife gar nicht erst zu sprechen. Schließlich sind

die Anforderungen, die täglich an jedes einzelne Betriebsratsmitglied gestellt werden, alles andere als gering. Auch für die Betriebsratswahl gilt: „Wahlrecht ist Wahlpflicht!“ Mangelnde Wahlbereitschaft ebnet mög-

## Dank für die Blutspender

Der Blutspendedienst des Deutschen Roten Kreuzes hat sich in einem an die Werksleitung gerichteten Schreiben bei allen Mitarbeitern bedankt, die sich für die letzte Blutspendeaktion zur Verfügung gestellt haben.

In dem Brief heißt es: „Wir freuen uns, daß sich immer wieder so viele Spendewillige der schönen und großen Aufgabe bewußt sind, mit einer freiwilligen Blutspende Leben zu retten und sprechen allen im Namen derer, denen mit diesem Blut vielleicht lebensentscheidend geholfen werden konnte, unseren herzlichen Dank aus.“

licherweise denjenigen den Weg, die allzuerne die demokratische Willensbildung und Entscheidungsfreiheit beiseitigen möchten.



## Automaten - nichts für Gewalttätige

Vor kurzem wurden zur Versorgung der Belegschaft mit Getränken, EB- und Rauchwaren in den Betrieben neue Automaten aufgestellt. Die Automaten gehören den Verkaufsanstalten Oberhausen mbH, von denen sie auch laufend gefüllt werden. Aber nicht nur, weil die Verkaufsanstalten eine Tochtergesellschaft unseres Werkes sind und die Automaten deshalb als Werkseigentum angesehen werden müssen, ergeht der eindringliche Appell an alle Mitarbeiter, die Automaten sachgerecht und sorgsam zu behandeln. Es ist einfach eine Anstandspflicht, mit fremdem Eigentum pfleglich umzugehen.

Die Automaten stellen für die Verkaufsanstalten ein wesentliches Anlagekapital dar, sind also Werte, die finanziell erheblich zu Buche schlagen. Dabei werden die Verkaufsanstalten alles daransetzen, die bisherigen Mängel auf diesem Gebiete zu beseitigen, um eine reibungslose Belieferung der Belegschaft zu gewährleisten.

Sollte wirklich einmal an einem Automat eine Störung auftreten, so ist dies kein Grund zur Selbsthilfe, indem mit Brechstangen, Schraubenschlüsseln oder anderen Gegenständen dem Automaten „Gewalt angetan“ wird. In der Vergangenheit sind Beschädigungen an Automaten leider des öfteren vorgekommen. Es ist dafür Sorge getragen, daß berechnete Ersatzforderungen mit einem Mindestmaß an Zeit und Aufwand erledigt werden. Bei etwaigen Reklamationen ist die Werksrufnummer 2710 (wenn besetzt: 701) zu wählen.

Die Werksleitung weist ausdrücklich darauf hin, daß unberechtigte Eingriffe oder Beschädigungen von Automaten genauso geahndet werden wie sonstige Diebstähle oder Beschädigungen von Werkseigentum.

## Wem gehört die Uhr?

In Homberg (Ndrh.) ist vor einiger Zeit eine automatische Armbanduhr gefunden worden. Aus der Eingravierung geht hervor, daß es sich bei dem Verlierer um einen HOAG-Jubililar des Jahres 1960 mit 25jähriger Werkszugehörigkeit handeln muß. Die Uhr kann in der Hauptverwaltung, Allgemeine Verwaltung, Werksruf 4233, abgeholt werden.

zunehmen. Leider ist aber eine Änderung der bisherigen Handhabung erforderlich. In Zukunft werden wir nicht mehr auf der Rückseite des Empfängerabschnittes die Einhalte ausweisen, vielmehr wird auf der Vorderseite dieser Nachweis durch die Lochkartenmaschinen erbracht. Beim Lochkartenverfahren ist nicht mehr eine Be-

# Frei sein wie die Väter...?

## Von Freiheit und „Freiheit“

1898 starb Bismarck. Nach seiner Entlassung hatte er sich in Bitterkeit und Groll auf sein Gut Friedrichsruh in den Sachsenwald zurückgezogen. Die 1894 erfolgte Aussöhnung mit dem Kaiser war nur äußerlich. Auf seinen Reisen durch Deutschland wurde dem Exkanzler Liebe und Verehrung zuteil. Jetzt — unbehaftet vom Ränkespiel der Politik — war er zum ersten Male in seinem Leben populär. Noch zu Lebzeiten wurde Bismarck zum Mythos, zum „eisernen Kanzler“, zum treuen Eckart der Deutschen. Vielleicht war das ein Ausdruck der Unzufriedenheit, mit der nicht wenige Deutsche die Politik des jungen Kaisers beargwöhnten. Im Reichstag aber lehnten Sozialdemokratie und Zentrum es ab, dem „Alten vom Sachsenwald“ zu seinem 80. Geburtstag (1895) die Glückwünsche des Parlaments auszusprechen.

Was die deutsche Politik zwischen 1890 und 1914 anlangt, so hört man immer wieder die Meinung, „Dahin hätte es Bismarck nicht kommen lassen!“. „Wie anders hätte Bismarck es gemacht!“ Ein Urteil darüber abzugeben, ist unendlich schwer. Mit vollen Segeln jedenfalls steuerte das Staatsschiff dem sich abzeichnenden Orkan entgegen. Dem Hurra-Patriotismus, der von der Überheblichkeit des Kaisers ausging, verfielen weite Kreise des Volkes. Selbst die Sozialdemokraten blieben von der imperialistischen Welle nicht ganz unberührt. Wenn von „Freiheit“ die Rede war, meinte man die äußere Freiheit, jene „Wacht-am-Rhein“-Duselei. Zwar war ein wirtschaftlicher Aufschwung zu verzeichnen, es gab soziale Leistungen und manche rechtsstaatliche Einrichtung, doch die staatsbürgerlichen Grundfragen blieben ungelöst. Der Ruf nach demokratischer Freiheit, nach Demokratisierung des Staates, wurde übertönt vom Säbelrasseln und vom kindlichen Vertrauen in die kaiserliche Obrigkeit.

### Die Daily-Telegraph-Affäre

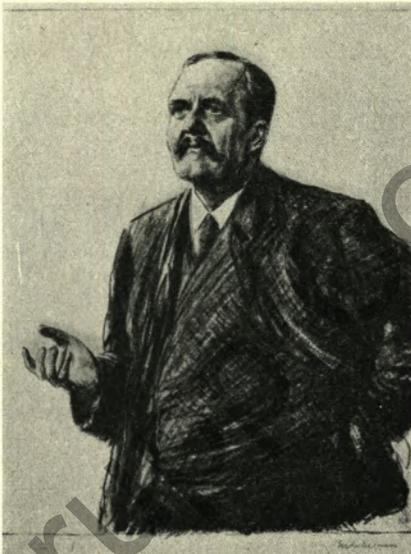
Nur hin und wieder zeigte sich so etwas wie ein Aufbegehren gegen die kaiserliche Selbstgefälligkeit. So im Spätherbst des Jahres 1908. Anlaß dazu gab eine jener geschwollenen Äußerungen, wie der Kaiser in seiner Regierungszeit so manche getan hat. Es handelte sich um ein Interview, das Wilhelm II. einem Korrespondenten des Londoner „Daily Telegraph“ gab und das vor Arroganz, politischem Unverständnis und Geschmacklosigkeit nur so strotzte. Jedenfalls brach ein Sturm der Entrüstung in Deutschland los, wie man ihn seit 1848 nicht mehr erlebt hatte. Das Maß sei voll, das Vertrauen des Volkes in seinen Monarchen auf den Tiefpunkt gesunken, dem unverantwortlichen Gehabe müsse ein Ende gesetzt werden — so erklang es in den Zeitungen und im Parlament.

Im Reichstag forderten die demokratischen Parteien wirkliche Ministerverantwortlichkeit und die Ernennung der Minister durch das Parlament. Der sozialdemokratische Abgeordnete Georg Ledebour donnerte: „Meine Herren! Sie haben nunmehr die Möglichkeit, infolge der überall im Volke herrschenden Mißstimmung, eine wirklich demokratisch-parlamentarische Regierung zu erlangen, und da Sie die Möglichkeit in der Hand haben, müssen Sie sie auch nutzen. Handeln Sie! Wenn Sie doch nur den Mut hätten, sich endlich mit dem Selbstbewußtsein freier Männer zu erfüllen.“ Nun, auch diese Krise ging vorüber. Wilhelm aber zeigte seinen wirklichen Charakter. Der großsprecherische Prahlhans, der er war, wurde betrübt und ängstlich, sobald er mit der rauhen Wirklichkeit zusammenstieß. Er machte sich klein während dieses Herbststurmes, verschwand für eine Weile und dachte sogar an Abdankung. Im übrigen überließ er es seinem Kanzler Bülow, sich, so gut es ging, aus der Affäre ziehen zu lassen. Insgesamt wurde er in seiner vorgetäuschten Selbstsicherheit zutiefst er-

schüttert; in einer öffentlichen Erklärung sagte er zu, künftig auf eigenmächtige Eingriffe in den Gang der Politik zu verzichten.

### Friedrich Naumann mahnt

Einer derjenigen, die aus ihrer Angst vor dem politischen Dilettantismus dieses Kaisers keinen Hehl machten, war Friedrich Naumann. Obwohl Naumann sein politisches Wirken anfänglich darauf abgestellt hatte, Demokratie und Kaisertum zu versöhnen, zeigte er sich 1908 bitter enttäuscht. Friedrich Naumann wurde als ältester Sohn eines lutherischen Pfarrers 1860 in Leipzig geboren. In den achtziger Jahren war er als junger Pastor in einem sächsischen Dorf mit der heute kaum mehr vorstellbaren Armut des Industrieproletariats jener Zeit in Berührung gekommen. Die sozialen Ansätze, die Wilhelm II. bei seinem Regierungsantritt sichtbar werden ließ und die schließlich zum Bruch mit Bismarck führten, liebte Naumann zunächst zu einem Bewunderer des jungen Monarchen werden, doch je mehr der Kaiser sich von einer Politik des sozialen Ausgleichs entfernte, desto größer wurden die Sorgen Naumanns gegenüber dem deutschen Schicksal.



Friedrich Naumann (Lithographie von Max Liebermann). Der liberale Politiker war ein stets aus sittlich-sozialer Überzeugung handelnder Lehrmeister, ein Demokrat aus christlicher und staatsbürgerlicher Verantwortung.

Naumann, ein Politiker von Rang, der 1919 sogar für das Amt des Reichspräsidenten genannt wurde, hatte sich eigentlich keiner einzelnen Partei verschrieben. Er blieb ein stets dogmenfreier Liberaler, der eine Synthese anstrebte aus Sozialem, Freiheitlichem, Nationalem und Christlichem. Theodor Heuss sagt über ihn: „Er ist nie zu einem anklagenden Eiferer geworden; auch im politischen Streit hat er den Gegner stets in seiner individuellen Bedingtheit gewertet und für ihn fast plädiert, wo seine Freunde wütend wurden.“

Klassenkampf und Freidenkertum verneinte er entschieden. „Ihm kam es darauf an“, sagt Heuss, „in der sozialistischen Bewegung Staatsgesinnung zu wecken. Deshalb auch sein leidenschaftlicher Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahl-Unrecht. Für ihn war es klar, daß der deutsche sozialdemokratische Arbeiter zunächst einmal deutsch empfand.“ Vor allem wollte Naumann die große Sozialdemokratische Partei endlich an der politischen Verantwortung beteiligt sehen.

Von tiefer Sorge erfüllt um die Lage der Dinge in Deutschland mahnte er immer wieder, dem deutschen Volk endlich demokratische Grundrechte einzuräumen. Aus Untertanen, so forderte er, sollten Bürger

werden. Als Beitrag zur Schaffung der Weimarer Verfassung veröffentlichte er Ende 1918 seinen „Versuch volksverständlicher Grundsätze“. Überarbeitet und durch die Entbehrungen der Kriegsjahre geschwächt ist Naumann nach einer schweren Krankheit am 24. August 1919 gestorben. So blieb es ihm versagt, an dem Weimarer Verfassungswerk bis zu dessen Vollendung mitzuwirken. Richtungweisend ebenso für seine Zeitgenossen wie für die heutige Generation bleibt sein berühmter Ausspruch, „daß die schönste Musterverfassung nichts nützt, wenn es keine Selbstachtung der einzelnen Menschen gibt“. Die 1894 von Naumann begründete Wochenschrift „Die Hilfe“, aus deren Zeilen immer wieder der Glaube an die Gestaltungskraft der Freiheit sprach, wurde später von Theodor Heuss redigiert und erschien bis zu ihrem Verbot durch die Hitlerdiktatur.

### Sombart: Tiefstand des politischen Lebens

Max Weber (1864—1920), der bekannte Heidelberger Nationalökonom und Soziologe, der zu den nächsten Freunden Naumanns zählte, ging mit der Überzeugungskraft des Gelehrten nicht minder gegen die Vergötzung des Kaisers und das durch den Monarchen übersteigerte deutsche Nationalgefühl an. Die schnarrenden Reden des Kaisers von schimmernder Wehr, von deutschem Wesen, an dem die Welt genesen werde, von Weltmacht, trockenem Pulver und scharfen Schwertern hatten Deutschland im Ausland nicht nur gefürchtet und unbeliebt, sondern auch lächerlich gemacht. Weber, ein erster Patriot, schrieb auf einer Auslandsreise im Jahre 1906 an seinen Freund Naumann: „Das Maß an Verachtung, welches uns als Nation im Ausland (Italien, Amerika, überall!) nachgerade — mit Recht, das ist das Entscheidende — entgegengebracht wird, weil wir uns das Regime dieses Mannes gefallen lassen, ist ein Machtfaktor von ‚weltpolitischer‘ Bedeutung für uns geworden. Jeder, der einige Monate die fremde Presse liest, muß das bemerken. Wir werden ‚isoliert‘, weil dieser Mann uns in dieser Weise regiert und wir es dulden und beschönigen.“ In seinem kurz vor Ausbruch des ersten Weltkrieges abgeschlossenen Buch „Die Deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“ stellt Werner Sombart (1863 bis 1941), der Begründer der Nationalökonomie als Geisteswissenschaft, die Frage: „Wie ist es denn eigentlich mit dem Geist dieses Deutschland, dieses mächtigen Industriestaates, beschaffen?“

Die Antwort des Professors ist pessimistisch. Sie lautet: „Die großen Ideale, die noch unsere Väter und Großväter begeisterten, sind verblaßt; die nationale Idee ist verbraucht. Was uns heute an Nationalismus geboten wird, ist ein schaler zweiter Aufguß. Die hohle Phrase muß die innere Öde verdecken. Dasselbe gilt von den großen politischen Idealen, um die unsere Vorfahren in den Tod gegangen sind. Die junge Generation lächelt überlegen, wenn sie von dem Kampf um politische Freiheitsrechte liest. Man möchte es fast für unmöglich halten, daß dasselbe Volk, in dem vor hundert Jahren die Stein, Hardenberg, Schön und Thier-Gesetze machten, in dem vor einem halben Jahrhundert eine Versammlung wie die der Männer der Paulskirche die Geschicke der Nation berieten, in dem vor einem Menschenalter noch ein Treitschke und Lassalle am politischen Horizont wetterleuchteten, in dessen Parlamente vor wenigen Jahrzehnten Männer wie Bennigsen, Lasker, Bamberg, Windthorst, Reichensperger mit einem Bismarck die Klinge kreuzten, daß dasselbe Volk, sage ich, einen solchen Tiefstand des politischen Lebens erreicht hat, wie uns die Gegenwart erleben läßt.“

Sie war gar nicht so gut, diese „gute, alte Zeit“. Es war auch kein guter Stil, der Stil des Kaiserreiches mit seinen Hofpoeten, Hofmalern, Hofpredigern, seinen Kaisergeburtstagsreden und Sedanfeiern, seinen Prunkbauten, renovierten und gefälschten Burgen. Gegen diesen neuteutonischen Ungeist der wilhelminischen Ära dämmerte ein neuer Zeitgeist herauf, geprägt etwa



„Das ist kein Porträt, das ist eine Kriegserklärung!“ soll ein ausländischer Diplomat beim Anblick dieses Kaiserbildes ausgerufen haben. Wilhelm II. liebte es, sich stark und selbstbewußt zu geben. In Wirklichkeit aber war der Monarch ein wankelmütiger und keineswegs überlegener Charakter. Sein kraftmeierisches und hochfahrend-stolzes Getue war Fassade. Den Krieg hat er weder gewollt noch zu verhindern gewußt. Mit Säbelrasseln, prahlischer Eitelkeit und borniert-dummen Aussprüchen — wie der vom deutschen Wesen, an dem die Welt genesen werde — fügte er dem deutschen Ansehen in der Welt schweren Schaden zu.

durch die kraftvolle Malerei eines Liebermann oder Nolde, durch die soziale Anklage in den Werken einer Käthe Kollwitz und in den Dramen Gerhart Hauptmanns oder auch durch Thomas Mann, der in seinen „Buddenbrooks“ den Untergang des Patriziertums verewigt, sowie auch in den Gedichten der Ricarda Huch oder Richard Dehmels.

Doch die äußere Krise steuerte ihrem Höhepunkt entgegen. Der Ring um Deutschland — England, Frankreich, Rußland —, gegen den der deutschen Politik nichts anderes einfiel als kraftmeierisches Großtun von „viel Feind, viel Ehr“, hatte sich geschlossen. Im Sommer 1914 war die Katastrophe da. Wir wollen hier nicht die leidige Kriegsschuldfrage erörtern, die noch Jahrzehnte nach dem Friedensschluß von Versailles die Gemüter erhitzte. Inzwischen sind die Historiker sich darüber einig, daß auch Kaiser Wilhelm II. und seine politischen Berater keineswegs die kriegerische Auseinandersetzung suchten. Der Kaiser, der nach außen so grenzenlos stark tat, war im Grunde genommen eine wankelmütige und sogar ängstliche Natur.

### Der Anfang vom Ende

Die Fehler der Politik ließen Deutschland in den Krieg hineinschliddern wie in ein feucht-fröhliches Abenteuer. Jubel und Kriegsbegeisterung herrschten in Deutschland während der Augusttage des Jahres 1914. „Mit Gott für Kaiser und Vaterland“ wollte man den Welshen schon Mores lehren. Das Wort Wilhelms: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch



Nicht nur für die geheiligten Hallen der Museen schufen die Künstler ihre „unsterblichen Werke“, auch die Firmenreklame in den Zeitungsinseraten schwebte auf jener patriotischen Welle, die im Sommer 1914 das ganze Volk erfasst zu haben schien. Der deutsche Landsler, vereint mit dem österreichischen, türkischen und italienischen Bundesgenossen (letzterer vollzog dann später eine stramme Kehrtwendung) stürmt für Ehre, Freiheit, Recht und Wahrheit — und dem Einreibemittel Amol.

Deutsche“, sollte — in der Stunde der Gefahr — die Gemeinschaft des ganzen Volkes symbolisieren. Auf Betreiben des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg wurde zwischen den Parteien ein „Burgfriede“ vereinbart, man wollte die inneren Gegensätze bis nach Beendigung des Krieges vertagen.

Dem Sturm des August 1914 konnte man sich nicht entziehen. Er ging durch das ganze Volk, und zum Volk gehörten auch die deutschen Arbeiter, die sozialistisch wählten. Und schließlich stimmten im Reichstag sogar die Sozialdemokraten, die mit 110 Abgeordneten die größte Fraktion bildeten und die bisher energisch gegen das Wehrtrüsten Sturm gelaufen waren, einmütig für die Annahme der Kriegskredite. Selbst der nachmalige Kommunist Karl Liebknecht, Führer des linken Flügels der SPD, gab seine Stimme für die Kriegskredite. Daran änderte auch nichts, daß die SPD noch wenige Tage vor Kriegsausbruch eine Delegation unter Führung von Hermann Müller nach Paris geschickt hatte, die mit der französischen Schwesterpartei Kontakt aufnehmen sollte, um — über Grenzen hinweg — durch Solidarität der Arbeiter den Krieg zu verhindern.

## Siege und Niederlagen

Der Feldzug begann mit glänzenden Siegen des deutschen Heeres. Bei Tannenberg wurden zwei russische Armeen vernichtet, im Westen drang der rechte Flügel über Belgien bis kurz vor Paris vor. Aber im September mußten sich die Deutschen von der Marne zurückziehen. Die Aussicht war dahin, die Gegner zu Boden zu werfen und sie zu zwingen, die deutschen Friedensbedingungen anzunehmen.

Als der Krieg immer länger dauerte, der Sieg immer ferner rückte und die gewaltigen Materialschlachten immer größere Opfer forderten, kam ein Teil des Volkes zur Besinnung. Die Arbeiterschaft und das freiebürgertum verlangten einen Hubertusbürger Frieden ohne Gebietsverlust, so wie er 1763 nach dem Siebenjährigen Krieg die Großmachtstellung Preußens gesichert hatte. Im Reichstag fand sich im Juli 1917 eine Mehrheit für diese Forderung. Die Koalition derjenigen Parteien, die von Bis-

marck als „Reichsfeinde“ angeklagt worden waren, handelte jetzt im Sinne Bismarckscher Realpolitik gegen diejenigen, die Bismarck im Munde führten. Aber es war schon sehr spät geworden. In Großbritannien war die gemäßigte Regierung Asquith-Grey durch Lloyd George abgelöst worden, der wie sein französischer Kollege Clemenceau jeden Gedanken eines Verständigungsfriedens von sich wies. Beide beharrten darauf, Deutschland völlig niederzuwerfen.

Immerhin — so paradox dies auch scheinen mag — leitete der Krieg in Deutschland einige demokratische Reformen ein. So gab es in Preußen immer noch das Dreiklassenwahlrecht. Auch gab es noch immer keine Reichsregierung im parlamentarischen Sinne; der Reichskanzler war nicht dem Parlament verantwortlich, sondern war einzig und alleine der Beauftragte des Kaisers. Der Drang der Zeit aber zwang den Kanzler, mit den Parteien des Reichstages stärker Fühlung zu halten als bisher. Dies, verbunden mit dem ständigen Druck der Sozialdemokraten, veranlaßte den Kaiser, der Einführung des parlamentarischen Regierungssystems noch im letzten Kriegsjahr zuzustimmen. Verwirklicht wurde die Übertragung der Regierungsgewalt allerdings erst durch die Weimarer Verfassung. Auch die Beseitigung des preußischen Dreiklassenwahlrechts geht auf die Kriegszeit zurück. Unter dem Druck der Verhältnisse versprach Wilhelm II. in seiner Osterbotschaft des Jahres 1917, eine Reform des preußischen Wahlrechts unverzüglich in Angriff nehmen zu lassen. Doch Abgeordnetenhaus und Herrenhaus konnten sich mit der Regierung über die Wahlrechtsfrage nicht einigen, bis 1918 die Novemberrevolution das Dreiklassenwahlrecht beseitigte.

Auf ein letztes Aufbäumen im Frühjahr 1918, das noch einmal große Siegeshoffnungen in Deutschland weckte, folgte im November der Zusammenbruch. In Kiel meuterte die Marine, in Berlin herrschte die Revolution. Prinz Max von Baden, letzter Reichskanzler der Monarchie, versuchte den Kaiser zu einer „großen Geste“, der freiwilligen Abdankung, zu bewegen. Auf die Kaiserwürde, ließ Wilhelm durchblicken, wolle er unter Umständen verzichten, auf die preußische

Königskrone jedoch nie. Blind gegen das, was im Lande vorging, wie gegen seine eigene Unfähigkeit, wollte er an der Spitze zuverlässiger Truppen nach Berlin marschieren und seinen Thron neu erobern. Die Hauptstadt, so schnarrte er in seinem Hauptquartier, müsse man notfalls zusammenschießen. Erst auf Zureden seiner Militärs, die Chaos und Bürgerkrieg verhindern und die Armee geordnet über den Rhein zurückführen wollten, entschloß sich Wilhelm, nach Holland ins Exil zu gehen; die Abdankungsurkunde sandte er später nach.

## Deutschland — unwiderruflich Republik

Das schwerste Unglück für die Monarchie war dieser Kaiser selbst gewesen. Nicht einen Hauch hatte er an sich von der Genialität Friedrichs des Großen oder dem diplomatischen Geschick eines Bismarck. Ein Jahrhundert zuvor hätte die Nation einen solchen Monarchen vielleicht geduldig ertragen. Doch jetzt war sie hellhörig, kritischer, selbstbewußter geworden. Sie maß das Oberhaupt an den Idealvorstellungen, die es selbst weckte, und sie befand es zu leicht. Als der Kaiser den Kampf mied und nach Holland ging, machte er sichtbar, daß er im Innersten selber nicht mehr an das Recht der Könige glaubte. Wie hätte das Volk noch daran glauben sollen? Der Übertritt nach Holland machte Deutschland unwiderruflich zur Republik.

Die Sozialdemokraten, dies haben Historiker später deutlich aufgezeichnet, wünschten anfänglich die verfassungsmäßige Kontinuität — die Monarchie in rechtsstaatlich-konstitutioneller Form — fortzusetzen. Als aber die revolutionäre Bewegung überhandnahm, blieb ihnen nichts anderes übrig, als ja zu ihr zu sagen. In Berlin rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann am 9. November von einem Fenster des Reichstagsgebäudes die Republik aus, zwei Stunden bevor der Kommunist Karl Liebknecht vor dem Schloß die sozialistische Republik im bolschewistischen Sinne proklamierte. Es war ein hastiges Zutvorkommen.

## Ebert wird Reichskanzler

Die Kommunisten, in Deutschland als Parteiorganisation hervorgegangen aus dem extrem-marxistischen Spartakusbund und der von der SPD abgesplitterten linksradikalen Gruppe, der sogenannten Unabhängigen Sozialdemokraten (U.S.P.D.), wurden für die junge Republik bereits zu einer tödlichen Bedrohung, als diese noch kaum den ersten Atemzug getan hatte. Die Verantwortung für das deutsche Schicksal lag bei der Sozialdemokratie. Sie hatte den Umsturz nicht gewollt, aber die Ereignisse

hatten sie nach oben geführt. Auf eigene Faust ernannte Prinz Max von Baden am 9. November den Vorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert, zum Reichskanzler.

Ebert, damals noch nicht fünfzig Jahre alt, war einer der fähigsten sozialdemokratischen Politiker. Er hatte unter Bismarcks Sozialistengesetz für die Partei zu arbeiten begonnen und die klassische Bahn durchlaufen: Handwerker, Gewerkschaftler, Redakteur, Abgeordneter, schließlich Parteivorsitzender. Unbestritten waren seine Energie, der Takt und die natürliche Würde seines Auftretens, sein gesunder Menschenverstand, seine Autorität und seine Erfahrung. Er war ein Mann der goldenen Mitte, der praktischen Arbeit, fremd jeder Haarspalterei und jedem Partei-Dogmatismus. An den Sozialismus glaubte er, aber er war ihm nicht Evangelium. Fester, klarer glaubte er an die Demokratie. Das Volk sollte sich regieren lassen durch Männer



Friedrich Ebert war genauso alt wie das Deutsche Reich, dessen erster republikanischer Reichskanzler und späterer Reichspräsident er wurde. Die geschichtliche Leistung des Sozialdemokraten Ebert liegt darin, daß er abseits von Partei-Dogmatismus und aller Klassenmoral die Freiheit und Demokratie über alles stellte.

seiner Wahl in Gemeinden, Ländern und Reich und sollte sie durch seine Vertreter in den Parlamenten kontrollieren. Friedrich Ebert war fest entschlossen, das deutsche Volk nicht der Tyrannei des Bolschewismus auszuliefern.

Fortsetzung folgt

Im September 1918 forderten die deutschen Militärs Waffenstillstandsverhandlungen, gleichzeitig sollte die Parlamentarisierung der Reichsregierung das Ausland für eine deutsche Friedenspolitik empfänglicher machen. Am 1. Oktober wird die Regierung des Prinzen Max von Baden mit Staatssekretären aus der „schwarz-rot-goldenen Koalition“ (Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten) gebildet. Das Kaiserreich verwandelt sich in eine konstitutionelle Monarchie. Das Verhängnis aber ist nicht mehr aufzuhalten. Der Führer der Sozialdemokraten, Friedrich Ebert, bietet an, eine Brücke zu schlagen zwischen der alten und der neuen Ordnung, die Verfassung und selbst die Monarchie zu erhalten, wenn dies der Kaiser durch seinen rechtzeitigen Rücktritt möglich mache. Nur die extreme Linke hat jetzt noch einen gewaltsamen Umsturz im Sinne. Die Revolution läuft nun gewissermaßen mit dem Frieden um die Wette, den die Nation verlangt — Frieden um jeden Preis. Die Revolution gewinnt: In Kiel meutert die Flotte, Streiks und Unruhen überall im Reich. Unter dem Druck der Verhältnisse dankt der Kaiser ab. Doch zu spät, das erste Reich hat aufgehört zu bestehen. In Berlin wird am 9. November die Republik ausgerufen, nur wenige Stunden kommt der Sozialdemokrat Scheidemann dem Kommunisten Liebknecht, der die Republik in bolschewistischem Sinne proklamiert, zuvor. Die Demokratie, die kaum den ersten Atemzug getan hatte, sah sich bereits einer tödlichen Bedrohung gegenüber. Bereits tags darauf reist eine deutsche Waffenstillstandskommission zur Entgegennahme der alliierten Bedingungen nach Compiègne.



## Der Sieg der Revolution in Deutschland

Abdankung des Kaisers. — Ebert Reichskanzler. — Verkündung der sozialen Republik.

**Kanzler Ebert als Volk.**  
 Die Nation hat sich für die Revolution entschieden. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Ordnung. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Herrschaft. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Gerechtigkeit. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Moral. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Religion. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Wissenschaft. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Kunst. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Literatur. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Philosophie. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Geschichte. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Geographie. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Medizin. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Poesie. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Musik. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Malerei. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Architektur. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Technik. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Industrie. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Landwirtschaft. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Handarbeit. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Dienstleistung. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Verwaltung. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Politik. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Religion. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Moral. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Gerechtigkeit. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Herrschaft. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Ordnung. Die Revolution ist ein Sieg über die alte Nation.

## Werk Oberhausen

### Geburten:

11. 12.: Francisco Alvarez Sanchez, Tochter Reyes  
 16. 12.: Erwin Klapproth, Tochter Martina  
 17. 12.: Ferdinand Schröder, Tochter Bärbel  
 22. 12.: Hans Francki, Tochter Andrea  
 26. 12.: Günter Kalkowski, Tochter Sabine  
 27. 12.: Siegfried Gabelmann, Tochter Birgit  
 28. 12.: Alfred Mettner, Sohn Klaus; Heinz Urban, Tochter Andrea  
 29. 12.: Manfred Ristau, Sohn Dirk; Helmut Witzler, Tochter Sabine  
 30. 12.: Horst Bertram, Tochter Birgit; Dieter Franzkowski, Sohn Rolf; Peter Walczak, Sohn Werner  
 31. 12.: Wilhelm Jubitz, Sohn Willi; Erwin Kahlen, Tochter Sabine; Heinrich Krampe, Sohn Klaus; Karl Schürmann, Tochter Petra; Siegfried Steffen, Tochter Doris  
 1. 1.: Günter Dehne, Sohn Uwe; Heinrich Züchner, Tochter Barbara  
 2. 1.: Johann Färber, Sohn Reimar; Johann Włodarczak, Tochter Birgit  
 3. 1.: Josef Jacke, Sohn Ralf; Hans-Joachim Kerner, Sohn Frank; Horst Kleine, Sohn Jörg  
 4. 1.: Karl-Heinz Haimbacher, Tochter Evelyn; Klaus Kistingner, Sohn Klaus; Klaus Schröder, Tochter Claudia; Josef Weber, Sohn Andreas  
 6. 1.: Felix Zannoni, Tochter Christiane  
 7. 1.: Rudolf Hamers, Söhne Dirk und Ronald  
 8. 1.: Josef Thomas, Tochter Barbara  
 9. 1.: Willi Klöckner, Tochter Karin; Friedhelm van Üüm, Tochter Evelyn  
 10. 1.: Helmut Peters, Tochter Pia  
 12. 1.: Werner Klose, Tochter Sabine; Franz-Josef Kolecki, Sohn Thomas; Erich Wiesner, Tochter Patricia  
 13. 1.: Alfred Beyer, Sohn Siegbert; Fritz Matern, Sohn Axel

14. 1.: Johann Gbür, Sohn Günther; Alfred Rott-häuser, Sohn Bernd  
 16. 1.: Vinzentas Ilgunas, Sohn Rolf; Karl-Heinz Marissen, Tochter Rita; Kurt Niewerth, Tochter Sabine; Günter Schmidt, Tochter Birgit; Kurt Wange, Tochter Nicole  
 17. 1.: Herbert Heinze, Tochter Bettina; Karl-Heinz May, Tochter Silvia  
 18. 1.: Ernst Sagorski, Sohn Rolf  
 19. 1.: Helmut Grobin, Tochter Brigitte; Juan Perez Ruiz, Sohn Juan  
 20. 1.: Walter Fischer, Sohn Frank  
 21. 1.: Aloys Anheimer, Sohn Hans-Werner; Herbert Herrmann, Sohn Herbert; Josef Jung, Sohn Otmar  
 22. 1.: Helmut Wellhöfer, Sohn Robert  
 23. 1.: Fritz Glomsda, Tochter Petra  
 24. 1.: Ortmann Abraham, Sohn Jürgen; Hermann Ortsmanns, Sohn Fred; Franz-Josef Warnsing, Sohn Olaf  
 25. 1.: Rudolf Knorr, Tochter Ute  
 26. 1.: Antonio Damota Alvarez, Tochter Anna-Maria; Siegfried Wortelkamp, Sohn Frank  
 27. 1.: Gerhard Grote, Sohn Thorsten; Johann Riepl, Sohn Andreas; Josef Weber, Sohn Peter  
 29. 1.: Rudi Gast, Sohn Jörg; Josef Wawrzyniak, Sohn Andreas; Wilhelm Westkamp, Sohn Andreas  
 31. 1.: Helmut Heiligers, Tochter Petra; Helmut Papert, Tochter Sonja  
 1. 2.: Günter Jungblut, Tochter Sabine; Dieter Wagner, Tochter Andrea; Erwin Wehrenheim, Tochter Beate  
 2. 2.: Gustav Hoffmann, Sohn Holger; Manfred Schmidt, Sohn Thomas  
 3. 2.: Friedhelm Kempken, Tochter Ingrid; Eduard Salz, Tochter Michaela  
 4. 2.: Winfried Herbrüggen, Sohn Thomas  
 5. 2.: Hans Brodam, Tochter Cornelia  
 6. 2.: Hans Wientges, Sohn Thomas

7. 2.: Hermann Kempchen, Tochter Gabriele  
 8. 2.: Horst Kalms, Tochter Monika  
 9. 2.: Gerh. Hilferink, Sohn Thomas; Johannes Ingenbleek, Sohn Robert; Friedhelm Martz, Sohn Armin; Heinz-Helmut Millek, Tochter Sylvia  
 10. 2.: Karl-Heinz Diekhöner, Tochter Martina; Manfred Kirsch, Tochter Monika; Günter Nicklich, Sohn Peter; Johann Zerbe, Sohn Mario  
 11. 2.: Alfred Witkowski, Sohn Andreas  
 12. 2.: Heinrich Mann, Sohn Thomas; Wolfgang Mertin, Sohn Andreas; Peter Paukstadt, Tochter Monika; Hans-Günter Winkels, Sohn Peter  
 13. 2.: Karl Tersteegen, Sohn Holger

### Eheschließungen:

13. 12.: Heinrich Hagemann mit Rita Quast  
 14. 12.: Horst Seidel mit Erika Dierbach  
 21. 12.: Gerhard Botkus mit Ursula Heinen; Helmut Juraschka mit Erika Schweizer  
 30. 12.: Emilio Caballos Garcia mit Rosario Munoz Diaz  
 2. 1.: Gerhard Klein mit Johanna Riessen  
 5. 1.: Manfred Hentschel mit Christa Koopmann  
 8. 1.: Manfred Leidner mit Ingrid Antoni  
 11. 1.: Hans-Peter Metzgen mit Annemarie Tißen; Josef Stanislawski mit Karin Nowak  
 14. 1.: Wolfgang Schroer mit Hildegard Böhme  
 17. 1.: Klaus Stenzhorn mit Gerda Günter

18. 1.: Hugo Beisenbruch mit Adele Pasikowski; Klaus Esser mit Elke Selke; Manfred Hölscher mit Helene Nagel; Manfred Wolters mit Hildegard Wehnert  
 22. 1.: Dieter Verhufen mit Ursula Völker  
 24. 1.: Horst Bartholmes mit Brigitte Sobker  
 25. 1.: Wilhelm Bettray mit Karoline Jäger; Werner Giesen mit Karin Liebig  
 29. 1.: Josef Wawrzyniak mit Cäcilia Rohé  
 1. 2.: Bernhard Doerfer mit Ute Ulsinger; Manfred Wolf mit Edith Menges  
 5. 2.: Karl Mitt mit Gerta Pöttgen  
 8. 2.: Erwin Przybylak mit Ingrid Heth

## Werk Gelsenkirchen

### Geburten:

23. 12.: Josef Dolle, Tochter Bettina  
 9. 1.: Herbert Waschewski, Tochter Rita  
 12. 1.: Günter Langner, Tochter Petra; Gustav Steffan, Tochter Heike  
 16. 1.: Werner Koschewski, Sohn Rainer  
 26. 1.: Gynla Lendvai, Sohn Udo

### Eheschließungen:

3. 1.: Herbert Lipp mit Helene Höhbusch  
 16. 1.: Rudolf Taferner mit Elisabeth Michalowski  
 18. 1.: Josef Overdick mit Christel Kopetsch; Albert Schmitz mit Renate Wichert

## Werk Oberhausen

### 40jähriges Dienstjubiläum:

Johannes Ehrenberg, Maschinenbetrieb  
 Josef Geödert, Maschinenbetrieb Hochöfen  
 Johann Günther, Reparaturbetrieb  
 Friedrich Helling, Elektr. Betrieb Stahl- und Walzwerk  
 Gustav Pütter, Maschinenbetrieb  
 Friedrich Reusch, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerk  
 Paul Schreiber, Abt. Verkehr

### 25jähriges Dienstjubiläum:

Engelbert Arens, Maschinenbetrieb  
 Franz Auer, Maschinenbetrieb  
 Friedrich Bey, Abt. Verkehr  
 Adolf Burgmann, Hafen Walsum  
 Werner Dietrich, Maschinenbetrieb  
 Kurt Dingtner, Blechwalzwerk  
 Alfred Dziersan, Block- und Profilwalzwerk  
 Johann Idziaszek, Thomaswerk  
 Franz Krasicki, Maschinen- und Reparatur-

### betrieb Blechwalzwerk

Josef Lass, Maschinenbetrieb  
 Otto Meister, Masch.-Betrieb Werkstatt  
 Karoline Rehfäuter, Hauptverwaltung  
 Paul Reichelt, Hochöfen  
 Karl Schmidt, Reparaturbetrieb  
 Theodor Speefel, Maschinenbetrieb  
 Gustav Starfeld, Hafen Walsum  
 Josef Ueberbach, Lohnbüro  
 Johann Wollbrinck, Hafen Walsum

## Werk Gelsenkirchen

### 40jähriges Dienstjubiläum:

Heinrich Bandilla, Fahrbetrieb  
 Eduard Wondzinski, Walzendreherei

### 25jähriges Dienstjubiläum:

Heinrich Ashoff, Ölhardterei  
 Karl Eickhoff, Stahllager  
 Josef Schulz, Seilerei  
 Erich Zimmermann, Eisenlager

## Jubilare in den Monaten Januar und Februar

13. 12.: Karl Schmidt, Pensionär  
 30. 12.: Ludwig Bieroth, Pensionär  
 Wilhelm Lechtleitner, Pensionär  
 1. 1.: Peter Buttwill, Pensionär  
 Peter Deurer, Pensionär  
 Walter Steinhaus, Pensionär  
 Andreas Wolf, Pensionär

5. 1.: Friedrich Herbst, Pensionär  
 Hermann Klöttchen, Pensionär  
 6. 1.: Wilhelm Freikamp, Pensionär  
 7. 1.: Heinrich Lauterbach, Pensionär  
 8. 1.: Hermann Müller, Pensionär  
 14. 1.: Ernst Meier, Pensionär

August Trappmann, Pensionär  
 17. 1.: Lorenz Frese, Pensionär  
 18. 1.: Wladislaus Lietz, Blechwalzwerk  
 22. 1.: Lorenz Grote, Pensionär  
 23. 1.: Stanislaus Walczak, Pensionär  
 25. 1.: Johann Schmidt, Pensionär

Eduard Tischler, Abt. Verkehr  
 26. 1.: Theo Bursching, Pensionär  
 28. 1.: Wilhelm Aschenbruck, Werkstatt  
 29. 1.: Johann Knühmann, Pensionär  
 Josef Pikut, Pensionär  
 Georg Seimbach, Pensionär  
 Max Weinert, Pensionär

## Sie gingen von uns



Die Dynamik der Schwerindustrie offenbart sich durch eindrucksvolles Spiel von Licht und Farbe. Sei es nur beim Hochofen-Abstich oder am Thomas-Konverter, immer ist es der Glutglanz des Feuers, der die Arbeit der Hüttenwerker so grandios und geheimnisvoll erscheinen läßt.